

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 8.50 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Breiten- und Vertikalmalerei 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1698. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Sonntag, den 15. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Das Auerbenrecht bei Renten- und Anstiedelungsgütern.

Bis zum 31. Dezember 1894 waren unter Mitwirkung der Generalkommissionen in Preußen 3784 Rentengüter zur Größe von 40 208 Hektaren endgiltig gebildet und außerdem 3068 Rentengüter in den Besitz der Rentengutsnehmer übergegangen. Die Anstiedelungskommission hatte bis zum 1. Januar 1895: 84 Bauernhöfe und 130 Güter mit 81 638 Hektaren angekauft und davon 1606 Anstiedlerstellen zur Größe von 28 168 Hektaren vergeben.

Der Betrag, mit dem der Staat an diesen Agrar-Experimenten direkt oder indirekt beteiligt ist und beteiligt sein wird, beträgt weit mehr als 100 Millionen Mark. Die Rente, die dabei herauspringt, ist eine geringe. Sie betrug nach einer von der Anstiedelungskommission dem Abgeordnetenhaus zugestellten Denkschrift für 1895 bei vier parzellierten Gütern 2,60—2,80 pCt. des investierten Kapitals. Den Rentengutsnehmern sind also von Seiten des Staates tatsächlich Vorteile zugesichert worden. Aber die Hand, die bisher gab, scheint müder und müder geworden zu sein; heute hat sie sich durch die Einbringung des Gesetzentwurfes über das Auerbenrecht bei Rentengütern bereits wieder entschlossen, zu nehmen.

Nach dem Rentengutsgesetz vom 7. Juli 1891 kann nach Verlauf von 10 Jahren seit der Begründung des Rentengutes die Rentenbankrente durch Kapitalablösung getilgt werden.

Diese Bestimmung hat manchen dazu gebracht, als Rentengutsnehmer aufzutreten, weil sie ihm die Möglichkeit in Aussicht stellte, nach einigen Jahren über sein Besitzthum frei verfügen zu können. Diese Möglichkeit wird ihm jetzt so gut wie genommen. Der Gesetzentwurf betreffend das Auerbenrecht bindet das Rentengut, macht es so gut wie untheilbar, stellt klein- und mittelbäuerliche Fideikommiss in Aussicht. Rechtshistorisch betrachtet bedeutet er ein Brechen mit dem römischen und ein Zurückgehen auf das altheidische Recht; sein Charakter ist der einer Eigenthumsbeschränkung.

Die vom Staate direkt oder indirekt geschaffenen Rentengüter sollen künstlich obligatorisch zu Auerbengütern gemacht werden. Ein solches Gut darf ohne Bewilligung der in Frage kommenden Behörden weder zerteilt, noch theilweise oder im ganzen verkauft werden, dagegen können ihm andere Grundstücke als Zugehör zugeschrieben werden. Dieses Gut geht im Erbwege nur auf eine Person über. Auerbe soll in der Regel der älteste Sohn sein. Bis hierher enthält der Entwurf nichts, was nicht auch in einzelnen Gegenden Deutschlands, sei es durch das Gesetz, sei es durch das Herkommen in Uebung erhalten wird.

Das Charakteristische des Entwurfes liegt in der Bevorzugung, die er dem Auerben zu theil werden läßt. Der Auerbe übernimmt das Gut nicht zum Verkehrswert, sondern zum Ertragswert. Gebäude und Anlagen, insoweit sie

zur Wohnung und Bewirthschaftung erforderlich sind, werden nicht besonders geschätzt, sie gelten als Zugehör. Von dem jährlichen Wirtschaftsertrage werden vorerst alle dauernden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abgesetzt, der Rest des Wirtschaftsertrages wird zum Fuße von 4 pCt. kapitalisirt. Von diesem Kapital werden nach ihrem Kapitalwerthe abgezogen: die Altentheile, die Rentenbankrente, die Hypotheken, die sonstigen Erbschaftsschulden. Ist Baarvermögen vorhanden, so wird es zur Abschreibung von Schulden verwandt. Von dem verbleibenden Guthaben erhält der Auerbe ein Dritteltheil im Voraus, der Rest wird unter alle Erben zu gleichen Theilen vertheilt. Beträgt der Erbtheil eines Miterben mehr als 30 Mk. im einzelnen, so erhält er den Betrag nicht in baar, sondern in Gestalt einer unkündbaren Geldrente, die unter Umständen in eine Tilgungsrente umgewandelt werden kann.

Es ist hier nicht der Ort, auf die einzelnen Bestimmungen des dem preussischen Herrenhause bereits vorgelegten Gesetzentwurfes näher einzugehen, es wird genügen, kurz darauf hinzuweisen, was man mit ihm erreichen will. Der Staat strebt durch ihn eine bessere Sicherung seiner Kapitalien an, die er in das Rentengüter-Experiment bereits gesteckt hat und noch stecken wird. Das wird er in gewisser Beziehung auch erreichen, bis die Katastrophe kommt, gegen die weder stützende Pfäffchen etwas nützen noch Bindfäden. Auf der andern Seite wird er aber gerade durch die Einführung des Auerbenrechtes für Rentengüter die Nachfrage nach solchen Gütern verringern, er, der mit seiner Schaffung von kleinen und mittleren Bauergütern in den östlichen Provinzen seit Jahr und Tag prahlt und groß thut.

Der Auerbe wird lachen. Vorerst, und wenn sein Vater etwas hatte, bevor er sich als Rentengutsbesitzer aufthat. Ansonst wird auch er bald aus einem anderen Loch pfeifen. Was nützt das schönste Rentengut mit oder ohne Auerbenrecht, wenn es überschuldet ist!

Die Fische bezahlen die Miterben. Und vielleicht ist es gerade dieser Umstand, der den Gesetzentwurf den Agrariern im Herrenhause so sympathisch erscheinen ließ. Würde man den Miterben ihr Erbtheil wenigstens in baar auszahlen, so könnten sie, wenn vom Vater her etwas da war, selbständig etwas anfangen. Freilich würden sie dann meistens in die Fremde gehen. Und das soll vermieden werden.

Wenn es gelingt, sie durch die Erbfindungsrente an die Scholle, an das Auerbengut, das sie zu Proletariern gemacht, zu fesseln, dann giebt es wieder billige Knechte und Mägde, Rossfährten und Scharwerker für die Kanige und Mirbache, und Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern ist wieder offen.

Das ist der Hauptzweck, den die Junker mit der neuen Vorlage zu erreichen hoffen, und deshalb werden sie für dieselben stimmen Mann für Mann.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Februar.  
Der Reichstag erlebte heute sehr rasch den Rest des Etats für das Auswärtige Amt. Erwähnenswerth ist bloß eine Anfrage Bebel's über den Urlaub des deutschen Gesandten in Wien, des Grafen Eulenburg, der bekanntlich gerade in der kritischen Zeit der Orientwirren eine lange Nordpolsahrt mitmachte. Herr von Marschall blieb die Antwort schuldig — denn daß der Kaiser das Recht habe, sich seine Reisebegleiter auszusuchen, ist keine Antwort. Einzig passende Antwort auf die Nichtantwort war der Antrag, das Gehalt des Botschafters in Wien, und auch den ganzen Posten zu streichen, zu welcher Konsequenz sich jedoch nur die Sozialdemokraten aufschwingen.

Der Etat für das Reichsheer, in den der Reichstag nun eintrat, gab Bebel Anlaß zu einer längeren Rede, in der er die Fragen der Militärmisshandlungen, der Soldaten-selbstmorde, der Verwendung von Soldaten als Streikbrecher, der Offiziersduelle u. s. w. eingehend erörterte und eine Fülle von Material bot. Er gab von vornherein zu, daß die Misshandlungen seit einiger Zeit entschieden abgenommen hätten, was unzweifelhaft auf die öffentliche Erörterung — namentlich im Reichstag zurückzuführen sei. Die Rechte, welcher der Hammerstein — ein fürchtbarer Steinhammer! — schwer im Magen liegt, hörte mit einer wunderbaren Geduld zu und war so anständig, wie wir sie bei ähnlichen Gelegenheiten noch niemals gefunden haben. So läßt also Herr von Hammerstein, wenigstens nachträglich und in Abwesenheit, eine erzieherische Wirkung auf seine Parteigenossen aus.

Betreffs des Inhalts der Bebel'schen Rede verweisen wir auf den Bericht an anderer Stelle. Der Herr Kriegsminister versuchte in seiner Erwiderung humoristisch zu sein und die Lacher auf seine Seite zu bringen — was wir ihm an sich nicht verargen, wenn auch der Gegenstand uns zur humoristischen Behandlung nicht sehr geeignet scheint. Und die Soldaten werden von der scherzhaften Art, mit welcher der Herr Kriegsminister ihre Leiden behandelt, wohl kaum angenehmer berührt sein als von dem Ernst, mit welchem die Sozialdemokratie sie behandelt.

Auf die von Bebel heute vorgeführten Fälle von Misshandlungen konnte der Kriegsminister, was ja erklärlich, nicht sofort eingehen. — Bezüglich einiger im vorigen Jahr vorgebrachter Fälle behauptete er, daß die Untersuchung die Unwahrheit ergeben habe. Freilich sind allerdings möglich; im übrigen werden die Aufseherungen des Kriegsministers, der einmal von der heroischen Arbeit der Sozialdemokraten sprach, morgen die nöthige Kritik und Belichtung erfahren. Die humoristische Vorstellung des Herrn Kriegsministers Branfart von Schellendorff wurde würdig gekrönt durch eine groteske Kapuzinade des Quellpastors Schall, der sich dreiviertel Stunden lang krampfhaft bemühte, seine

56

### Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Walthausen.

Manche heuchelt wohl Ergebung und freundliche Mienen, aber innen brennt es, ein nie zu verschwendender Gram nagt an ihrer Seele und macht sie schweigsam und elend. Manche sucht sich zu betäuseln durch laute Vergnügungen, aber sie kann sich nicht recht freuen, sie empfindet eine beständige Leere in ihrer Brust, immer muß sie dessen gedenken, den sie für immer verloren. Manche greift wohl zu in heller Empörung und kettet sich an einen ungeliebten Manne, um nur verheirathet zu sein, aber kalt geht sie neben dem vielleicht guten Manne einher, immer vermisst sie etwas, vermisst ihn, der sie verlassen, und unbefriedigt lebt sie dahin, macht sich und ihrem Manne das Leben zur Qual, ihre Ehe zur unglücklichen. Sie läßt sich gleichgiltig und interesselos gehen im Anzug und in der Häuslichkeit, ist aber aufs höchste verwundert und gereizt, wenn ihr Mann eine andere schön findet, weil sie durch nette Kleidung und lebenswürdiges Benehmen seine Frau übertrifft. Dann schilt sie im Verein mit jenen Vellagenswerthen, die nie geliebt, die in ewigem Sehnen und Schmachten hinbrüten, auf die bösen Männer, nur den einen nimmt sie aus, ihn, der ihr untreu geworden. Ich habe Dich, lieber Kurt, oft beklagt und es erklärlich gefunden, daß Du überall herum charrnirt."

"Ich?"  
"Jawohl, ich weiß, Du hast vielen den Hof gemacht, hast Du doch sogar diesem Gänsechen, Clotilde Brambach, Schmeicheleien gesagt."

"Die ist übrigens hier."

"So?"  
"Ich vergaß es Dir zu sagen, ich habe sie am Arme des Doktor Langenberg gesehen, als ich zum Rechtsanwalt ging."

"Dann ist sie verheirathet und verlobt wahrscheinlich ihre Flitterwochen hier. Meinethwegen mögen alle Deine Plamen hier sein, ich erlaube Dir, allen Galanterien zu sagen, ich weiß, daß ich bald von dieser Schwäche Dich heilen werde. Ich will Dir die Häuslichkeit so angenehm machen, daß es Dir nirgends besser als bei Deiner Blanka gefallen soll."

"Ich weiß, Du kannst das und zwar durch die Macht der treuen Liebe," rief Kurt und fuhr fort:

"Ja hier, inmitten dieses Laubgewölbes, hier im Walde, fühle ich, daß ich Dir folgen muß, daß keine mich so fesseln kann als Du. Meine Waldsee ist mir wieder erschienen und hält mich fest in ihrem Bann! Meine Waldsee war es, die mich alles verlassen ließ, um bei ihr, nach so vielen Enttäuschungen alles das zu finden, was ich vergeblich gesucht, die wahre treue Liebe. Ich werde Dir unterthan bleiben müssen, weil ich Dich liebe."

"Mein einzig geliebter Kurt," rief Blanka, sank stürmisch an seine Brust und umarmte ihn.

Und sie herzten und küßten sich. Die Wipfel bildeten ein Tempeldach und die Blätter rauschten durch die Waldesstille und die treue Liebe feierte einen erhebenden Sieg.

"Meine süße Waldsee, einst wie heute, und für immer meine treue Blanka," flüsterte Kurt.

"O wie glücklich bin ich," rief Blanka, "ich könnte freudig sterben, nach solcher Freude, nachdem ich das erlebt!"

"Neues Leben erblüht für uns beide," liebe Blanka.

"Ja im tiefen Waldesrieden wollen wir unser neues Heim aufschlagen, ich will es Dir traulich machen, wir wollen uns wohl fühlen, fern von der Welt."

"Ja, fern von der Welt, bei Dir, Blanka, will ich ruhen nach all' meinen Irrgängen."

"Wir kennen die Welt zur Genüge."  
Und sie gingen weiter, Arm in Arm beseligt, einen

schönen Moment erlebt, eine frohliche Zukunft vor sich zu haben.

"Sieh, Blanka," erzählte Kurt, "es ging mir wie es vielen Männern ergeht, die in ihrem Hause von ihrer Frau keine freundliche Miene sehen, kein freundliches Wort hören. Ich wurde auffällig, ich ging aus dem Hause, um dem fernen Grün zu entsiehen, um fremdliche Gesichter zu sehen, angenehm mich zu unterhalten, freundliche Reden zu hören. Doch diese flüchtigen Räucherlein wurden schwer befrachtet durch den giftigen Bitterstoff meiner unaussprechlichen Schwiegermutter. Meine Frau, ein echtes Kind ihrer Mutter, sekundirte ihr nicht nur, sie setzte ihr Nörgeln und Moralpredigen mit einer Ausdauer und monotonen Beharrlichkeit noch lange fort, daß ich eben wieder davonlaufen mußte und mich endlich an dies herumflatternde Leben gewöhnte. Das hat nun ein Ende." Ich bin erlöst, aber Du? Wirst Du Dich nicht zurücksehnen nach den Fleischtopfen Egyptens, nach dem Hofe?"

"Er ist mir jetzt für immer verschlossen, ich wußte, daß ich eine ruhige gute Stellung, die viel Angenehmes hat, aufgab, als ich mich entschloß, mit Dir auf und davon zu gehen. Wenn Du aber glaubst, daß ich mich dort recht wohl gefühlt, so irrst Du. Nirgends treten die Rang- und Standesunterschiede schroffer zu tage. Jeder Höhergestellte blickt geringschänzend auf den Unterthmstehenden herab, weil der Ueberthmstehende ein Gleiches thut. Es ist immer eine da, die etwas mehr ist und das höchste Verdienst wird der hohen Geburt untergeordnet. Ich bin froh von dem beständigen Zwange befreit zu sein, ich sehne mich nicht zurück, ich lebe nur für Dich."

"Brav, Blanka! Doch sieh, da sind wir unter Gesprächen unbemerkt bis in die Stadt gelangt."

"Sie dort, Kurt, den Wagen, wie überladen mit Roffern und Körben!"

(Fortsetzung folgt.)

anose Duellrede abzuschütteln. Diese ist ihm begreiflicher Weise ebenso unbecom wie seinem Freund Stöcker der Scheiterhaufen-Brief. Aber was hilft alles Wenden, Schütteln, Drehen und Verdrehen? Das geschriebene Wort bleibt; und das stenographirte Wort bleibt. Und wenn der heilige Duellpaster fortfährt, seiner Partei unbecom zu sein, wie Freund Stöcker es war, so wird er gelegentlich, wie ihm aus unseren Reihen zugerufen ward, auch „liegen“, wie Freund Stöcker.

Morgen Fortsetzung des Militär-Stats. —

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag zunächst ohne Debatte den Etat des Kriegsministeriums und den des auswärtigen Ministeriums. Beim Etat der indirekten Steuern ergriff Graf Kanitz die Gelegenheit, die vermeintliche Noth der Landwirtschaft zahlenmäßig nachzuweisen; vielleicht hoffte er heute bei dem Finanzminister Entgegenkommen für seine Wünsche zu finden. Er tauschte sich darin auch nicht, denn Dr. Miquel, der Liebling der Götter und Agrarier, beschuldigte ihn diesen Nothstand, wenn er auch gezwungen war, einige zu lächerlichen Zahlengruppierungen und vor allem die Schlüsse daraus zurückzuführen. Es wäre auch zu gefährlich gewesen, zuzugeben, daß der Mittelstand zurückgehe, wie Graf Kanitz im Interesse des mittleren Landwirthes behauptet hatte. Große Heiterkeit erregte der Schlußsatz der Rede des Ministers, daß nach der Statistik die Zahlen der Veranlagung noch lange nicht das wirkliche Einkommen erreichten. Ob der Nationalliberale v. Geyern, der diesen verheerenden Vorwurf des Ministers zurückwies, im Namen aller Steuerzahler oder nur im Namen seiner Partei gesprochen hat, blieb zweifelhaft. Nach Erledigung des Etats der direkten Steuern wurde die Beratung des Budgets begonnen, die am Sonnabend fortgesetzt werden soll. Außerdem steht der Etat für Handel und Gewerbe auf der Tagesordnung.

Zur Handwerkerfrage und zur Uebertretung der §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes. Unter der Ueberschrift „Politische Nachrichten“ findet sich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende Notiz:

Der seit etwa Jahresfrist bestehende Zwist zwischen den beiden Führerschaften der Handwerker- und Innungsabtheilung, dem Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu Berlin und der Vorstandschaft des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu München ist in einer am 12. cr. hier abgehaltenen Konferenz beigelegt und die wünschenswerthe Einigkeit wiederhergestellt. In der Konferenz wurde zugleich vereinbart, daß der Gesammtverband, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks, sofort einer vom Berliner Zentralausschuß nach Berlin einzuberufenden Handwerkerkonferenz, zu welcher beide Körperschaften eine gleiche Anzahl Vertreter zu entsenden berechtigt sind, unterbreitet werden soll. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll sodann einem von beiden Körperschaften gemeinsam anzuberaumenden allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstage — für denselben ist Breslau in Aussicht genommen — vorgelegt werden. Die schon erfolgten Einladungen für einen Innungs- und Handwerkerkongress in Berlin bzw. Breslau sind also gegenstandslos geworden und haben sich beide Körperschaften vorbehalten, einen erneuten Ruf für die Abhaltung eines allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstages zu erlassen.

Frankreich. Der Ansturm der Cheffekte gegen das Ministerium Bourgeois ist zunächst mißlungen: wie wir gestern noch in einem Telegramm mittheilen konnten, hat die Deputirtenkammer der Regierung mit sehr großer Majorität ein Vertrauensvotum erteilt. Damit ist das Mißtrauensvotum des Senats aufgelöst. Und die Regierung ist jetzt gezwungen, den Spieß umzudrehen, und endlich einmal ernst zu machen mit der Ausmerzung des Senats. In einem demokratischen Einheitsstaat hat das Zweikammersystem, das in Bundesstaaten, wie der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine gewisse Berechtigung hat, absolut keinen Sinn. Und thatsächlich ist auch der Senat in die französische Verfassung eingeführt worden zu einer Zeit, wo die Republik noch nicht demokratisch war, und in der ausgesprochenen Absicht, die Demokratisierung der Republik zu verhindern. Jetzt ist aber — trotz alledem — in Frankreich die Demokratie obenan und nur die kapitalistische Korruption steht einer gründlichen Verfassungsreform im Weg. Da nun der Senat so unvorsichtig war, sich mit der kapitalistischen Korruption solidarisch zu erklären, so muß der Kampf gegen die

Korruption, den das Kabinet Bourgeois unternommen hat, sich mit Nothwendigkeit auch gegen den Senat richten. Und es sind schon in nächster Zeit dahin zielende Maßregeln zu erwarten. —

Die bürgerliche Presse ist außer sich vor Wuth über den Sieg des Ministeriums. Und bei der Internationalität des Kapitalismus kann es nicht überraschen, daß auch die deutschen bürgerlichen Blätter, selbst radikal und fortschrittliche rohrspahnenmäßig über die „Jammerlinge der gemäßigten Mehrheit der französischen Kammer schimpfen, die „zu feig sind dem muthigen Beispiel des Senats zu folgen“ — das heißt für die Epizubenen Partei zu ergreifen.

Daß aber der Konflikt zwischen Kammer und Senat nun kommen muß, das wird allgemein begriffen.

Zunächst hat die Kammer, des Karnevals wegen, 8 Tage Ferien. Da können die Freunde Arton's für kurze Zeit ihre Sorgen vergessen.

Ueber die gestrige Sitzung — allerdings noch nicht die ganze — wird uns aus Paris geschrieben:

Die Kammer hat den Anblick der großen Sitzungen. Sämmtliche Minister boten sich eingekleidet. Dann trat man in die Debatte der Interpellation über die Südbahnaffäre ein, zu der Abg. Pams das Wort ergriff. Er geht auf die Verhandlungen im Senate ein, die eine Erklärung der Regierung in dieser Angelegenheit erwünscht erscheinen lassen und schließt mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, daß, wenn die Staatsgewalten sich nicht einigen können, die Verfassungsrevision unbedingt erforderlich wird. Dann bestieg Justizminister Ricard die Rednerbühne. Er dankte Herrn Pams, ihm die Gelegenheit zur Erklärung geboten zu haben und sprach sich dann über seine Maßregeln in der Südbahnaffäre und die Vorgänge im Senate aus.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Schuhmacher Georg Bogt von Siegen zu verantworten. Derselbe ist ein Veteran, der 1866 und 1870/71 mitgekämpft hat. Er will in der Schlacht bei Sedan eine Verwundung erhalten haben und beantragt aus diesem Grunde eine Pension und Unterstüzung. Da nach ärztlichem Gutachten aber die Wunde am Arm mit der im Kriege erhaltenen nicht in Verbindung gebracht werden könne, so wurde er abschlägig beschieden. Darüber scheint der Angeklagte sich gehörig zu ärgern, denn da er gerne dem Schnapstempel huldigt, so würde er die Pension zur Kanalisation seiner Bärge sehr gut haben brauchen können. Er soll deshalb im vergangenen Jahre wiederholt in bezug auf den Kaiser Schimpfwörter gebraucht haben, weil dieser ihm seine Pension nicht habe zahlen wollen, dagegen sei der Herzog von Nassau der edelste Fürst von Europa. U. hat nämlich früher unter Nassau gelebt und ist der Ansicht, der Herzog von Nassau würde ihm sicher Pension gewährt haben. Der Angeklagte hat auch im Laufe des vorigen Jahres wiederholt großen Unfug verübt und waren ihm deshalb mehrere Strafmmandate zugegangen, gegen welche er Widerspruch erhob. Bei der Verhandlung des Königl. Schöffengerichts stellte sich bei der Zeugenvernehmung nun heraus, daß U. auch die Majestätsbeleidigungen begangen habe und erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig und mußte die Sache der Strafkammer überwiesen werden. In der heutigen Verhandlung wurden zwei Fälle von Majestätsbeleidigung festgestellt und der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Wegen der Aufhebung erfolgte Verurtheilung zu 10 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte wegen Majestätsbeleidigung in 3 Fällen je 4 Monate Gefängniß oder eine Gesamtstrafe von 8 Monaten beantragt. —

### Deutsches Reich.

— Zur Margarine-Gesetzgebung. Nach der „V. Z.“ entsandte das Reichs-Gesundheitsamt seinen Beamten Dr. Windisch nach Biebrich, der in der dortigen Margarinefabrik von Cron u. Scheffer praktische Versuche in bezug auf die Verwendung von Rager- und Vollmilch für Margarine und in bezug auf das Färben der Margarine anstellte.

Hoffentlich ist dies kein Zeichen dafür, daß die Regierung bereit ist, auch hierin den Agrariern Rechnung zu tragen. —

— Dem Geheimen Justizrath Professor Dr. Hirschius, der längst auf Wunsch des Kultusministers ein Gutachten über die Disziplin über die Privatdozenten an den preussischen Universitäten veröffentlicht hat, ist der „Köln. Ztg.“ zufolge der Rother Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden.

In den Kreisen der Kollegen des Herrn Hirschius und im großen Publikum hat sein Gutachten nicht den Beifall gefunden, wie beim Kultusminister. —

— Wegen wissentlichen Meineids soll, wie die „Rhein. Westf. Ztg.“ aus Essen berichtet, gegen den durch den

Bochumer Stempelprozeß bekannten Generaldirektor Köhler die Voruntersuchung eingeleitet worden sein. Derselbe befandete in dem Prozesse unter Eid, daß er dem Redakteur Fusangel keinerlei Informationen zu den gegen den Geheimrath Baare und den Bochumer Verein gerichteten Artikeln geliefert habe. Neuere gerichtliche Vernehmungen sollen nun ergeben haben, daß Frau Köhler dem Redakteur Fusangel Abnahmestempel überbracht habe, die von ihrem Manne in einem verschlossenen Schrank aufbewahrt worden seien.

— Gegen den Gendarm Münter sind, wie die „Rhein. Westf. Arbeiter-Zeitung“ mittheilt, nicht beim Vormunder Landgericht, sondern beim General-Auditoriat der Armee von mehreren Seiten Denunziationen wegen Meineids eingereicht. Daß ein Gendarm auch dann der Militärgerichtsbarkeit untersteht, wenn er Versammlungen des Zivils überwacht, das zeigt so recht, welche bedeutungslose Rolle im neuen Deutschen Reich das Zivil gegenüber dem Militär spielt. — Uebrigens stand am 10. Februar in Köln eine Verhandlung vor der Strafkammer gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Genossen Hofrichter, rühmlichst bekannt durch den Frauweiler-Prozeß, an, in der es sich um eine angebliche Münterbeleidigung handelte. Der inkriminierte Artikel der Zeitung beschäftigte sich mit den Vorkommnissen gelegentlich der Bauarbeiter-Versammlung, die bekanntlich die Ursache der späteren Münterbeleidigungsprozesse und des ungelungen Meineidsprozesses gegen Schröder u. Genossen bildete. Der als Zeuge geladene Reichstags-Abgeordnete Dr. Lüggenau war durch seine parlamentarischen Arbeiten am Erscheinens verhindert und beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Deubel aus diesem, wie auch aus dem Grunde, daß den Anklage-Akten gegen andere wegen Münterbeleidigung verurtheilte Redakteure beigelegt waren, die Vertagung der Sache und beantragte ferner, auch die Akten der übrigen, theils eingestellten, theils durch Freisprechung geendigten Münterbeleidigungsprozesse beigegeben. Das Gericht gab dem Antrage der Verteidigung statt und so wurde die Sache auf unbestimmte Zeit vertagt. —

Kiel, 18. Februar. (Sig. Ver.) Einen kläglichen Erfolg hat die christlich-soziale Agitation in Schleswig-Holstein erfahren. Trotz der reichen Mittel und der hochstehenden Leiter haben die gegründeten Vereine selbst in den Städten, wo die Arbeiter infolge ihrer Beschäftigung außerst abhängig sind, nur über eine kleine Mitgliederzahl zu verfügen, die in der letzten abgehaltenen Versammlung in Neumünster wie folgt angegeben wurden: Altona 98, Flensburg 755, Kiel 24, Neumünster 168, Nordstrand 88. Dabei figuriren als Mitglieder eine große Anzahl solcher Personen, die dem Arbeiterstand nie angehört haben. Ihre Liebesmühe, den wahren Sozialismus zu bekämpfen, war daher bislang umsonst. —

München, 14. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm nahezu einstimmig den Antrag des Ausschusses auf Eröffnung einer genossenschaftlichen Landes-Hypothekendarunter Aufsicht des Staates und mit einem staatlichen Zuschusse an. Der Minister des Innern gab die Zusage, daß die Regierung dem Antrage Folge geben werde.

— Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Auer hat in seiner Rede über das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland am 29. Januar d. J. nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das den Arbeitern und speziell auch den Frauen durch die Gewerbe-Ordnung gewährleistete Recht, wirtschaftliche Angelegenheiten in Versammlungen zu berathen, in unzähligen Fällen durch das Vorgehen der Behörden illusorisch gemacht wird. Einen eklatanten Fall dieser Art, der die schärfste Kritik herausfordert, meldet die „Münchener Post“ aus Kempten in Bayern. Die dortige Polizeibehörde hat dem Begriff der „öffentlichen Angelegenheiten“ eine solche Ausdehnung gegeben, daß es ihr möglich ist, die Theilnahme der Frauen an gemerktschaftlichen Versammlungen vollkommen unmöglich zu machen. Sie gab auf die Anmeldung einer Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung folgende Antwort:

Kempten, den 18. Januar 1896.

Betreff: Versammlung der Schneider und Schneiderinnen Kemptens.

Nach Anzeige des Herrn Adressaten vom Gefängnis will am Montag, den 20. d. M., im Gasthause zum Adler, Altstadt, eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen zu dem Zwecke abgehalten werden, um über die Forderung der Konfektionsarbeiter auf Errichtung von Betriebswerkstätten zu berathen und zu beschließen. Als Referent ist der Schneider Auer Stieble dahier, Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Kempten und Umgebung benannt. Da es sich sonach zweifellos um Bethätigung und Verbreitung sozialdemokratischer Ideen handelt, kann gemäß Art. 15 des Vereinsgesetzes die Aufnahme von Frauen an der bezüglichen Versammlung nicht gestattet werden und wird die Ertheilung der Anzeigebestätigung in dieser Ausdehnung verweigert.

Auf die Urtheile der Strafkammer des I. Landgerichts Nürnberg vom 17. August 1894 und des I. Ober-Landesgerichts München vom 29. Dezember 1894 wird bezug genommen.

Bürgermeister:  
(Name unleserlich)

Man kann nicht daran zweifeln, daß die Polizeibehörde von Kempten durch die Oberbehörden rekognoscirt wird; aber das ändert doch nichts an der Thatfache, daß das zweifelhafte Recht der arbeitenden Klasse jeden Augenblick durch untergeordnete Polizei-Organen in Frage gestellt werden kann. —

— Ueber das merkwürdige Vorgehen eines Staatsanwalts gegen einen unschuldig Verurtheilten berichtete am Dienstag in der bayerischen Abgeordnetenkammer der konservative Abgeordnete Lüh:

„Ein Bediensteter des Abgeordneten war vor zwei Jahren, als Lüh im Landtag aber im Reichstag anwesend war, wegen Sachbeschädigung zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Der Mann beteuerte vergeblich seine Unschuld, verbüßte seine Strafe und kam später dahinter, wer die Uebelthat wirklich begangen hatte. Es war der nämliche, der als Zeuge unter dem Eid seine Verurtheilung herbeigeführt hatte. Er zeigte ihm nun an, konnte aber nicht den vollen Nachweis liefern und wurde — wegen falscher Anschuldigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Schließlich stellte es sich aber doch heraus, daß der Angezeigte der wirkliche Thäter gewesen war, er gestand schließlich sogar und wurde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Kaum war dieses Urtheil erfolgt, so erhielt der unschuldig Verurtheilte den Befehl, seine dreimonatige Gefängnißstrafe anzutreten. Der Mann ging nun zum Staatsanwalt und setzte ihm auseinander, daß er ja unschuldig und der wirkliche Thäter überführt und verurtheilt worden sei. Darauf sagte ihm der Staatsanwalt: „Wir wissen schon, daß Sie unschuldig sind. Aber was machen Sie uns für Arbeit.“

Der Abgeordnete Lüh nannte das Vorgehen des Staatsanwalts eine „Gefühlsrothei“, was ihm noch einen Ordnungsruf eintrug. Der bayerische Justizminister erklärte, den Fall untersuchen zu wollen.

Gürth, 12. Februar. (Sig. Ver.) Im Gemeindefolgeium beantragte gestern der Vorstehende, Hofrath Dr. Meyer (liberal), die Gemeindevahlen künftig nach Bezirken vorzunehmen und zwar sollen die Bezirke so abgetheilt werden, daß in jedem möglichst nur ein Vertreter gewählt wird. Der Antrag fand gegen 4 völkparteiliche Stimmen Annahme. Vor 5 Jahren hatte der sozialdemokratische Wahlverein den gleichen Antrag gestellt, derselbe wurde aber damals von den Liberalen heftig bekämpft und so Fall gebracht. Die gleichen Nationalliberalen haben nun den Antrag aufgenommen, für welchen Nationalliberalen, Freisinnige und Sozialdemokraten stimmten. Auch unsere Nürnberger Parteigenossen hatten seinerzeit beim dortigen Stadtmagistrat den gleichen Antrag eingebracht, der

### Kunst und Wissenschaft.

Der Verein „Probühne“ hat beschlossen, außer seinen Versuchsaufführungen noch eine Reihe von öffentlichen Vortragsabenden unter Mitwirkung hervorragender Bühnenschriftsteller, Darssteller und Kritiker zu veranstalten. Der erste dieser Abende, am Donnerstag, den 20. d. Mts., im Hotel „Bier Jahreszeiten“ wird Vorträge und Regitationen aus den Werken Wiener, Berliner und Münchener Autoren enthalten: Einen Einakter von Arthur Schnitzler, Berliner Skizzen von P. A. Kirstein, kleinere Dichtungen von D. S. Bierbaum, M. G. Conrad, H. von Nider, Ernst von Wolzogen u. f. w.

Dem Polizeikampf gegen die freie Kunst. Am 1. Februar berichteten wir bereits, daß die Klage der „Freien Volksbühne“ gegen die bekannte Zensur-Maßregel, durch welche Köhler sich ein bleibendes Denkmal in der deutschen Kunstgeschichte errichten wollte, vom Ober-Verwaltungsgericht abgewiesen worden ist. Dasselbe Schicksal ist der „Versuchsbühne“ (Dr. Bruno Wille und Genossen, vertreten durch Rechtsanwalt Greling) widerfahren. Auf die gleiche Klage des Vereins „Freie Bühne“ (Dr. Paul Schlenke und Genossen, vertreten durch Rechtsanwalt P. Jonaas) hat das Ober-Verwaltungsgericht Beweisaufnahme beschlossen.

Professor Reintaler, der Komponist der Opern „Räthchen von Heilbronn“ und „Gdda“ ist am 18. Februar, 74 Jahre alt, in Bremen gestorben.

Ludwig Gabilion, der berühmte Wiener Hofkapellmeister ist am 18. Februar nach längerer Krankheit gestorben. Mit ihm ist einer der ersten Feldendarristeller aus der Laub'schen Zeit dahingegangen. Gabilion war in Glistrow geboren und kam 1853 nach Wien, wo er alsdann verblieb.

Ambroise Thomas, dessen Tod wir vorgestern meldeten, ist uns Deutschen fast einzig durch seine 1866 entstandene Oper „Mignon“ bekannt, die noch heute viel gegeben wird. Der Komponist hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Am 5. August 1811 als Sohn eines Musiklehrers in Metz geboren, trat er 1828 ins Pariser Konservatorium. Im Jahre 1829 erhielt er den ersten Preis für Klavierpiel, 1830 denselben Preis für Harmonielehre, 1832 den großen Römerpreis für die dramatische Kantate „Herman et Kotto“. Als 1871 Auber starb, ward Thomas an die Spitze des Konservatoriums berufen, dem er seine erste Ausbildung verdankte. Schon 1851 ward er zum Nachfolger Spontini's in die Akademie gewählt, 1858 zum Offizier, 1868 zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt. Im Jahre 1894 erhielt er, als der einzige französische Künstler, dem diese Ehreung zutheil geworden, anlässlich der tausendsten Aufführung der „Mignon“ das Großkreuz der Ehrenlegion. Ambroise Thomas wird auf Staatskosten beerdigt werden.

Vom Nordpol. Es ist begreiflich, daß die Mittheilung von der Entdeckung des Nordpols durch den kühnen norwegischen Forscher Nansen Zweifel begegnen. Wie aus Christiania berichtet wurde, ersuchten die Angehörigen Nansen's „Nordf. Telegrammbyrå“ mitzutheilen, daß sie nicht an die aus Jhrstet gemeldete Nachricht glauben, nach welcher Nansen den Pol erreicht, Land entdeckt habe und sich auf der Rückkehr befinde. Bekanntlich hat die Erde die Gestalt einer Kugel und dreht sich in 24 Stunden um einen ihrer Durchmesser, die sogenannten Pole, wodurch der Wechsel von Tag und Nacht hervorgerufen wird. Die Endpunkte der Erde sind eben die Pole. Da nun die Erde nicht senkrecht auf der Ebene der Bahn steht, welche die Erde jährlich um die Sonne beschreibe, sondern etwa 23½° dagegen geneigt ist, so ist sie während eines halben Jahres mit ihrem nördlichen Ende der Sonne zugewandt, während der anderen Jahreshälfte von der Sonne abgekehrt; deshalb ist jeder Pol während eines halben Jahres von der Sonne beschienen, dagegen herrscht in der anderen Hälfte des Jahres völlige Dunkelheit auf ihm. Je mehr man sich ihm nähert, um so mehr macht sich der Einfluß dieses Umstandes geltend: Die wärmende Kraft der Sonnenstrahlen, welche unter schiefem Winkel anfallen, ist nicht sehr bedeutend und reicht bei weitem nicht aus, die ungeheuren Eismassen, welche sich während der eiskalten Rälte in der langen Polarnacht bilden, zu schmelzen; daher ist die Gegend der Pole eine Gegend ewigen Eises, in der organisches Leben kaum möglich ist.

Noch andere merkwürdige Eigenschaften treten auf, wenn man sich dem Pole nähert. Beispielsweise werden die Körper schwerer; denn die Erde ist keine vollkommene Kugel, sondern die Erde ist um etwa 6 Meilen kürzer, als der Durchmesser des Äquators, des Kreises, welcher die Erde in die nördliche und südliche Halbkugel theilt. Es befinden sich also die Körper in der Nähe des Poles dem Mittelpunkte, nach welchem die Anziehung gerichtet ist, näher als am Äquator; auch die verminderte Geschwindigkeit bei der Drehung, welche um so kleiner ist, je weiter man nach Norden vorschreitet, hat die Wirkung, die Schwere zu vergrößern.

Sollte sich die Meldung von der Erreichung des Poles bewahrheiten, so wird die gelehrte Welt bei der Rückkehr Nansen's unzweifelhaft eine Reihe interessanter Aufschlüsse über verschiedene wissenschaftliche Fragen erhalten.

Aus Christiania liegt in der bedeutungsvollen Angelegenheit noch die folgende vom Freitag datirte Depesche vor: Die drei Autoritäten auf geographischem Gebiete halten die Depesche aus Jhrstet über Nansen für nicht unwahrscheinlich, da Nansen's Vorwärtlichkeit die erste Station in Sibirien ist, wenn Nansen wirklich auf dem Heimwege ist.

jedoch von den „freisinnigen“ Vertretern im Rathhause gegen eine Stimme abgelehnt wurde. Unsere Nationalliberalen scheinen jetzt zu begreifen, daß sie sich mit ihrem eigenen reaktionären Regime große Schläppen beigebracht haben und sie hoffen nun, durch die Verwirklichung des Antrages wieder zu neuem Leben angefaßt zu werden. Immerhin verdient das Vorgehen den sächsischen Liberalen ins Gedächtniß gerufen zu werden.

**Militärisches.** Die „Pfalz. Ztg.“ meldet aus Gernersheim: Freisprüche worden ist vom Militärgericht Leutnant Ubrig, welcher vor vierzehn Tagen bei einem Ballo, den die Garnisons-Unteroffiziers-Gesellschaft abhielt, einem Zimmermann, welcher ihn beleidigte, mit dem Säbel über den Kopf geschlagen hatte.

Den Nationalliberalen in Baden lassen die Triumphe ihrer sächsischen Gesinnungsgenossen in Wahlrechtsfragen keine Ruhe, sie wollen ebenfalls ihre Wahlrechtsreform haben; aber nach der Weise der süddeutschen Liberalen fahren sie nicht so brutal dazwischen wie die Sachsen, sondern stützen ihren Antrag mit einem liberalen Gewande aus. Statt der jetzigen indirekten Wahl wollen sie die direkte einführen, dafür aber zwei Sorten Abgeordnete schaffen, nämlich neben 68 Vertretern für das Land noch 15 von den aus Klassenwahlen hervorgegangenen Bürgerausschüssen gewählten Vertretern der Städte.

Im hessischen Landtage kam der Antrag des Abg. Dr. Vogt zur Verhandlung, welcher für diejenigen, die am letzten Kriege theilgenommen und einen rechtlichen Anspruch auf den Invalidenfonds nicht haben, staatliche Hilfe fordert. Unsere Genossen Joest und Ulrich traten energisch für den Antrag ein, der jedoch mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Joest verweist in der Debatte auf die 1871 an hohe Personen reichlich gewährten Dotationen, während für die Geringeren, die dem Kriege näher standen, die Mittel sehr kärglich seien. Den Veteranen gegenüber solle man nicht knausern, sondern wirklich liberal verfahren. Es war vergeblich. Nach erfolgter obenerwähnter Ablehnung des Antrages Vogt beschloß der Landtag, die Regierung aufzufordern, die Hüfen der vorhandenen Mittel wenigstens an die Veteranen zu vertheilen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde endlich ein langjähriger Kampf beendet und das alte Weinsteuer-Gesetz mit 29 gegen 16 Stimmen abgeschafft.

Die „Straßburger Post“, ein nationalliberales Blatt, fühlte die Verpflichtung, die sächsischen Reichstags-Abgeordneten, nämlich unseren Genossen Bueß und den Abgeordneten Goldbus wegen ihrer Klagen über die Zustände in den Reichsständen anzugreifen. Sie meint, solche Reden wären gerade geeignet, die Regierung von Reformen zurückzuhalten und stellt damit eben dieser Regierung ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Denn es wäre doch der Gipfel der Pflichtvergessenheit, wenn die Regierung die schlechten Zustände nur deshalb aufrecht erhielte, weil sie von oppositionellen Rednern beleuchtet sind. In der ganzen Polemik waagt aber die „Straßburger Post“ nicht, die von den reichsständischen Abgeordneten angeführten Thatsachen abzuleugnen; und diese Thatsachen reden für sich selbst mit tausend Jungen.

**Italien.** Rom, 14. Februar. Einem Gerücht zufolge macht der Arbeitsminister Saracco, obwohl er seine Demission schriftlich zurückgenommen hat, neue Schwierigkeiten. Man spricht von Unterredungen, welche er in seinem Hause mit einigen leicht zur Opposition neigenden Mitgliedern der bisherigen Mehrheit hatte.

**England.** Die Adress-Debatte dauert fort. Ein Telegramm von heute meldet: Der radikale Abgeordnete Sabouchere beantragte ein Amendement zu der Adresse, welche eine Untersuchung der Angelegenheiten in Transvaal und der finanziellen und politischen Handlungen der Chartered Company vorschlägt. Sabouchere sagte, es sei der Hauptzweck dieses Antrages, Cecil Rhodes solange vom Verwaltungsrath und der Betriebsleitung der Chartered Company auszuschließen, bis die Untersuchung zu Ende geführt sei. Der Unionist Arnold Forster wünschte es unmöglich zu machen, daß die Chartered Company auf ihrer jetzigen Basis weitergeführt oder daß eine ähnliche durch Freidrief errichtete Gesellschaft je wieder gestattet werde. Der Kolonialminister Chamberlain lehnte das Amendement ab. Cecil Rhodes, die Chartered Company, das Johannesburg Reformkomitee und der Lord-Kommissionar hätten sämmtlich von dem Vorgehen Jameson's durchaus keine Kenntniß gehabt.

Einige englische Blätter tadeln die gestrigen Erklärungen des Herrn von Marshall im Reichstag. Sie sind offenbar falsch unterrichtet. Diese Erklärungen waren durchaus korrekt und lassen die englischen Rechte in keiner Weise an. Wäre die deutsche Politik durchweg so korrekt gewesen, wie diese Erklärungen, so hätte es wegen des Transvaals keinen Speltatel gegeben.

Betreffs der armenischen Wirren erklärte der Parlaments-Unterschieds- und Auswärtigen Anites Curzon im Unterhaus, es sei für die Einwohner von Zeit zu Zeit eine Amnestie zwischen den Völkern und der türkischen Regierung vereinbart worden; von der letzteren sei die Mittheilung eingetroffen, daß die Zeitungen mohamedische Dörfer verbrannt und geplündert hätten. Von den Zeitungen seien türkische Soldaten getödtet worden. Von der Niederbrennung von Christen in Zeitun hätten die Konsuln nichts gehört.

Man sieht, die Wahrheit über die „armenischen Greuel“ kommt Stückweise an den Tag.

Richard A. Davitt, der irische Homeruler und Demokrat, sagt in einem von der „Times“ veröffentlichten Briefe, der sich an die Engländer richtet: „Gegen die Schwachen ist England erbarmungslos, gegen die Starren aber ein Schmeichler und ein Freigling. Man vergleiche doch die Handlungsweise der Buren bei Krügerdöpp und die der Engländer in Kamaffi. Die Buren besiegten die gekauften Mäuler der britischen Südafrikanischen Gesellschaft. Wie behandelten die Buren die Besiegten? Und wie hat der Salisbury-Zug nach Kamaffi gehandelt? Hat nicht Gouverneur Maxwell den König Prempeh gezwungen, niederzuknien und ihm die Hände zu lassen? Wurden nicht den Ansahs Handschellen angelegt und wurden sie nicht als Gefangene abgeführt, obgleich kein einziger Schuß auf die Engländer gefallen war? Einige prählende Trochungen sind richtig auf der anderen Seite des Ozeans abgeschickelt worden. Da kennt man euch. Eure Reden von Schiedsgerichten täuschen niemanden. Ihr fürchtet euch vor einem Krieg mit den Vereinigten Staaten. Sonst würdet ihr eure Arme nach Caracas marschiren lassen und dort würdet ihr ebenso brutal aufzutreten sein, wie in Kamaffi. Eure Zähne zeigt ihr, aber beißen thut ihr nicht. Das ist auch ein Grund, weshalb ihr in Frankreich, Deutschland und Rußland so gehaßt und verachtet seid.“

**Rußland.** Petersburg, 13. Februar. Wie verlautet, beabsichtigt die russische Regierung im Laufe des Monats März für Bulgarien neue Konsuln zu ernennen; ebenso werde das Finanzministerium einen Handelsagenten daselbst anstellen.

**Serbien.** Die Verhaftung Jakobsohns. Uns wird gemeldet, daß am 12. Februar der frühere Dolmetscher der russischen Gesandtschaft zu Bukarest Jakobsohn aus Sofia ausgewiesen wurde. Jakobsohn hat bekanntlich vor einigen Jahren die Aktien der russischen Gesandtschaft und der Konsulate in Rumänien an Sumbulow für eine bedeutende Summe Geldes verkauft. Auf Veranlassung des russischen Gesandten in Serbien wurde Jakobsohn sofort nach seiner Ankunft auf dem Bahnhof durch den serbi-

schen Polizeichef verhaftet, während er sich noch im Eisenbahnkoupé befand. Der Bahnhof war durch Polizisten vollständig abgesperrt und das Publikum vom Perron entfernt. Einweilen bleibt der Arrestant im Gefängnis, wohin er alsbald überführt wurde, bis die russische Regierung endgiltige Bestimmungen erlassen hat. Jakobsohn ist im Gefängnis sehr niedergeschlagen. — Aus dem allen geht hervor, daß Rußland in den Balkanstaaten jetzt vollkommen Oberwasser hat; das äußert sich erfahrungsgemäß darin, daß die Balkanländer dem Jarenreich in jeder Beziehung politisch Liebedienste erweisen; und man weiß ja, zu welchen Zwecken Rußland dieselben in Anspruch zu nehmen pflegt.

**Bulgarien.** — Boris ist nun griechisch-orthodox getauft. Rußlands Politik in Bulgarien hat somit vollständig triumphirt.

**Türkei.** Pera, 14. Februar. (S. R. of S.) Die Bedingungen der General-Amnestie für Zeitun sind folgende: Alle Kuffändischen werden begnadigt, die auswärtigen Anführer derselben aber werden aus dem osmanischen Reiche ausgewiesen.

Christen und Muhamedaner liefern ihre Waffen aus, dürfen aber ihre Jagdgewehre behalten. Zeitun ist nicht verpflichtet, die Kasernen wieder zu erbauen. In Zukunft wird die Stadt unter die Verwaltung eines christlichen Gouverneurs gestellt werden. Die rückständigen Steuern werden nicht erhoben.

**Griechenland.** Athen, 13. Februar. Deputirtenkammer. Papanichalopoulos gab in längerer Ausföhrung einen Ueberblick über die Lage auf Kreta, die er als äußerst kritisch schilderte, und ersuchte die Regierung um Aufrüstung. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, die Regierung folge mit gespannter Aufmerksamkeit den Ereignissen auf Kreta, sei aber gezwungen, größte Zurückhaltung zu beobachten, und könne keine Mittheilungen machen.

**Asien.** — Rußland in Korea. Am 11. d. M. ist einer Meldung des „Bureau Reuter“ zufolge der Rußland auch in Seoul ausgebrochen. Der Premierminister und sieben Beamte wurden ermordet, der König und der Kronprinz haben sich in die russische Gesandtschaft geflüchtet, wo sich auch der Vater des Königs befindet. Wie verlautet, habe der König den Tod der Minister verfügt. Eine russische Streitmacht in der Stärke von 200 Mann ist zur Bewachung der russischen Gesandtschaft gelandet worden.

**Afrika.** — Transvaal. Die Regierung des Präsidenten Krüger erklärt in ihrem offiziellen Organ, daß sie eine Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten des Landes unter keinen Umständen dulden werde.

## Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

### Anruf!

Beträchtliche Mittel sind aus allen Kreisen unserer Mitbürger den Streikenden zur Verfügung gestellt worden.

Aber zu einem siegreichen Durchführen des gewaltigen Kampfes, an dem jedermann interessiert ist, der ein Herz für die Noth und das Elend der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen hat, fehlt noch viel. Es wird darum die dringende Bitte, nach Kräften zur Unterstützung der Kämpfenden beizutragen, wiederholt. Doppelt giebt, wer rasch giebt.

Auch die Expedition des „Vorwärts“ hat sich bereit erklärt, die Beträge entgegenzunehmen und wird in diesem Blatte Rechnung legen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins  
J. A.: J. Timm.

Die Versammlungen am Sonntag. Um den vielfachen Wünschen Rechnung zu tragen und um die Ueberfüllung der Lokale nach Möglichkeit zu vermeiden, sind für Sonntag noch zwei Versammlungen einberufen nach Sanssouci, Kottbusersstraße 4a und nach dem Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. In diesen fünf Versammlungen werden die Reichstags-Abgeordneten Bebel, Fischer, Schmidt, Dr. Schoenlank und Wurm referiren.

An den Littfassanten befand sich heute folgende Bekanntmachung des Berliner Gewerbegerichts: In dem hierseits ausgebrochenen Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Konfektions- und Zwischenmeistern der verschiedenen Schneiderbranchen ist allseitig der dringende Wunsch hervorgetreten, eine schleunige Beilegung der Streitpunkte durch Inanspruchnahme des hiesigen Gewerbegerichts als Einigungsamt herbeizuföhren. Es sind bereits mit einem Theile der Herren Konfektions- und Zwischenmeister Verhandlungen behufs Konstituierung einer Vertretung vor dem Gewerbegericht angebahnt. Da die Adressen der beteiligten Herren aber nur zum kleinsten Theile bekannt sind, die Arbeiterschaft aber bereits durch eine Kommission legal vertreten ist, ergeht hiermit an die interessirten Herren Arbeitgeber das Ersuchen, zu Generalversammlungen zusammenzutreten, in denen eine Vertretung der Arbeiterschaft sowohl für die Herren Konfektions- als für die Herren Zwischenmeister gewählt und bevollmächtigt wird, um vor dem Einigungsamt bei den demnächst stattfindenden Einigungsverhandlungen bindende Erklärungen abzugeben.

In vier großen, überaus stark besuchten Versammlungen waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions-Industrie am Freitag Nachmittag zusammengekommen, um Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Der Andrang zu allen Versammlungen war so stark, daß die Säle schon lange vor Beginn der Versammlungen polizeilich abgesperrt wurden. Wir lassen hier die Berichte über den Verlauf der einzelnen Versammlungen folgen:

Der große Saal von Keller in der Kottbusersstraße war schon um 1/2 Uhr derart überfüllt, daß die Absperrung erfolgte. Obwohl nun durch Einsernen der Tische noch Raum für etwa 200 Personen geschaffen wurde, hielten die Polizeibeamten doch die Sperre aufrecht, so daß viele hundert Männer und Frauen wieder umkehren mußten, ohne Einlaß zu finden. Nach Eröffnung der Versammlung waren etwa 2000 Personen, meist Frauen und Mädchen, im Saale anwesend, die den Ausführungen des Referenten Timm aufmerksam zuhörten, der etwa folgendes ausführte: Die Rechnung der Fabrikanten auf die gedrückte Lage der Arbeiterinnen und deren Wohlthätigkeit ist verfehlt. Die Ueberfüllung der heut stattfindenden Versammlungen beweist, wie lebhaft die Theilnahme der Arbeiter und Arbeiterinnen an dieser Bewegung ist. Bis jetzt hat die Kommission etwa 10 000 Streikarten ausgestellt. Unter Hinzurechnung derer, die keine Karten gefordert haben, kann man die Zahl der Streikenden auf 20 000 schätzen. Obgleich die Unternehmer sowohl in ihren Blättern, wie in ihren Zusammenkünften

behaupten, daß ihnen die Forderungen der Arbeiter nicht frühzeitig genug vorgelegt worden seien, ist es doch allgemein bekannt, daß die Herren schon seit einem Jahre über unsere Forderungen informiert sind. Nachdem wir alles versucht haben, um eine friedliche Einigung herbeizuföhren, trifft nicht uns, sondern jene, die uns in keiner Weise entgegengekommen sind, die Schuld an dem ausgebrochenen Streik. Wir waren uns von vorn herein darüber klar, daß nicht alle Arbeiter unseres Berufs sich an der Bewegung theilnehmen würden. Manche haben sich durch geringe Zugeständnisse der Unternehmer verleiten lassen, weiter zu arbeiten. Weite Kreise der Bevölkerung stehen auf unserer Seite, selbst der Minister v. Berlepsch hat im Reichstage die Berechtigung unseres Streiks anerkannt. Es kann uns gleichgültig sein, was nunmehr die Meister in ihren Versammlungen beschließen. Wenn die Herren nur das geringste Verständniß für die Lage haben, werden sie nachgeben. Jetzt stehen wir erst am Anfang der Bewegung, die Zahl der Streikenden mehrt sich von Tag zu Tag, und der angefangene Kampf muß zu Ende geführt werden. Wir sind nicht abgeneigt, auf den durch das Gewerbegericht angebotenen Einigungsversuch einzugehen. — Durch geschlossenes Zusammenhalten wird das, was jetzt an Lohn eingekürzt wird, in wenigen Wochen eingeholt werden, wenn unsere Forderungen erreicht sind. Die Situation des Streiks ist außerordentlich günstig; in dieser Woche sind die Konfektions- schon verlegen, wie sie ihre Arbeit fertig bekommen sollen und diese Verlegenheit wird sich nach den Pflanztagen noch steigern. Durch kleine procentuale Zulagen wird sich niemand von uns bereit finden lassen, weiter zu arbeiten. (Zustimmung.) Der Redner kennzeichnet unter Beifall der Versammlung die unerhörten Lohndrückereien einzelner Zwischenmeister, die später veröffentlicht werden sollen, um die jetzigen belämpften Verhältnisse nicht wieder einreißen zu lassen. Wenn auch einzelne unserer Kollegen sich dem Streik nicht angeschlossen haben, so braucht dadurch niemand mißmüthig zu werden. Die Lage ist so günstig, daß wir bei geschlossenem Zusammenhalten den Sieg sicher erringen werden. (Großer Beifall.)

In der Diskussion theilte Otto Horn mit, daß der Verein der Bögler und Stepper „Einigkeit“ sich ebenfalls für den Streik erklärt hat. Mehrere Redner besprachen Einzelheiten, die in verschiedenen Werkstätten anlässlich der Lohnbewegung vorgekommen sind und traten unter lebhafter Zustimmung und Beifall der Versammelten für unerwünschtes Ausbleiben im Streik ein. Timm geißelte das Vorgehen des Vorstehenden der Orts-Krankenkasse der Schneider, der in einem Schreiben die Kassendirektoren ersucht, die sich bei ihnen meldenden Kranken genau zu untersuchen, da sich viele Streikende in den nächsten Tagen fälschlicherweise krank melden würden. Ein so unanständiges Benehmen könne man nicht genug verurtheilen. Es sei entwürdigend, den Streikenden Arbeitern derartige Verrätherien zuzutrauen. Ferner meinte der Redner, es sei erklärlich, wenn der Gewerberath Dr. Sprenger jetzt von den Unternehmerorganen angegriffen werde. Man sei ja gewohnt, daß von jener Seite immer, wenn es sich um die Wahrnehmung selbst der berechtigten Arbeiterforderungen handelt, Protest erhoben werde. Nachdem noch einige Redner mit großer Wärme für den Streik gesprochen, theilte Timm mit, daß ihm sodann das Resultat der Meisterversammlung zugegangen sei, wonach diese eine Kommission, bestehend aus 5 Konfektions- und 5 Arbeiterinnen behufs Verhandlung in der Streitangelegenheit in Vorschlag gebracht haben. Da die Arbeiter und Arbeiterinnen durch die bestehende Fünfer-Kommission vertreten seien, könnten wir diese von den Unternehmern und ausübenden Kommission mit fünf Arbeiterinnen nicht anerkennen. Der Redner mahnt schließlich zu einigem Zusammenhalten und geschlossenem Vorgehen, damit die Unternehmer gezwungen werden, die Arbeiterforderungen zu bewilligen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf die in größter Ordnung verlaufene Versammlung mit einem draufenden Hoch auf die Schneider-Bewegung geschlossen wurde.

„Die Versammlung erklärt, mit aller Kraft und Energie den Ausstand weiter zu föhren und nicht eher zu arbeiten, bis die Unternehmer unsere Forderungen bewilligt haben. Nur die Fünfer-Kommission wird auch weiter für besagt erklärt, mit den Geschäften Vereinbarungen abzuschließen und eventuell Verhandlungen zu föhren. Die Versammelten verpflichten sich, auch da, wo ihnen procentuale Lohnerhöhungen und momentane Bewilligung der Tarife zugesagt werden, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Kommission den einheillichen Abschluß der Verhandlungen bekannt geben wird.“

Im Konzerthaus Sanssouci, Kottbusersstraße, hatten sich ca. 2000 Streikende der Konfektionsbranche, zum größten Theil Frauen und Mädchen versammelt. Schon vor 2 Uhr wurde der Saal polizeilich abgesperrt, während draußen Tausende auf und ab wogten, die vergeblich um Einlaß drängten. Frau Jhrer referirte hier über die augenblickliche Lage des Streiks. 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich ungefähr zur Zeit im Ausstande. Cirka 6000 Frauen und Mädchen haben sich bis jetzt bei den Kontrollstellen um Unterstützung gemeldet. Eine ebenso große Zahl hat bereits erklärt, auf jede Unterföhrung verzichten zu wollen. Gerade die mit der Anfertigung der besser bezahlten Waaren Beschäftigten seien die Muthigsten, die zuerst die Arbeit niederlegten. Ständig schlossen sich weitere Arbeiter und Arbeiterinnen noch dem Streik an. Fast die Hälfte aller in der Herren- und Knaben-Konfektion beschäftigten Arbeiter befinden sich bereits im Ausstande. Der schon erwähnte Brief des Vorstehenden der hiesigen Orts-Krankenkasse erregte auch hier den heftigsten Unwillen. Ein Antrag des Zwischenmeisters Wilh. Holz, in den Werkstätten, die bewilligt haben, das Arbeiten zu gestatten, wird der Fünfer-Kommission überwiesen. Frau Jhrer verliest hierauf die in der heutigen Versammlung der Innungsmeister und Konfektions- gefaßten Beschlüsse, indem sie die darin enthaltenen Angaben mit energischem Protest zurückweist. Aber aus dieser Thatsache und in anbetacht des heute veröffentlichten Anrufes des Gewerbegerichts ist mit Sicherheit zu erwarten, daß schon in nächster Woche günstige Resultate zu verzeichnen sind und in absehbarer Zeit der völlige Sieg errungen wird. Die Versammlung, die von Anfang bis Ende von einer Begeisterung getragen wurde, wie sie nur Arbeitern eigen sein kann, die sich gegen den seit Jahren immer stärker werdenden Druck des Unternehmers zum Verweissungskampf rüsten, nimmt sodann einstimmig die schon erwähnte Resolution an.

Im Berliner Brater war der Andrang so stark, daß bereits um 1/2 nach 1 Uhr polizeilich gesperrt wurde. Tausende wogten draußen hin und her. Nach Entföhrung sämmtlicher Tische und Stühle aus dem Saal wurden von den draußen Hartenden noch einige Hunderte hineingelassen. In mühsamer Ruhe fanden die Versammelten Kopf an Kopf dicht gedrängt und harrten der Eröffnung, die um 3 Uhr erfolgte. Das Referat über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung hielt der Schneider Pfeiffer. Er legte die Versammelten von den gepflogenen Verhandlungen der Zwischenmeister und den Verhandlungen der Konfektions- in Kenntniß. Die Meinung der ersteren habe sich plötzlich geändert und ist sodann in der stattgehabten Versammlung beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Hierauf unterbreitete der Vortragende der Versammlung die obige Resolution, die einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. In der Diskussion wurden Einzelfälle von Werkstätten mitgetheilt, in denen man die Arbeit bisher noch nicht niedergelegt hat. Sämmtliche Redner und Rednerinnen richteten deshalb das

dringendste Ersuchen an die Anwesenden, treu und fest zusammenzuhalten und auszuhalten, bis der vollständige Sieg erlangt ist. Mit brausendem Hoch auf das Gelingen der guten Sache wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung im Kösliner Hof mußte gleichfalls wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt werden, trotzdem die Tische und Stühle aus dem Saal entfernt waren, hatten ungefähr 1500 Personen Platz gefunden. Den Bericht über den Stand der Bewegung gab Fräulein Saader, die häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen, den bisherigen Verlauf des Streiks schilderte und die Anwesenden zum Ausdauern aufforderte. Die darauf folgende Diskussion war eine sehr ausgedehnte, woran sich unter anderen die Genossen Weuther, Tauschel, Frau Seger und Frau Dmoch beteiligten. Nach allen den Ausführungen ist die Situation als eine äußerst günstige zu bezeichnen. Bürger Leiser gab die Erklärung ab, daß der „Bürgerverein Einigkeit“ beschlossene hat, sich dem Streik anzuschließen. Von verschiedenen Meistern konnte festgestellt werden, daß im Laufe dieser Woche die Arbeit von ihnen eingestellt sei. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Bürgerliche Berichterstatter** melden einige Ausbreitungen gegen nicht streikende Konfektionsarbeiterinnen. Wir sind nicht in der Lage, die Wahrheit dieser Behauptungen zu prüfen, verfehlen aber nicht, die Streikenden darauf aufmerksam zu machen, daß persönliche Belästigungen doch jedenfalls nicht das richtige Mittel sind, neue Mitarbeiter für den Kampf zu gewinnen. Nur geduldige, unablässige Aufklärung über wirtschaftliche Verhältnisse und wirtschaftliche Kämpfe können bei den Unverständigen zum Ziele führen.

Die auswärtigen Zeitungen bringen heute die Besprechung der Reichstagsverhandlung über die Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen. Alle bedeutenden Blätter stimmen in der Anerkennung der Arbeiterforderungen überein. Die Berliner Blätter, die ohne Ausnahme die vollkommenste Berechtigung des Streikes anerkennen, lassen sich neuerdings von einem Zentralbureau der Unternehmer mit Nachrichten versorgen. Die Unternehmer halten es nämlich für angebracht, nimmere die Öffentlichkeit, die sich einmütig auf die Seite der ausgebeuteten Arbeiterschaft gestellt hat, zu ihren Gunsten zu bearbeiten: Die allgemeine Entrüstung des Publikums, die Beurteilung der schauerhaften Zustände durch das Parlament und die Minister ist ihnen sehr in die Glieder gefahren. Nachdem sie sich aber vom ersten Schreck erholt haben, wollen sie jetzt retten, was zu retten ist. Aber Thatsachen werden durch leere Redensarten nicht aus der Welt geschafft und die Zustände in der Konfektion werden nicht gebessert durch Beschönigungen, sondern durch thätkräftige Hilfe.

Der Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft hat, vermutlich wegen seines Antichambrians beim Kaiser, schon am 13. Februar Zeit gefunden, den streikenden Arbeitern seine „Sympathie auszusprechen“, was denselben sehr angenehm sein wird. Auf den 24. Februar (1) soll eine Versammlung einberufen werden, die sich mit den Verhältnissen in der Konfektionsindustrie beschäftigen soll. — Und die Herren wollen die deutsche Arbeiterbewegung führen!

Die Auseinandersetzungen der Arbeiterinnen mit den Zwischenmeistern beim Niederlegen der Arbeit sind vielfach nicht gerade angenehm verlaufen, da einzelne Herren Anlaß zu haben glaubten, die Proletarierinnen mit Vorwürfen und Beschimpfungen zu überhäufen, besonders ungebührlich soll sich ein Herr K. in der B. Straße benommen haben.

In der Protokollversammlung der Zwischenmeister, über die an anderer Stelle berichtet ist, wurden als wesentlichste Reform vorgeschlagen und angenommen, einen Ring gegen die Schundkonkurrenz und den unlauteren Wettbewerb zu bilden und einen festen Lohn- und Preistarif aufzustellen.

In Stettin sind die Aussichten der Streikenden sehr gut. Bis jetzt haben 13 Geschäfte die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

In Hamburg wurden am 12. d. Mts. neun überfüllte Versammlungen abgehalten. Die Stimmung in dieser Stadt ist ausgezeichnet.

In Düsseldorf hat die Polizei den Konfektionsarbeitern, die am Sonntag Nachmittag in einer Versammlung über ihre Lage beraten wollten, Schwierigkeiten gemacht: Das Lokal sollte sich zu einer Versammlung „nicht eignen“! Nach den Erklärungen der Minister im Reichstage dürfte auch in Düsseldorf der Wind aus einem anderen Loch pfeifen.

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:

- Ohn. 1.—, Stabatend bei G. Weber 3.—, Freitag 3.—, 2. N. 1.—, Sch. 2.—, Soy. Student 3.—, D. Riemann 50.—, Von einer Frau in Weiden 50.—, Brüder R. R. 2.—, M. M. 2.—, K. K. 15.—, Nauchklub Kollegia I. N. 5.—, Kontobuch-Arbeiter Weber 4.40, Bretterziehen 1.50, F. R. 5.—, Werkstelle Gröber 15.—, K. R. 1.—, A. D. —, 50.—, M. D. —, 50.—, Gesangsverein Botay 10.—, Mechanische Stickerie 5.—, Gesammelt bei Schapel 20.—, Dr. M. R. 5.—, Personal der Buchdruckerei Theinhardt 5.65, Strohschirmer, Wilhelmstr. 1.—, Berndt, Tischler, Grüner Weg 3.—, Aus den Katalomben von d. L. G. 1.—, Frau Thierges im Familienkreis 3.—, Die Wötker des Münchener Brauhaus 3.50, Nahe Buchbinder aus der Grünstraße 30.—, F. S. 1.50, W. Simonetti, Berlin D., 1.45, Dr. Angermann, Hannover 5.—, Studentische nichtsozialdemokratische Tischgesellschaft 11.—, Verein Durrah durch Wolsdorf 5.—, Ein Gelehrter 40.—, Zigarrenfabrik W. 1.25, M. D. 17, Schlußstraße 5.—, P. J. 3.—, Moller Kommiss. 1.—, F. W. 1.—, Frau H. G. 15.—, Ghd. 15.—, J. B. 25.—, Weitere Beiträge folgen —, 50.—, Techniker T. 2.—, Anna Freymann, Stickerin 1.—, K. Wörbs 10.—, Demotr. Mittagstisch bei Kziwanek 14.—, Graven D. S. 1.—, Lisse 999. Aus bürgerlichen Kreisen durch Sch. 110.—, Die 3 Kollegen von Kalm und Bender 2.—, J. 95, 3.—, D. U. in Frankfurt a. M. 150.—, A. B. in Berlin 20.—, Summa 627,25 M. Bereits quittiert 2712.— M.; in Summa 3367,25 M. Weitere Beiträge werden entgegengenommen. Die Expedition.

## Versammlungen.

Der Streit der Zwischenmeister in der Konfektion. Eine von circa 1500 Personen besuchte Versammlung der Schneidermeister der Damentkonfektion beschäftigte sich gestern Nachmittag in einer sehr langen und oft stürmischen Verhandlung mit dem Streit der Arbeiterinnen in der Konfektion. Die Versammlung tagte im Keller'schen Lokal, Köpnickstraße. Die Tagesordnung lautete: Klärstellung über die Streitfrage in der Mäntel-Konfektion: 1. Abwehr der Beschuldigungen, welche gegen die Schneidermeister erhoben worden sind. 2. Die Lage der Arbeiterinnen. 3. Der Lohn. 4. Betriebsverhältnisse. 5. Hygiene derselben. 6. Ring der Schneidermeister.

Der Vorsitzende, Innungsmeister Witte, verliest einen Brief des Staatssekretärs von Wötker, in welchem derselbe bedauert, nicht erscheinen zu können und wünscht der Versammlung im Interesse der Beilegung des Streiks den besten Erfolg. Der Referent Schneidermeister Stolzmann weist die Angriffe der Presse und der Versammlung im Konzerthaus heftig zurück. Wegen freizugelassener Bürger solche Verleumdungen in die Welt zu setzen, sei unerhört. Sie seien

keine „Schwitzer“, sondern Sachleute. Im Punkt 2 referierte Herr Dieß über die Lage der Arbeiter, der die schlechten Löhne der Arbeiter bei den Schundkonkurrenz-Firmen zugibt. Das dritte Referat hielt Herr Sahr, der den ausgestellten Lohnstarif der Arbeiter für unannehmbar erklärte. Vor allem verlangte Redner die Forderung auf Betriebsverhältnisse zu streifen. (Inhaltendes Bravo.) Herr Drews meint, die Konfektion lasse sich nicht gleichmäßig in einen Lohnstarif zwingen, wenn sie dem deutschen Markt den Absatz im Auslande erhalten will. Herr Beck sprach über die Hygiene und kommt zu dem Schlusse, daß die Betriebsverhältnisse noch ungesünder sein können, als die Wohnungen der Schneider es vielfach sind. Herr Volkmann empfiehlt eine Ringbildung der Meister und Kaufleute. In der Diskussion nahm zunächst Herr Referendar Hecker, der besonders eingeladen war, Veranlassung, sehr entschieden die Angriffe gegen die von bürgerlicher Seite einberufene Versammlung im Konzerthaus zurückzuweisen. Fabrikant Weigert vom Gewerbegericht empfahl den streitenden Parteien, sich an das Gewerbe-Schiedsgericht zu wenden. Erst gegen Abend erlangte die Debatte ihr Ende, die sich zu einem Interessenkampf zwischen den Kleinmeistern und den Großkonfektionären gestaltete, der damit seinen Abschluß fand, daß sich die Konfektionäre bereit erklärten, gemeinschaftlich mit den Zwischenmeistern die Aufstellung eines Lohnstarifs zu beraten. Zu diesem Zweck wählte man sogleich eine Kommission, die aus 21 Mitgliedern aller Branchen zusammengesetzt wurde. Die Konfektionäre wollten ihre Kommission gebildet wählen. Mitterweile war ein Antrag eingelaufen, bis zur endgültigen Verständigung mit den Konfektionären sofort einen allgemeinen Streik sämtlicher Zwischenmeister zu proklamieren. Dem stimmte die Versammlung lebhaft zu. Vorher war bereits eine sehr energische Protestresolution angenommen.

**Arbeiter-Silbungsschule.** Unterricht am Sonnabend, Südost-Schule, Bahnhofsstr. 14: Nationalökonomie. — Nordische, Müllerstr. 17a: Redebildung. Beginn abends 8 Uhr, Schluß 10½ Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 2 Uhr an geöffnet.

**Verein der Zimmerer Herlin und Ang.** Sonntag, 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Hofsalen, Bernstr. 19a (großer Saal); Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Verhalten der Vereinsmitglieder zur Lohnbewegung und Unterhaltungsfrage.

**Chilische Gesellschaft.** Sonntag, den 16. Februar ex., abends 8 Uhr, im Lokal von Hoffmann, Alexanderstraße 27a, Versammlung. Vortrag der Frau G. Bremer-Vander über: „Die Hausindustrie vom ethischen Standpunkt.“ Redner: Gefelliges Besinnensein und Tanz.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen.** Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Kante, Jüdenstr. 96, Sitzung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. D. Nr. 29).** Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn, Kleine Markstraße 10. Tagesordnung: Statutenberathung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. D. Nr. 29).** Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn, Kleine Markstraße 10. Tagesordnung: Statutenberathung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. D. Nr. 29).** Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn, Kleine Markstraße 10. Tagesordnung: Statutenberathung.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Brauereiarbeiter!** Sämtliche organisierten Brauer des Münchener Brauhaus, Berlin, legten gestern, Freitag Abend, einmütig die Arbeit nieder. Dieselben erklärten sich mit den bereits Gemagregelten solidarisch. Trotzdem sich das Gewerbegericht zu Einigungsversuchen herbeiließ, zwang Herr Direktor Arendt durch fortgesetzte Beleidigungen die organisierten Brauer zu diesem Schritt.

Die Zimmerer haben während ihres fünfständigen Ausstandes einen guten Erfolg zu verzeichnen. Fast unausgeseht laufen Mitteilungen ein, die ein weiteres Nachgeben der Meister melden. Die Streikenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeder eine Streikkarte, und die in Arbeit tretenden eine Karte für ihre Arbeitsberechtigung erheben müssen. Ausgestellt werden dieselben im Streiklokal Neue Friedrichstr. 44, geöffnet von 8-12 Uhr vormittags und von 2-4 Uhr nachmittags. Die Karten für Arbeitsberechtigung werden bis abends 8 Uhr ausgefertigt. — Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins.

Ueber den Streit der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Berlins erfahren wir das Folgende: Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind gescheitert, da diese weiter nichts als die 9½-stündige Arbeitszeit bewilligen wollen. Der Vorstand des Vereins der Fraiserbeiter Berlins hat durch sein Mitglied G. Krohne, Besselfstraße 14, an die Streikkommission ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Theile Ihnen ergebenst mit, daß die gestern, den 12. Februar ex., im Restaurant Wolff, Köpnickstr. 39a, tagende Versammlung der Fraiserbeiter Berlins, trotz des ablehnenden Verhaltens der Streikkommission und trotzdem die Bewilligung der 9½-stündigen Arbeitszeit täglich von uns zurückgezogen war, dieselbe wieder bewilligt hat. Aber nicht um den Arbeitnehmer dieselbe nochmals anzubieten, sondern um eine gleichmäßige Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben Berlins herzustellen. Wir überlassen es nunmehr Ihnen, sich an unsere Kommission, zu Händen des Vorsitzenden G. Krohne, zu wenden, wenn Sie mit uns verhandeln wollen; bemerken aber gleichzeitig, daß wir von den anderen Punkten Ihrer Forderungen nicht eine bewilligen werden. Außerdem theilen wir Ihnen mit, daß die uns genannten 12 Firmen, welche Ihre Forderungen bewilligt haben sollen, für uns gar nicht in betracht zu ziehen sind. Brennholzschneidereien und Tischler mit einigen Maschinenarbeiten sind für unsere Branche nicht maßgebend. Es halten Ehemänner, wie sie die gestern bei Wolff tagende Versammlung von 68 Fraiserbeitern aufzuweisen hatte, ihr gegebenes Ehrenwort.“

An der Spitze dieser Hartnäckigkeit der Fraiserbeiter darf man angesichts der bevorstehenden Gewerbe-Ausstellung billig wohl etwas zweifeln. Die Forderungen der Arbeiter sind bis jetzt von folgenden 23 Firmen bewilligt:

- Siewert u. Aichenbach, Waldemarstr. 14; Sellenbaum, Waldemarstr. 13; Weder, Oranienstr. 189; Frese, Jungestr. 18a; Großfuß, Landbergerstr. 25/26; Gebel, Gutheil, Reichsbergerstr. 142; Heuschel, Frankfurter Allee Nr. 47; A. Hildebrand, Reichsbergerstr. Nr. 57; Sucklein, Admiralstr. 18a; Keller, Königsbergerstr. 5; Nestle, Köpnickstr. 145; Rauff, Naunynstraße 68; Reumeyer, Briegerstr. 7; Rilsch, Krautstr. 4-5; Seidmann, Reichsbergerstr. 107; F. Schulz, Belle-Alliancestraße 84; Symanzig, Landberger Allee 57; Steen und Schulz, Steinmehrerstr. 25; Wolgast u. Schumacher, Adresstr. 32; Carl Müller, Schönhauser Allee 161a; Körner, Chausseestraße; Gerschner, Wienerstr. 44; Muszynski u. Carman, Jagelsbergerstr. 52.

Das Verhalten der Ausständigen ist musterhaft. Möge jeder Arbeiter sein Scherflein zu ihrer Unterstützung beitragen, damit sie aus dem Kampfe siegreich hervorgehen. Sendungen werden entgegengenommen im Gewerkschaftsbureau Annenstr. 16; bei Gehloff, Mariannen-Ufer 4; und bei Jeunich, Bergstr. 12. Die gesammelte Arbeiterpresse wird gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Auf dem Neubau in der Markstraße in Charlottenburg hatten, wie wir am Donnerstag mittheilten, sämtliche Töpfer (Ofenschiefer) die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Der Bau gebürt Herrn Muth. Die Töpfermeister (richtiger Töpfer-Zwischenmeister) Weikert, Junz und Hannaske hatten die Arbeiter engagiert. Der Lohnabzug, der den Ofenschiefern angelündigt worden war, betrug bei den gewöhnlichen Arbeiten 10 pCt., bei besseren Arbeiten noch erheblich mehr. Am Freitag, also gestern, hat sich diese Angelegenheit leider auf eine unerwünschte Weise erledigt, indem sich an Stelle derer, die die Arbeit eingestellt haben, andere Ofenschiefer, alte

Bekannt, die bei solchen Gelegenheiten stets auf der Bildfläche erscheinen, in genügender Anzahl fanden und die Arbeit zu dem angebotenen niedrigeren Preise ausführen. Die Ursache der fortgesetzten Lohnrückerei im Töpfergewerbe soll, wie uns mitgeteilt wird, nur an der Uneinigkeit der Arbeiter selbst liegen, die durch den Streit über die „beste“ Form der Organisation entstanden ist. Es soll nun nächsten Dienstag in Frey's Gesellschaftshaus, Brunnenstr. 184, eine öffentliche Töpferversammlung abgehalten werden; der verderbliche Zustand der Zerplitterung der Töpfer wird den Gegenstand der Erörterungen bilden. Nicht jedes Arbeiters des Töpfergewerbes ist es, diese wegen des Vorfalles in Charlottenburg so überaus wichtige Versammlung zu besuchen.

**Vergarbeiterstreik in Mährisch-Ostrian.** Am 24. d. M. werden sämtliche Bergleute der Karwiner Kohlengruben die Arbeit niederlegen, wenn bis dahin nicht 16 entlassene Arbeiter wieder angenommen worden sind.

Auf sämtlichen Kohlengruben Seraing in Belgien haben die Bergleute die Arbeit eingestellt. Auf Grube Marzhaye soll es zu Ausschreitungen gekommen sein. Ein Grubenbeamter wäre schwer verletzt worden.

## Gewerkschaftliches.

Auf Ersuchen des jetzigen Spremeisters der Bäcker, Herrn Julius Schröder, Kleine Andreasstraße 7, theilen wir mit, daß dieser Herr nicht mit dem am 7. Februar d. J. wegen Buchers zu vier Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe verurtheilten früheren Spremeister Richard Schröder identisch ist.

Wenn in einem Majestätsbeleidigungs-Fall ein gelehrter Richter Erwägungen folgt, die sich nach Anschauung weiterer Volkskreise von selber ergeben sollen, so verdient das ganz besondere Beachtung.

Zu einer Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II stattfand, verhandelte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Neudhoff, die Freisprechung des Beschuldigten unter folgender bemerkenswerthen Begründung: Allerdings hätten zwei Zeugen unter ihrem Eide bekundet, daß der Angeklagte die fragliche Majestätsbeleidigung ausgesprochen habe, aber mit Recht habe der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Mendel, darauf hingewiesen, daß die Zeugen dem Angeklagten feindlich gesinnt seien. Wenn dies nun auch unter anderen Umständen von ausschlaggebender Bedeutung nicht sein könnte, so müsse der Gerichtshof doch gerade bei Majestätsbeleidigungen einen unantastbar positiven Beweis haben, um zu einer Verurteilung gelangen zu können. Es sei deshalb im vorliegenden Falle ein freisprechendes Erkenntniß gefällt worden.

Was würde Brausewetter zu solcher Begründung sagen, wenn er noch lebte.

**Eine Majestäts- und Garde-Beleidigung vor dem Reichsgericht.** Der Redakteur der demokratischen „Bürgerzeitung“ in Düsseldorf, Gottfried Stoffers war am 13. Dezember 1895 vom Landgerichte Düsseldorf wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen konfurrend mit einem Falle der Beleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der erste inkriminierte Artikel, der in Nr. 207 des erwähnten Blattes abgedruckt ist, trägt die Ueberschrift: Wieder eine Kaiserrede und knüpft an die Rede des Kaisers an. An die kritischen Betrachtungen reiht sich noch eine Betrachtung über die Art und Weise des Kampfes, zu dem der Kaiser die „Garde“, wie der Verfasser schreibt, aufruft, und worin letzterer die Vermuthung ausspricht, dieser Kampf dürfte wohl keiner mit geistigen Waffen werden, mit denen selbst die schneidigsten Gardelieutenants den gewandteren Sozialdemokraten nicht gewachsen wären. Der zweite Artikel, in dem das Gericht eine Majestätsbeleidigung erblickt, ist der in Nr. 242 der „Bürgerzeitung“ abgedruckte und „Ein offenes Wort an den Kaiser“ überschriebene, der an das Telegramm des Kaisers an den Statthalter von Elsaß-Lothringen wegen der Erwerbung des Mülhauser Fabrikanten Schwarz anknüpft und die Auffassung des Kaisers zu widerlegen sucht, als sei der Altentäter durch die Lehren der Sozialdemokratie zu der That verführt worden. Das Gericht erblickt in all den Aeußerungen eine grobe Mißachtung des Kaisers, sowie auch eine Beleidigung der Offiziere des Gardelorsps. Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil, die am 13. Februar vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam, wurde vom Rechtsanwält Melos, Leipzig, vertreten, welcher material den Thatbestand der Majestätsbeleidigung in keinem von beiden Artikeln für vorliegend erklärte und bemerkte, die kaiserliche Aeußerung, wie sie uns überliefert sei, könne unmöglich authentisch sein; es sei anzunehmen, daß sie durch ein Versehen des Berichterstatters verunstaltet wiedergegeben sei. Die inkriminierten Aeußerungen des Angeklagten bezeichnete der Verteidiger als lakisch und ehrsüchtverleidend. Der Redakteur der „Münchener Freien Presse“, der den letzten Artikel dem Angeklagten nachgedruckt habe und deshalb auch angeklagt worden sei, sei durch Beschluß des königlichen obersten Landesgerichts München außer Verfolgung gesetzt worden. Bezüglich der Beleidigung der Garde-Offiziere liegt keine Verurtheilung vor, mithin sei auch der vom Kriegsminister gestellte Strafantrag rechtswirksam. Die Offiziere sollten gar nicht politisieren, darauf sei das deutsche Volk stolz; daher sei es auch gar keine Beleidigung, wenn gesagt wäre, daß andere ihnen darin überlegen seien. Der Rechtsanwalt erklärte, das Urtheil lasse keinen Rechtsirrtum ersehen; das Münchener Urtheil beweise nichts weiter, als daß zwei Gerichte über eine Frage verschiedener Meinung seien. Bedenklich sei nur die Beleidigung der Garde-Offiziere, da es an einer Feststellung fehle, daß dieselbe in Beziehung auf den Verurtheilten sei. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf die Revision des Angeklagten theilweise auf, soweit es die Beleidigung der Garde-Offiziere und die damit idell konfurrende Majestätsbeleidigung betrifft, im übrigen wurde die Revision verworfen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

London, 14. Februar. (B. H.) Während des Sturms in den letzten Tagen strandete ein Dampfer an den Klippen von Troon. Infolge einer furchtbaren Explosion, die durch eine große Menge an Bord befindlichen Dynamits veranlaßt wurde, gerieth das Schiff in Brand. Die Mannschaft konnte rechtzeitig gerettet werden.

Rom, 14. Februar. (B. Z. B.) Aus Enticho wird vom 14. d. M. gemeldet: General Baratieri ist gestern mit den Truppen, welche die Höhen von Tojaba besetzten, wo sich bereits italienische Korpsen befanden und von wo man in einer Entfernung von 7 Kilometern die ersten Linien des feindlichen Lagers bemerkte, aufgedrungen. Während die Truppen Baratieri's ihren Marsch ohne Zwischenfall fortsetzten, rückten große Abtheilungen des Feindes erst eilig, dann langsam über die wellenartige Ebene. Nach einem kurzen Halt lehrten sie jedoch in ihre Zelte zurück. Bei Kassala herrscht Ruhe. Der Ramadan hat begonnen.

Madrid, 14. Februar. (B. Z. B.) Der „Imparcial“ meldet aus Havannah, eine Proklamation des Generals Weyler besche alle Landkenten, sich in die Städte und Dörfer zu verfügen. Dadurch soll verhindert werden, daß Individuen, welche den Fremden als Spione dienen können, sich außerhalb der Ortlichkeiten aufhalten.

Belgrad, 14. Febr. (B. Z. B.) Der wegen Morddiebstahls auf der Flucht aus Bulgarien nach England hier verhaftete ehemalige Dragoman Jacobsohn wird als gewöhnlicher Dieb an Ausland ausgeliefert werden.

## Reichstag.

40. Sitzung vom 14. Februar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Marshall, v. Bötticher, Bronsart v. Schellendorf.

Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Bei den Gesandtschaften und zwar bei der Gesandtschaft in Athen spricht

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) seine Freude darüber aus, daß bereits in der Budgetkommission die Ansprüche der griechischen Gläubiger zur Sprache gekommen sind. Der Staatssekretär hat sein energisches Einschreiten zugesagt. Unter den geschädigten Personen befinden sich solche, welche das Mitleid vollständig verdienen. Die identische Note Frankreichs, Englands und Oesterreichs hat keine Wirkung gehabt; die griechischen Gläubiger werden behandelt, wie man sonst die Gläubiger nicht behandelt. Griechenland liefert manches aus, aber Geld giebt es nicht her. Es werden jetzt neue Verhandlungen geführt, aber man wird wohl weiter nichts hören, als faule Ausreden.

Staatssekretär v. Marshall: Wir verfahren in diesen Fragen grundsätzlich so, daß wir zunächst den Gläubigern die Initiative überlassen, in Verhandlungen mit der betreffenden Regierung einzutreten, und ihnen, wenn sie ihr Recht im Auslande suchen, thätkräftige Unterstützung gewähren. Der Nachdruck, mit dem dies geschieht, wird um so größer sein müssen, je größer die Rechtsverletzung war, und je intensiver der materielle Schaden ist, der dadurch deutschen Staatsangehörigen zugefügt worden ist. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß von diesen Gesichtspunkten aus die deutschen Gläubiger Griechenlands allerdings einen wohlbegründeten Anspruch haben auf ein kräftiges Einschreiten der Reichsregierung zu ihren Gunsten. Das neue Ministerium in Griechenland hat sich im Prinzip für das von den Gläubigern verlangte System ausgesprochen, daß die Einkünfte aus früher verpfändeten Staatseinnahmen zwischen der Regierung und den Gläubigern verteilt werden sollen nach einem zu vereinbarenden prozentualen Satz. Zur Zeit schweben über die Einzelheiten dieser Vereinbarung Verhandlungen in Paris, wo die deutschen Delegirten und die Delegirten der anderen Gläubiger verammelt sind. Es entzieht sich meiner Kenntniß, welche speziellen Punkte den Gegenstand der Verhandlungen bilden. Ich gebe mich der bestimmten Erwartung hin, daß die griechische Regierung erkennen wird, wie es in ihrem eigenen Interesse liegt, mit den Gläubigern zu einem billigen Abkommen zu gelangen, und ich gebe die Zusage, daß nichts versäumt werden wird, daß dieses Ziel erreicht wird. (Beifall.)

Bei der Botschaft in Petersburg führt

Abg. Spahn (Z.) aus, daß, nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, nach Abschluß des Handelsvertrages zwischen dem Eisenbahntarife herabgesetzt habe; infolge dessen seien nach Artikel 19 des Handelsvertrages auch die deutschen Eisenbahnen genöthigt, die Tarife herabzusetzen, so daß das russische Getreide nach Magdeburg, Köln u. d. billiger gefahren wird als das deutsche Getreide.

Staatssekretär v. Marshall: Eine Herabsetzung der Durchgangstarife hat überhaupt nicht stattgefunden, die Tarife sind genau so hoch, wie vor dem Handelsvertrag. Es wird weiter gesagt, daß große Quantitäten russischen Getreides nach Magdeburg, Köln und Thüringen geführt werden. Durchgangstarife bestehen nur nach Königsberg, Danzig und Memel. Russisches Getreide kann also nach Köln auf der Bahn nicht gelangen, denn es muß den normalen Frachtsatz zahlen. Es ist daher auch nicht wahr, daß russisches Getreide billiger zu stehen kommt als deutsches.

Auf eine Anfrage des Abg. Weiskopf (fr. Sp.) bezüglich einer Hopfenexportprämie nach Rußland erklärt der

Staatssekretär v. Marshall, daß eine Versammlung russischer Hopfenbauer selbst eine solche Maßregel als unerwünscht bezeichnet habe.

Abg. von Jazdzewski (Pole) bittet um eine Erleichterung des preussisch-russischen Grenzverkehrs.

Geheimrath Hellwig erklärt, daß das Auswärtige Amt der Sache seine Aufmerksamkeit widme.

Bei der Forderung für die Botschaft in Wien weist

Abg. Bebel darauf hin, daß die Gehälter von 168 000 M. für diesen Posten sehr hoch sind; dafür könnte man verlangen, daß der Botschafter auf seinem Plage ist, namentlich wenn in dem Staate wichtige Ereignisse vorkommen. Wenn ich mir vergegenwärtige, was im vorigen Jahre am Wiener Hofe in einer ereignisreichen Zeit geschahen, so weiß ich nicht, ob die Vertretung eine genügende war. Im vorigen Jahre wurde Stambulow ermordet, was große Folgen haben konnte, zumal der Metropolit Clement in Petersburg weilte. In einem solchen Augenblick hätte der deutsche Botschafter in Wien anwesend sein und seine Pflichten erfüllen müssen; da haben wir gehört und auch die bürgerlichen Blätter haben sich lebhaft darüber aufgehalten, daß in dieser Zeit der Botschafter seinen Posten verlassen hat. Schwere Krankheit würde das verständlich machen. Der Herr hat während der Zeit Spazierfahrten in der Nordsee gemacht. Das steht in Widerspruch mit den Pflichten, welche ihm auferlegt sind. Ich möchte Sie bitten, die Forderung für Wein abzulehnen, da sie mir überflüssig erscheint.

Staatssekretär v. Marshall: Darüber, wann und wie lange der Botschafter auf seinem Posten zu sein hat, und wann er anderwärts dienstlich zu verwenden ist, hat ausschließlich der Kaiser zu befinden. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Sobald ein Botschafter von seinem Posten abwesend ist, wird für eine ordnungsmäßige Vertretung gesorgt, ich muß daher die Kritik als vollkommen unberechtigt zurückweisen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich kann die Kritik nicht als unberechtigt bezeichnen. Ich weiß nicht, warum die Person des Kaisers in die Debatte gezogen wird. Der Staatssekretär und der Reichskanzler sind parlamentarisch verantwortlich und daher ist jede Kritik eines Abgeordneten berechtigt. Wenn ein Botschafter so lange abwesend ist und wenn irgend ein anderer Beamter ihn vertreten kann, so kennzeichnet das die Stellung des Botschafters als eine lediglich repräsentative. (Sehr richtig! links.) Wenn wir auch den Posten nicht ganz abgeben können, so sind solche Vorkommnisse doch geeignet, die Freigebigkeit des Reichstags für die Dotation solcher Posten zu vermindern.

Staatssekretär v. Marshall: Ich habe die Person des Kaisers nicht hereingezogen, um mich und den Reichskanzler zu entlasten; es handelt sich hier lediglich um Angelegenheiten des internen Dienstes.

Abg. v. Stamm (Rp.): Der Vorredner scheint bestrebt zu sein, die Herabsetzung der Leiter der auswärtigen Politik, die er gestern angefangen hat, heute fortzusetzen. Nicht der Staatssekretär hat die Person des Kaisers hineingezogen, sondern Herr Bebel, indem er die Fahrten in der Nordsee erwähnte. Der Botschafter war damals in der Umgebung des Kaisers viel notwendiger als in Wien (Große Heiterkeit), denn er konnte seine früher eingezogenen Informationen dem Kaiser vortragen.

Abg. Bebel (Soz.): Eine Kritik der auswärtigen Politik, wenn sie uns nicht ganz und gar verboten sein soll, ist unser Recht und unsere Pflicht, darin werden wir uns weder durch Herrn v. Stamm noch durch jemand anders beeinflussen

lassen. In welcher Art dienstlichen Auftrages war denn der Botschafter auf der Spazierfahrt in der Nordsee? Ich habe die Sache so aufgefaßt, wie sie auch in bürgerlichen Preorganen aufgefaßt ist. Schon damals hätten die Herren die Verpflichtung gehabt, der falschen Auffassung entgegenzutreten. Das englische Parlament läßt sich niemals das Recht der schärfsten Kritik nehmen. In England und Frankreich werden durch die parlamentarische Kritik Minister gestürzt, bei uns in Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte kennt man so etwas nicht.

Staatssekretär v. Marshall: Ueber die Verwendung der Beamten des auswärtigen Dienstes steht allein dem Kaiser und den vorgeordneten Behörden die Verfügung zu. Ich lehne es deshalb formell ab, auf die Sache einzugehen.

Darauf wird der Titel bewilligt.

Bei den Ausgaben für das Generalkonsulat in Amsterdam empfiehlt

Abg. Zebien (natl.) eine Ermäßigung der Konsulatsgebühren.

Direktor des Auswärtigen Amtes Reichardt: Die Vorbereitungen für eine Revision sind getroffen.

Beim Konsulat Madrid fragt Abg. Richter, ob sich in bezug auf die handelspolitischen Beziehungen mit Spanien irgend etwas geändert hat.

Staatssekretär v. Marshall: Die betreffenden Verhältnisse haben sich bis jetzt nicht geändert.

Beim Konsulat von Rio de Janeiro verlangt

Abg. v. Marquardsen (natl.) eine Vermehrung der Berufskonsuln in Brasilien.

Direktor des Auswärtigen Amtes Reichardt: Es wird gehofft, daß sich für die Befetzung des Botschafters in Bahia (Brasilien) eine geeignete Persönlichkeit finden wird.

Die Ausgaben für Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate werden bewilligt einschließlich der Mehrforderungen für einen Vizekonsul in Kapstadt, ein Generalkonsulat in Petersburg, zwei Konsulate in Fiume und Maroffo und ein Vizekonsulat in Jassa.

Es folgt der Etat der Militärverwaltung.

Beim Gehalt des Kriegsministers bittet

Abg. Würflin (natl.) um eine bessere Ordnung der Rang- und Gehaltsverhältnisse, sowie der Versorgung der Hinterbliebenen der Militär-Kapellmeister; sie wünschen, daß man ihnen eine Stellung, entsprechend den Zahlmeistern, zwischen den Unteroffizieren und Offizieren anweist. Die Pension beträgt nach dreizehnjähriger Dienstzeit höchstens 700 M. und die Hinterbliebenen bekommen garnichts.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Wünschenswerth ist eine Modifizierung der Stellung der Kapellmeister. Im wesentlichen besteht nur ein Bedenken, und das ist die Finanzfrage. Ich hoffe aber, daß die Verhältnisse sich bessern werden.

Abg. Weiskopf (fr. Sp.): Der Kriegsminister gab im vorigen Jahre die Erklärung ab, daß die von den Seminaren abgehenden Lehrer das Recht des einjährig-freiwilligen Dienstes erhalten sollen. Der württembergische Kriegsminister erklärte dagegen in einem Erlaß, daß die Lehrer das Recht zum einjährigen Dienst erhalten sollen, aber nicht zum freiwilligen. Ueberhaupt sollte allen, die den Befähigungsnachweis erbracht haben, der einjährig-freiwillige Dienst gestattet werden.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Reichskanzler hat nach Anhörung der Reichs-Schulkommission auf Antrag des preussischen Kultusministers keinen Anstand genommen, den preussischen Seminaren das Einjährig-freiwilligen-Recht beizulegen. Ich habe den anderen Regierungen davon Mitteilung gemacht und ihnen anbeigegeben, gleiche Anträge zu stellen. Auf die allgemeine Frage, ob man von dem Nachweis einer bestimmten Substanz wird absehen können, will ich an dieser Stelle nicht eingehen.

Abg. Hammacher (natl.) regt eine Ausbesserung der Gehälter der bei den Unteroffiziersvorschulen angeestellten Elementarlehrer an.

Kriegsminister v. Bronsart: Die Verwaltung hat den Wunsch gehabt, die Lage dieser Lehrer zu verbessern, ist aber daran durch die Entscheidung des Reichsschatzamts bei der Aufstellung des Etats verhindert worden.

Abg. Wasserhahn (natl.): Die Kasernenverhältnisse in Mannheim sind außerordentlich mangelhaft. Redner empfiehlt ferner die Zusammenlegung des ganzen 110. Regiments in Mannheim.

Kriegsminister v. Bronsart: Die Kriegsverwaltung legt ein großes Gewicht auf bessere Ordnung der Kasernen in Mannheim. Ich denke aber, die Verhältnisse sind nimmere so geklärt, daß wir im nächsten Jahre mit einer ersten Rate kommen können. Die Zusammenziehung des 110. Regiments in Mannheim ist nicht möglich, weil das eine in Heidelberg stehende Bataillon dort nicht entbehrt werden kann für den Dienst der Einjährigen.

Abg. Bebel (Soz.): Man muß sich doch wundern, daß ein Abgeordneter auf Kasernenbauten drängt, wo deren doch eine große Menge angelündigt ist. Ich habe bisher regelmäßig die Gelegenheit wahrgenommen, um verschiedene Mißstände in der Heeresverwaltung zur Sprache zu bringen. Ich habe hier im Hause und außerhalb desselben jedesmal mir sagen lassen müssen, daß sei nicht geschehen im Interesse der Armee, sondern es sei vorgebracht, um die allgemeine Unzufriedenheit zu erregen. Ich thue, was ich für meine Pflicht und Schuldigkeit halte und wenn mir immer neue Anregungen gehen, so schäme ich daraus das Bewußtsein, daß weit verbreiteten Kreisen mein Vordringen gerecht erscheint. Die Klagen, die ich hier vorgebracht habe und die im ganzen immer eine abledende Antwort erfahren, sind durchaus nicht so ganz spurlos vorübergegangen. Die Militärverwaltung selbst hat auf Grund einer Zusammenstellung im „Militär-Wochenblatt“ in die Öffentlichkeit die Nachricht gebracht, daß sich die erste Thatsache herausgestellt habe, daß die Selbstmorde in der Armee erheblich abgenommen haben. Jedenfalls steht diese Abnahme in einem sehr wesentlichen Zusammenhang mit der allgemeinen Abnahme der schweren militärischen Mißhandlungen. Ich habe schon im vorigen Jahre konstatiert, daß die fortgesetzten Beschwerden einen großen Erfolg im Laufe der Jahre gehabt haben. Damit könnten wir außerordentlich zufrieden sein. Diese Dinge hier vorzubringen, ist mir nicht etwa ein besonderes Vergnügen; sie müssen aber hier vorgebracht werden, weil bei uns in diesen Verhältnissen es sehr schwer ist, einzelne Fälle in der Presse vorzubringen. Unter 20 Fällen werden 19 von den Redaktionen zurückgewiesen, weil die Leute nicht den juristischen Beweis erbringen können, welcher verlangt werden muß.

In einer meiner vorjährigen Beschwerden handelte es sich um die Mißhandlung eines Hamburger Bürgers durch den Major v. Schulze-Klosterfeld. Nach meiner Darstellung traf die Schuld den Offizier. Der Kriegsminister stellte es umgekehrt dar. Wenige Wochen darauf ging durch die Zeitung die Nachricht, daß der betreffende Offizier v. Schulze wegen lebensgefährlicher Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Die Höhe dieser Strafe beweist, daß meine Darstellung in der Hauptsache gerechtfertigt war. Die Strafe soll ja dann allerdings in Festung un-

gewandelt worden sein. Je mehr man sich bemüht, dem Militär gewissermaßen die Stellung eines Staates im Staate einzuräumen und Offizieren die Stellung die erste unter allen anderen Klassen zuzuerkennen: desto mehr müßte auch das Offizierkorps selbst Verantwortung nehmen, alles zu unterlassen, was es in den Augen der öffentlichen Meinung und des Bürgerstandes diskreditiert. Es sind nicht nur einzelne Fälle derart, die vorkommen. Am 13. Januar kommt in Gütrow in Mecklenburg, wo mehrere Abteilungen des Feldartillerie-Regiments Nr. 24 einquartiert sind, ein Offizier aus einem Hotel, läßt sich mit einem Omnibus um den Markt herumfahren und steigt dann wieder aus. Da er hin- und her schwankt, versammelt sich das Publikum um ihn und allerlei Spottreden werden laut. Der Offizier zieht seinen Säbel und haut um sich, wobei er zunächst mehreren die Kleider beschädigt. Als der Schleiwächter — das ist eine Bezeichnung für einen Sittenbeamten — an ihn herantritt, giebt er ihm einen wichtigen Hieb, so daß mehrere Leute auf ihn auspringen und ihm den Säbel entreißen und auf die Wache bringen. Der Offizier wurde nüchtern, erkannte seine böse Situation und begab sich auch zur Wache. Dort fand dann eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Offizier und dem Chef der Polizei statt, die damit endete, daß dem Offizier der Säbel schließlich zurückgegeben wurde. Eine Privatperson hat für die zerrissenen Kleider von dem Offizier 6 Thaler Entschädigung bekommen.

Auch auf dem Gebiet des Duellwesens scheinen sich die Mißstände bedeutend vermehrt zu haben. Die Ursachen, daß die Duelle zunehmen, werden darin zu finden sein, daß die Bestrafungen auf Grund von Duellen fast ohne Ausnahme mit Begnadigung enden, so daß der Glaube erweckt wird, daß das Duell eine durchaus lobenswerthe und ehrenvolle Einrichtung ist. Während hier die Bestrafungen mit Begnadigung enden, muß es um so mehr auffallen, daß dieselben Leute, die mit Sicherheit auf ihre Begnadigung rechnen, eine solche zu verhindern suchen, wenn es sich um gemeine Soldaten handelt. Am 8. November vorigen Jahres sind in St. Johann 64 Leute zu 1-3 Tagen verurtheilt worden wegen Zuspätkommens oder Nichterscheins bei der Kontrollversammlung; der Lieutenant hat die Leute die Strafe abbüßen lassen, damit sie nicht von dem Erlaß vom 18. Januar Vortheil hätten. Als einer um Aufschub bat, weil seine Frau der Niederkunft entgegenstehe, wurde ihm gesagt, er habe auf die Behörde keine Rücksicht genommen, jetzt könne diese auf ihn keine Rücksicht nehmen. Aus wird vom vorigen Juni aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß zwischen einem Konsistorialrath und einem Assessor ein Zweikampfsitzgefecht habe, zwei Personen, die nach ihrer bürgerlichen, sozialen und amtlichen Stellung verpflichtet wären, sich dieser ungeseligen Handlung zu enthalten. In die Objektivität eines solchen Richters muß man Zweifel setzen und nun gar ein Geistlicher! (Zuruf: Es war ein Jurist!) — und mag es auch ein Jurist gewesen sein, ein Mann der an der Spitze eines geistlichen Gerichts steht. Bei einem katholischen Konsistorialrath wäre die Betheiligung an einem Duell unmöglich. (Sehr richtig! in Zentrum.) Was für eine bitterböse Stimmung hat es in den weitesten Kreisen des Volkes erzeugt, als im vorigen Frühjahr zu Osnabrück am heiligen Abend hier in der Nähe von Berlin Herr von Koge und ein anderer hoher Hofbeamter sich duellirten, die sich aus Kreisen rekrutirten, wo man sportmäßig die Sammlung für evangelische Kirchen betreibt. Glauben Sie, daß das Volk wirklich der Anschauung sein kann, daß in diesen Kreisen wahre Religiosität vorhanden sein kann? Und was sind das oft für Dinge, die zu einem Duell führen! In Königsberg in Preußen hat zwischen einem Reserveleutnant und einem Bankbuchhalter ein Duell stattgefunden wegen eines nicht vorchriftsmäßigen Honneurs, zu welchem letzterer in seiner Stellung als Unteroffizier verpflichtet gewesen wäre. Aus Bonn wird ähnliches gemeldet und der Grund war — der Hund eines Offiziers. Man weiß wirklich nicht mehr, was man von den sogenannten gebildeten: gestitteten Klassen denken soll. Alle Autorität und Achtung wird untergraben durch diejenigen, die verpflichtet wären, alles aufzubieten, die Autorität aufrecht zu erhalten.

Bei den Ordensverleihungen wird der militärische Rang dem Beruf vorangestellt. Der Finanzminister Scholz, ein Mann von 60 Jahren, mußte es als eine besondere Gunst betrachten, daß er zum Sekondelieutenant ernannt wurde. (Lachen rechts.) Was ist ihm denn anderes übrig; das ist doch noch die günstigste Auslegung. (Heiterkeit.) In bezug auf die Mißhandlungen wurde ein Erlaß bekannt, der die Soldaten zur Anzeige verpflichtete; er wurde aber bald dahin interpretirt, daß die Anzeige nicht zur Pflicht gemacht werde. Damit wollte der Kriegsminister den Soldaten wohl eine Wohlthat erwirken.

Die Zahl der Selbstmorde hat sich vermindert, wie die Militärverwaltung mit Genugthuung hervorhebt, bis zu der Zahl der Selbstmorde in der gleichaltrigen Klasse der männlichen Bevölkerung. Die Dienstpflichtigen sind aber gesunde Männer, die Güte des Menschenmaterials; bei ihnen sollte die Zahl der Selbstmorde niedriger sein wie im allgemeinen. Die Verringerung ist auch wohl durch die zweijährige Dienstzeit hervorgerufen worden. Redner meint, daß Sachverständige eine noch längere Dienstzeit, 18 Monate, ja 6 Wochen für ausreichend halten, um die Leute auszubilden, wenn alles nicht Nothwendige unterlassen wird; er verweist auf verlebene Broschüren. Bei den Regimentern, welche an der Grenze stehen, finden sich die meisten Fahnenflüchtigen. Der „Vorwärts“ hat die Militärpflichtigen gewarnt, nicht nach der Schweiz zu gehen, weil die sozialdemokratische Partei sich nicht verpflichtet fühlt, die Leute zu unterstützen. Es liegt in der ganzen Art des Systems, daß die Leute sich der schlechten Behandlung zu entziehen suchen. Ein Thier traktirt man nicht immerfort mit Schlägen; aber gegenüber einem Menschen glaubt man dieselben anwenden zu müssen. (Widerpruch rechts.) Der kommandirende General des Gardekorps hat angeordnet, daß über Mißhandlungen keine Mittheilungen in die Presse gelangen. Damit ändert man nichts, sondern nur durch die strenge Bestrafung der Mißhandlungen. Redner verweist auf einen Vorfall bei den Garde du Corps, der so gemein sei, daß er ihn nicht vordringen könne, sondern schriftlich der Kriegsverwaltung übergeben müsse. Bei der fünften Schwadron der Garde du Corps ist ein angeblich an Hirschlag gestorben Soldat durch angestrengtes Exerzieren zu Tode gekommen. Ein Feldwebel wurde, weil er einem Soldaten ins Gesicht gespien hatte, nur mit sieben Tagen Arrest bestraft; einem Soldaten wurde das Trommelfell durchgeschlagen; ein Freiwilliger wird durch die Mißhandlung in den Tod getrieben und man benachrichtigt nicht einmal die Familie von dem Tode! Und welche Rechtmäßigkeiten wendet man an! Wenn man die Schuldigen nicht finden kann, bestraft man die ganze Korporalschaft oder gar die ganze Kompanie und erbittert sie dadurch. Wegen eines Diebstahls, der unter ihnen vorgekommen war, wurden in Königsberg 23 Mann mit Nachexerzieren bestraft; als ein Bürger dem Generalkommando von der Behandlung Mittheilung machte, wurde statt einer Stunde zwei Stunden täglich nachexerzirt.

Man zwingt die Soldaten, welche verheirathet sind, ihre Kinder taufen zu lassen. (Zustimmung rechts. Zuruf: Das ist gut für die Kinder!) Betreten Sie ein Verdammten-Christenthum? Wenn Sie alle Kinder taufen lassen wollen, dann

ändern Sie erst das Gesetz! (Sehr richtig! links.) Wir stehen auf dem Boden der Toleranz. Wir haben nichts dagegen, daß ein Soldat seine religiösen Bedürfnisse befriedigt. Die Soldaten werden nicht nach ihrem politischen oder religiösen Bekenntnis gefragt; da muß die Gleichberechtigung der Bekenntnisse auch innerhalb des Militärs festgehalten werden. Wir bestreiten der Militärverwaltung das Recht dazu, Kinder von Soldaten zwangsweise taufen zu lassen. Die Rekruten der Garderegimenter werden sektionsweise in den Verein christlicher junger Männer geführt, deren Chef Herr Stöder ist, welchen Sie (rechts) aus Ihrer Partei entfernt haben. Dadurch wird die Politik in der Armee direkt begünstigt, denn die Vereine nehmen einen politischen Standpunkt ein. Wenn Sie keine sozialdemokratische Politik in der Armee wollen, dann sollen Sie auch keine Stöder'sche Politik dulden. Der Ausschluß des Herrn Stöder aus der konservativen Partei bedeutet doch, daß die letztere von der Sozialreform nichts mehr wissen will. (Widerspruch rechts.) Nachdem das Tischgespräch zwischen Stöder und der konservativen Partei geschnitten ist, wird er zu Raumann gehen. (Rufe rechts: Zur Sache!)

Der Oberst eines Regiments in Frankfurt a. d. Oder hat neulich an ein sozialdemokratisches Blatt einen Brief gerichtet, in welchem er bezüglich einer Arbeitsniederlegung in einer Gerberei von einem Notstand sprach, wobei er heftend mit Kommandierung von Leuten eingetreten sei, wie bei Feuersbrunst und Wasserbruch (Lachen links). Gegen eine solche Auffassung müssen wir energisch Verwahrung einlegen. Der Oberst mag nach seiner innersten Ueberzeugung gehandelt haben, aber er muß belehrt werden (Große Heiterkeit rechts), denn der Fall steht nicht vereinzelt da. Der Oberst kann Schule machen und damit wird das Koalitionsrecht der Arbeiter zerstört. Freiwillig würden die Arbeiter niemals einen solchen Posten einnehmen, sie würden das als ehelos betrachten. Aber beim Militär dürfen sie ihren Ansichten nicht folgen, wenn sie nicht sofort zu Sozialdemokraten erklärt werden wollen. Die Armee, in welcher die Arbeiter die große Mehrheit bilden, darf sich nicht gegen die Arbeiter stellen. Die Armee hat ebenso wenig wie eine andere staatliche Einrichtung das Recht, sich in solche wirtschaftlichen Kämpfe zu mischen. Der Ausstand der Konfektionsarbeiter ist von dem Minister v. Briesepf als berechtigt anerkannt worden, warum soll der Ausstand in der Frankfurter Gerberei nicht auch berechtigt sein? Der Notstand in der Gerberei war beendet, sobald der Arbeitgeber Konzeffionen machte. (Rufe: Zur Sache!) Wenn man bei dem Ausstand in der Westfälisch-Fabrik auch die Soldaten wegen eines Notstandes hätte zur Verfügung stellen wollen, hätte man sich in diesem Falle an das Gardelokal wenden und verlangen wollen von seinen der Aufabridanten, daß auch für diese Arbeit die Leute zur Verfügung gestellt würden, ja wo sollte das hinaus; dagegen verwahren wir uns aufs entschiedenste. Verlangen Sie einmal, daß die Armee fernbleibt dem politischen Leben, den sozialen Kämpfen des Tages, dann verlangt es auch die Gerechtigkeit, daß nach allen Seiten mit gleichem Maße gemessen wird! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Braunhart v. Schellendorff: Wenn der Vortredner am Eingang seiner Rede bemerkte, daß er nur mit Widerstreben hier spräche und Mißstände vorbringe, so kann ich ihm die feierliche Erklärung geben, wenn ich meinen Wünschen folgen dürfte, würde ich auf keine seiner Reden eine Antwort geben. (Zustimmung rechts.) Spräche ich nicht, so stände nachher in einer gewissen Presse: der Herr Kriegsminister verharrete in verlegenen Schweigen. (Heiterkeit.) In Bezug auf die Soldatenmißhandlungen hat Herr Bebel wohl selbst den Eindruck gewonnen, daß dieses Repertoir nicht mehr die nötige Zugkraft hat. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Was seine vorjährigen Angaben betrifft, so hat es sich herausgestellt, daß dieselben zum großen Theil übertrieben, zum Theil auch objektiv unwarhaft sind. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er führte den Fall von einem Soldaten des 78. Regiments an, der mißhandelt worden wäre und seinen Eltern einen rührenden Brief schrieb mit dem Schluß: „Liebe Eltern, wir sehen uns wieder am Himmel, grüßt die Geschwister, Euer Ludwig.“ Der Soldat soll wegen der vorhergegangenen Mißhandlung den Tod in den Weiten gesucht haben. Die Sache liegt so, daß der Mann als Rekrut bald nach seiner Einstellung mit mehreren seiner Kameraden ohne Urlaub aus der Kaserne gegangen war, angetrunken nach Hause kam und wegen einer Verletzung in der Revier-Krankenstube untergebracht wurde. Er sollte nun auf eine Stube zu älteren Leuten kommen. Aus Furcht, daß man ihm dort überläßt, entfernte er sich aus der Kaserne, verschaffte sich Zivilkleider, ging nach der Trave, wechselte dort die Kleider, legte die Militärkleider ausser und hat sich dann eine zeitlang in der Umgegend herumgetrieben. Schließlich ist er bei seinen lieben Eltern gelandet und diese waren so veranlaßt, ihn nach Lübeck zur Kaserne zurückzubringen. Er ist dann wegen Desertion u. s. w. bestraft worden. Inzwischen raucht das Wasser der Trave der Ostsee zu, aber der Kanonier ist wohl und munter. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Bebel erzählte dann von einem Soldaten, der derartig geschlagen worden sei, daß sein ganzer Rücken in Eiter übergegangen wäre. Nach den ärztlichen Angaben ist dies nicht der Fall, keine einzige Stelle ist in Eiter übergegangen. Der Mann, der den Soldaten mißhandelt hat, ist auch bestraft worden. Der Abg. Bebel sagt, der Mann, der die Mißhandlung erlitten hätte, wäre auch noch bestraft worden, weil er die Mißhandlung nicht angezeigt hätte. Das ist wieder nicht wahr. Der Kompagniechef hatte nämlich vom Arzt Kenntniß bekommen, daß der Mann Striemen auf dem Rücken habe, und er hat diesen gefragt: wie haben Sie diese Striemen bekommen, und da erzählte der Soldat ganz ungläubliche Dinge, sodaß der Kompagniechef Veranlassung nahm, die Sache zu untersuchen, und es hat sich die Wahrheit herausgestellt. Da ist nun der Soldat bestraft worden wegen Lügens (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe), und das von rechts wegen. Der Abg. Bebel erzählte, ein Hauptmann v. Strombeck bei einem hiesigen Garderegiment habe seine Leute mit dem Säbel und der Faust geschlagen. Der Abg. Bebel hat seinen Gewährsmann genannt; ich glaube, er heißt Dammsch, er war zuerst nicht aufzufinden. Jetzt ist er bei einem Bericht (Abg. Bebel: in Berlin!) — ganz recht — wegen Verleumdung verklagt worden, und da schwebt die Sache noch. Schon jetzt kann ich aber die ziemlich sichere Ueberzeugung aussprechen, daß das Ergebnis sein wird, der betreffende hat es von einem anderen erfahren und dieser ist in dem Moment, als er es erzählte, in einer sehr animirten Stimmung gewesen. (Heiterkeit.) Ueber den Fall v. Schulze-Klosterfeld habe ich mich schon im vorigen Jahre geäußert. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Bericht des kommandirenden Generals Wort für Wort wahr gewesen ist. Der Abg. Bebel hat nicht das Recht, von sämtlichen Offizieren zu sprechen, als betrügen sie sich nicht so, wie es sich gehört. (Große Unruhe.) Daß Herr Bebel gerade über die Duelle so hart urtheilt, wundert mich doch. Ist es nicht Ihr Parteiführer, Ihr erster Gründer Ferdinand Falsche gewesen, der im Duell gefallen ist? (Abg. Bebel: Leider! Große Heiterkeit.) Sie sagen gewissermaßen: Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Wir haben keinen Schall!) Herr Bebel behauptete, vor Veröffentlichung des Amnestie-Erlasses sei noch eine Anzahl Leute, die zu einer Strafe verurtheilt gewesen seien, eingesperrt worden, um sie dieses Benefiziums verlustig zu lassen. Daß der „Vorwärts“ am 16. Januar durch Diebstahl in den Besitz des allerhöchsten Erlasses gekommen, ist ja sehr debauerlich. Das am 16. schon einige davon Kenntniß erhielten, war nicht zu

ändern, daß aber zu dem Zeitpunkt von dem Amnestie-Erlaß in Saarbrücken etwas bekannt gewesen sein soll, bestreite ich ganz entschieden. Herr Bebel zeigt mit seiner Voraussetzung nur, wie wenig er die Armeeverhältnisse kennt. Es ist dann auch von den Ordensverleihungen gesprochen. Die Sache wird nachgerade zur Seeflange. Es ist ja längst aufgeklärt, weshalb man in acht bis zehn Fällen vor den einzelnen Namen erst die militärische Charge angeführt hat, einfach deshalb, weil die Herren sich nicht als Oberlehrer oder Stenernehmer verdient gemacht haben, sondern in ihrer Eigenschaft als Offiziere, und weil der Vorschlag von der Militärverwaltung ausging.

Der Abg. Bebel hat auch über die Selbstmorde in der Armee gesprochen und gewissermaßen seine Verteidigung darüber ausgedrückt, daß sie abgenommen hätten aufgrund seiner Beschwerden über die Mißhandlungen, und dann hat er sich auf eine Broschüre eines Hauptmannes Müller berufen. Wenn der Herr Abgeordnete Gefallen an dieser Broschüre gefunden hat und glaubt, daß er dadurch ein Urtheil über die wirklichen Zustände in der Armee erhält, so befindet er sich im Irrthum. Hat er Beizugnisse daran, so kann ich ihm noch eine ganze Reihe anderer Namen nennen, so Claus: Die wahren Anarchisten... (Abg. Bebel: Die kenne ich alle!) Ich habe sie alle hier! (Der Kriegeminister zeigt unter größter Heiterkeit des Hauses zwei Pakete Bücher.) Sie können Sie alle bekommen. (Oberstleutnant Gade überbringt dem Abg. Bebel die Bücher, welche dieser dankend abnimmt. Große Heiterkeit.) Die Verfasser sind Leute, die ihre Notation verfeilt haben, welche nicht leichten Schiffbruch, sondern havaris grosse erlitten haben. Wenn er aus diesen Büchern Kenntniß schöpfen will, so ist das gerade so, als wenn er sein Angesicht in einem Kontar oder Kontog geschiffenen Spiegel sehen wollte. Das schöne Ebenmaß seiner Züge ist dort nicht zu finden. (Große Heiterkeit.)

Er beklagte ferner, daß wir einen Gewissenszwang ausüben wollten auf Rekruten, die bei ihrer Einstellung schon verheiratet waren. Wenn diese Leute in Folge der vererblichen Einflüsse, die auf sie ausgeübt werden, sich nicht kirchlich trauen und ihre Kinder nicht taufen lassen, so kann man sich nur darüber freuen, wenn in der Armee verständige Leute dahin wirken, daß sie das nachholen. (Beifall rechts und im Zentrum; Ruf links: Das widerspricht dem Zivilgesetz!) Ich kenne weder den Verein christlicher junger Leute noch dessen Satzungen; mir ist nur gesagt, politische Dinge würden dort nicht verhandelt, nur wissenschaftliche Vorträge würden gehalten, und dazu gebe ich gratis Thee (Heiterkeit). Die Militärverwaltung hat auf die Sache gar keinen Einfluß, ich kann mir aber denken, daß ein wohlwollender Kompagniechef seine Soldaten sektionsweise dorthin schickt, wenn sie dort guten Thee bekommen. (Heiterkeit.)

In Frankfurt a. O. sind zu einem Gerbermeister, dem zwar nicht die Helle fortgeschwommen, aber die Arbeiter aus dem Dienst gelassen waren, zwei Soldaten beurlaubt worden, um eine absolet dringende Arbeit zu verrichten. Ein ungesetzlicher Eingriff in den Lohnstreik ist das nicht. Der Gerber hatte in seinem Fescher eine Partie vorgearbeiteter Felle, die dem Verderben ausgesetzt gewesen wären, wenn sie nicht sofort bearbeitet wären. Als der Gerber später bat, die Soldaten ihm nach Verrichtung dieser Arbeit noch weiter zu belassen, wurde dies abgelehnt.

Abg. Schall (L): Der Kriegsminister hat für seine Verantwortung die schärfste Form gewählt. Aber das ist wohl nicht die richtige Form. Heute hat Herr Bebel eine Nachmittagspredigt gehalten, denn eine Rede über Tausen und Trauungen und christliche Vereine hätte man wohl beim Militärretat nicht erwartet. Der Vortredner hat die schmutzigen Wäsche der Armee gewaschen, indem er einzelne mißfällig zusammengefaßte Felle vorbrachte. Diese Herostatusarbeit muß im Auslande überraschen; man muß da glauben, daß unsere Armee die erbärmlichste ist. Das entspricht dem, was Sie gegenüber dem Jubelstunde der Armee gethan haben. Ich habe unserer Armee 10 1/2 Jahr als Weislicher angehört, ich muß den Ehrenschlud derselben reinigen von den Krugfingern, welche hier vorgekommen sind. In einer so großen Organisation wie unsere Armee werden immer vereinzelte Fälle vorkommen, Selbstmorde u. s. w. Wir freuen uns aber, daß die Zahl der Selbstmorde abgenommen hat. Die gute Behandlung der Mannschaften ist nicht immer eine leichte Aufgabe, namentlich wenn dieselben aus sozialistisch inspirirten Gegenden kommen. Man hat mich als Vertheidiger des Duells hingestellt. Dagegen lege ich die entscheidende Verwahrung ein. Niemand hat sich so offen und entschieden gegen das Unwesen des Duells ausgesprochen wie ich (Lachen links), weil es verfährt gegen die christlichen Gebote. Ich habe in einzelnen Fällen das Duell als begründlich hingestellt. Das Duell Kops-Schrader in der heiligen Oisterzeit hat aberall die größte Entrüstung in christlichen Kreisen hervorgerufen. Für den Konfessionarath, der jedenfalls kein Theologe gewesen ist, einzutreten, fühle ich mich nicht berufen. Eine Uebertreibung ist die Behauptung, daß die Soldaten schlimmer behandelt würden, als die Thiere; deshalb seien viele sabensüchtig geworden. Auch in Ihren Reihen sind manche sohnensüchtig, kommt das von der schlechten Behandlung? Hat Herr Liebnadt nicht gesagt: Wer sich nicht fügt, der fliegt hinaus. (Zuruf: Ist denn Stöder nicht geflogen!) Nein, er ist freiwillig gegangen. (Große Heiterkeit.) Ich weiß es doch besser; ich gehöre zu den persönlichen Freunden des Herrn Stöder. Die Bereitwilligkeit, an der sozialen Reform mitzuwirken, besteht nach wie vor.

Es ist eine Verhöhnung für die Eltern, daß ihre Kinder zur Kirche angehalten werden. (Beifall rechts.) Bei den Sozialdemokraten ist natürlich alles vollkommen, wir sind die Vertreter der korrupten Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Rolle des Phariseers! Herr Auer hat einmal gesagt, wer vom Sozialismus getrennt, der stirbt daran. Ja, man stirbt daran, wenn man Gift gegessen hat. Herr Bebel hat immer vom Moloch des Kapitalismus und des Militarismus gesprochen. Wenn er einmal die unfreiwillige Mause fubel, natürlich ovum cum dignitate, dann schreibt Herr Bebel vielleicht eine Geschichte des Kapitalismus und des Sozialismus, und wenn er über den Titel in Verlegenheit ist, so empfehle ich ihm zu schreiben: Vom Bel zu Babel oder vom Drachen zu Babel. Und vielleicht findet sich dann in seiner Partei ein Sängler, der dazu den Gesang der drei Männer im feurigen Ofen verfaßt. (Heiterkeit.)

Darum wird um 5 1/2 Uhr die weitere Berathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

### Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erledigte in ihrer letzten Sitzung die Wahlen der Abgeordneten Graf von Limburg-Stirum (Breslau Land) und des Herrn von Salisch (2. Neg.-Bez. Breslau). Die Wahl des Grafen v. Limburg-Stirum ist bereits in voriger Session für gültig erklärt, zugleich aber über gewisse Beschwerdepunkte Erhebungen beschlossen worden. Diese Erhebungen liegen nun vor und hat sich aus denselben ergeben, daß Vertretungsmänner der sozialdemokratischen Partei zu Unrecht aus mehreren Wahllokalen ausgewiesen worden sind. Weiter ist festgestellt, daß in einem Bezirke durch Gemeindebeamte freihändige und sozialdemokratische Flugblätter und Stimmzettel eingesammelt worden sind, obwohl dieselben bereits in Privatbesitz übergegangen waren. Die Kommission erklärte auch diesen Vorgang als den gesetzlichen Bestimmungen widersprechend und beschloß, diese Vorgänge zur weiteren Veranlassung zur Kenntniß der Regierung zu bringen. — Die Wahl des Abg. v. Salisch wurde für gültig erklärt, nachdem die geflogenen Erhebungen die Beschwerden nur vereinzelt bestätigt. Die Ausweisung sozialdemokratischer Vertretungsmänner aus den Wahllokalen wurde auch bei dieser Wahl als unzulässig gerügt.

Die Börsengesetz-Kommission eröffnete am 14. d. M. die Verhandlungen über Abschnitt IV des Entwurfs, den Börsen-Terminhandel.

Erörtert wird zuerst der Antrag Frihen mit dem Zusatz Müller (Zulda) zu § 46, 3, dahingehend: der Börsen-Terminhandel in Antheilen und Schuldverschreibungen einer inländischen Erwerbsgesellschaft ist durch die Börsen-Aufsichtsbehörde von einem näher zu bestimmenden Zeitpunkt ab zu untersagen, wenn der Vorstand dieser Gesellschaft auf Grund Beschlusses der Hauptversammlung der Anteilhaber diese Untersagung beantragt. Die Wiederzulassung kann auf demselben Wege erfolgen, jedoch nicht vor fünf Jahren beantragt werden.

Auch die Regierung hat keine besonderen Bedenken gegen den Antrag Frihen-Müller (Zulda), wohl aber spricht sie sich gegen den Antrag Bachem aus, der den Börsen-Terminhandel in Antheilen und Schuldverschreibungen von Erwerbsgesellschaften untersagen und ihn nur da gestatten will, wo diese Antheile auch an einer ausländischen Börse gehandelt werden und das Kapital mindestens 50 Millionen Mark beträgt. (Nr. 88 der Drucksachen.)

Der Antrag Singer, so äußerte sich der Regierungsvertreter, gehöre eher in das Aktiengesetz, nicht in die Börsenreformvorlage.

Ein Antrag Placke geht im Verlaufe der Sitzung ein, monach der Terminhandel in Antheilen von Erwerbsgesellschaften nur erlaubt werden solle bei einem Mindestkapital der betr. Gesellschaft von 20 Millionen Mark.

Der Regierungsvertreter weist gegenüber den Ausführungen eines Kommissionsmitgliedes, des Grafen Arnim nach, daß auch Industriepapiere, die nicht auf Ultimo gehandelt würden, sehr starke Kursschwankungen hätten. Er weist dies am „Phönix“ nach (in den letzten Jahren um 94 pCt.), der gerade von dem freikonservativen Redner als Muster gegenüber den auf Termin gehandelten Papieren angeführt worden war.

Abg. Camp befragt den Antrag Bachem, spricht sich für den Ausschluß der Industriepapiere vom Termingeschäft aus, hält aber den Satz des Mindestkapitals (50 Millionen) zu hoch.

Abg. Dr. Hahn fährt aus, auf den Generalversammlungen der Erwerbsgesellschaften sei gewöhnlich nur eine Minderheit der Aktionäre vertreten. Das Publikum sei nicht in der Lage, auf Grund geschäftlicher Erwägungen zu operiren. Die Gausse- und Baiffespekulation werde von der Hochfinanz, den potenten Großbanken souverän beherrscht.

Der Antrag Singer wird für die erste Besung zurückgezogen mit dem Vorbehalte, ihn in der zweiten Besung wieder einzubringen.

Ein Antrag Placke und Genossen beantragt im Antrag statt „Erwerbsgesellschaften“ zu setzen Bergwerks- und Industrie-Aktien, ferner ein Antrag Arnim zum Antrag Bachem, monach die Antheile nicht an einer, sondern an zwei ausländischen Börsen gehandelt werden müssen.

Abg. Schoenlank spricht sich prinzipieller für die Bestimmungen des Regierungsentwurfes, der genügende Schutzmittel biete, und den Antrag Frihen aus. Die Konzentration des Börsenkapitals werde durch den Antrag Bachem gefördert. Die Spekulation werde sich eventuell andere Wege suchen. Das Termingeschäft sei auch für den nationalen Zahlungsausgleich bedeutsam. Die großen Häuser halten sich einen Stock von Spekulationspapieren, um eingreifen zu können; die Mehrheit auch in Generalversammlungen von nicht auf Termin gestellten Gesellschaften liege durchgängig in den Händen potenter Institute, die so dominirten.

Reichsbank-Präsident Koch bekräftigt, daß die Großbanken sich einen Vorrath an solchen Effekten hielten. Er sei gegen die Stigmatisierung der Bergwerkspapiere, wie sie der Antrag Placke fordert.

Abg. Bachem: Sein Antrag solle das Publikum mehr als bisher schützen. Die Form des Termingeschäfts in Aktien habe etwas besonders Verführerisches.

Abg. Paasche: Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung forderten sie die Untersagung des Terminhandels in Bergwerks- u. s. w. Papieren.

Abg. Nath Wernitz: Die Kursschwankungen in Papieren, ohne Zeitgeschäft seien zum Theil ebenso erheblich.

Abg. Schoenlank erfaßt die Abg. Paasche und Genossen, doch für das arbeitende Volk der Bergwerke dadurch zu sorgen, daß die Bergwerksgesellschaften die Löhne ihrer Arbeiter erhöhen und die Arbeitszeit verkürzten. Der Antrag Placke sei ein Schlag ins Wasser.

Der Antrag Bachem (Drucksache Nr. 24) mit dem Zusatzantrag des Grafen Arnim, wird mit allen gegen sieben Stimmen (Viermann v. Sonnenberg, Hahn, Camp, Graf Arnim, v. Strombeck, Bachem, v. Poddiesl) abgelehnt.

Der Abg. Graf Arnim wünscht namentlich die Abstimmung, zieht den Antrag zurück.

Der Antrag Placke (Verbot des Terminhandels in Industriepapieren) wird mit 11 Stimmen angenommen, ebenso wird der Antrag Placke (Mindestkapital 20 Millionen) angenommen.

Der Antrag Frihen ist dadurch erledigt. Sonnabend, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, nächste Sitzung mit der Tagesordnung: Terminhandel in Baaren.

Die Budget-Kommission des Reichstages füllte auch ihre Sitzung am Freitag noch mit der Berathung der Petitionen aus, die dem Reichstage bezüglich des Dienstalterszulagen-Systems zugegangen sind. Zur Verhandlung gelangten die Ressorts der Reichspost- und Reichseisenbahn-Verwaltungen.

Abg. Singer nahm Bezug auf seine in voriger Sitzung gemachten Ausführungen betreffend die Anrechnung der Vorbereitungs- und Probezeit bei der Anstellung der Unterbeamten. Außerdem verlangte der Redner, daß den Telegraphen-Gehilfen, denen jetzt 15 diätarische Dienstjahre bei der Anstellung nicht angerechnet werden, die Zeit vom Eintritt in den Dienst voll in Anrechnung gebracht wird. Ebenso soll der Unterschied beseitigt werden, der jetzt bei der Post zum Nachtheile der Militärämter, die vor dem Jahre 1892 eingetreten sind, gemacht wird. Diese Forderungen sind vom Abgeordneten Singer in folgenden Anträgen formulirt worden:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den bei der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung beschäftigten Unterbeamten sowie den Telephon- und Telegraphen-Gehilfen die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bei der Anstellung als diätarische Dienstzeit berechnet wird;

2. Daß den bei der Reichspost und Telegraphen-Verwaltung vor dem Jahre 1892 eingetretenen Militärämtern ein Militärdienstjahr ebenso bei der Anstellung angerechnet wird, wie es bei den seit dem Jahre 1892 angenommenen Militärämtern geschieht.

In längerer Diskussion weist Singer wiederholt die Berechtigung seiner Forderung nach. Die Vertreter der Post- und Finanzverwaltung bekämpfen die Anträge unter Hinweis auf die finanziellen Konsequenzen und den Umstand, daß nirgends ohne Vorbereitungs- und Probezeit auskommen, und diese Zeit nicht als im diätarischen Dienst zugebracht angesehen werden kann. Gegen diese Ausführungen machte Singer unter Anführung von Beschwerden von Unterbeamten aus Hannover und Thurn geltend, daß nach den früheren Zusicherungen der Regierung im Volke und im Reichstage die Ansicht herrsche, daß bei der Anstellung nur fünf in diätarischen Dienst zugebrachte Jahre nicht gerechnet werden. Diese Zusicherung verflüchtigt sich, wenn die Verwaltung jetzt den Standpunkt einnimmt, daß die vor dem 21. Jahr im Dienst verbrachte Zeit bei der Anstellung garnicht in Frage kommt. Wenn die Diätare wegen Mangel an etatsmäßigen Stellen lange Jahre warten müssen, so dürfen dieselben nicht noch extra dadurch be-

Kraft werden, daß die im Vorbereitungs- und Probefahrt verbrachte Zeit als nicht vorhanden betrachtet wird; Dienst ist Dienst, gleichviel unter welchem Namen er ausgeübt wird. Man möge an den fünf Jahren festhalten, sich dann aber wenigstens zu dem Entschlusse aufzufassen, die über fünf Jahre im Dienst verbrachte Zeit bei der Anstellung durch Einrückung in die betreffende Gehaltsstufe anzurechnen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Der Referent stellte im weiteren Verlauf der Beratung den Antrag, die vorjährige Resolution, in welcher die Erhöhung des Meißnergehalts der Landbriefträger auf 1000 M. verlangt wird, zu wiederholen. Der Antrag wird von dem Regierungsvertreter bekämpft, von mehreren Kommissionsmitgliedern befürwortet und einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag des Referenten, ein Militärdienstjahr den höheren und mittleren Beamten der Reichsverwaltung bei der Anstellung in Anrechnung zu bringen, wurde, nachdem ein Antrag Singer, diese Vergünstigung auch auf die Unterbeamten auszudehnen, abgelehnt war, von der Kommission angenommen. Der Antrag, die Petition der Oberpostdirektions-Sekretäre auf Erhöhung ihres Mindestgehalts um 400 M. dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, fand Annahme gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, welche die Verringerung der Unterbeamten für bringlich erachteten. Eine Anzahl Petitionen aus den Kreisen der Reichseisenbahn-Beamten wurden durch die gefassten Beschlüsse als erledigt betrachtet. Eine von konservativer Seite beantragte Resolution verlangt, daß die durch die Einführung des Dienstalterszulagen-Systems bei einzelnen Beamtenkategorien eingetretenen Schädigungen durch Erhöhung der Anfangs- bzw. Meißnergehalt dieser Beamten ausgeglichen werden sollen, sobald die finanziellen Verhältnisse des Reiches es gestatten. Abg. Singer befragte diese Resolution, beantragt jedoch, die Worte „sobald die finanziellen Verhältnisse des Reiches es gestatten“ zu streichen, weil durch diese Bedingung die Resolution zu einer inhaltslosen Erklärung herabstiege. Im Einverständnis mit dem Antragsteller werden diese Worte gestrichen und die nunmehr positiv gestaltete Aufforderung an die Regierung angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag Vormittag, Kolonialetat.

**Das Budgetrecht des Reichstags.** Wenn jedes Jahr die langwierigen Beratungen des Budgets im Plenum des Reichstags wie in der Kommission stattfinden und oft die schärfste Zuspitzung der politischen Konflikte wegen Verwilligung oder Nichtverwilligung einiger Millionen stattfindet, freut sich der freisinnige Bürger über seine Opposition und ahnt nicht, daß jedes Jahr oft mehr als die Abstreichungen an Etat getragen, Ueberschreitungen stattfinden, welche nachträglich genehmigt werden sollen. Mehreres geschieht im Plenum meist ohne jede größere Debatte; die Verhandlung findet gewöhnlich an einem der letzten Tage der Session statt, wo mit der üblichen Hast und Gleichgültigkeit die Majorität zum Schluß treibt. In der Rechnungs-Kommission, in der die Staats-Ueberschreitungen geprüft werden, fanden auch in diesem Jahr eingehende Besprechungen statt. Die Staats-Ueberschreitungen betragen für 1894/95 vierzehn Millionen Mark, neben 8 Millionen Mark außeretatmäßiger Ausgaben! Bei den meisten Ueberschreitungen wird Jahr für Jahr die Erklärung abgegeben, daß dieselben durch die „organische Entwicklung“ der Armee, Marine u. s. w. oder „im Interesse des Dienstes“ unbedingt notwendig seien. Dazu kommen „unvorhergesehene Zufälle bei Bauten“ und dergl., durch welche die Ueberschreitungen veranlaßt werden. So war z. B. beim Neubau einer Kaserne der Garde du Corps in Potsdam eine Staatsüberschreitung von 100 000 M. dadurch entstanden, daß, wie die Motive sagen, „bei der Veranschlagung der Kosten auf Grund mündlicher Vereinbarung mit einem Vertreter des Magistrats angenommen wurde, daß die Verpflasterung der „Wassergasse“ durch Chauffierung zu erfolgen habe, während später dem auf das Orisnativ gefühlten Verlangen der Stadt nachgekommen und der Ausbau mit gutem Pflaster ausgeführt werden mußte.“ Auf Anfrage und Protest unseres Kommissionsmitgliedes Wurm, der als Korreferent neben dem Referenten Dr. Haffs (nall.) fungierte, erklärte der Regierungs-Kommissar, daß der Magistratsbeamte, welcher eine so unrichtige Auskunft gegeben habe, ein Stadtbaurath gewesen sei; da er im nächsten Jahre gestorben, sei jede weitere Verfolgung der Angelegenheit, soweit sie überhaupt möglich sei, zwecklos. Große Ueberschreitungen von 250—365 000 M. werden jährlich auch dadurch verursacht, daß aus Anlaß des Umzugs neu ernannter, verfehrter oder in den Ruhestand getretener Beamten außerordentliche Kosten entstehen. Unsere Kommissionsvertreter Bloß und Wurm beantragten infolge dessen eine Resolution, die nach einer kleinen Abmilderung durch den Abg. Paasche angenommen wurde und forderte, daß eine baldige Aenderung der kaiserlichen Verordnung für die Umzugskosten der gesellschaftlichen und konsularischen Beamten vom 25. April 1879 von den verbindlichen Regierungen in Erwägung gezogen werde.“ Große Ueberschreitungen fanden auch für Versuche im Bereich der Artillerie statt. Bei einem Etat von 1/4 Millionen Mark waren 1892/93 653 000 M. mehr, 1893/94 760 000 M. mehr, 1894/95 898 000 M. mehr verbraucht worden. Auf Antrag des Referenten und Korreferenten beschloß die Kommission mit 6 gegen 2 Stimmen, diese Staatsüberschreitung nicht zu genehmigen. — Es ist seit Errichtung des Reichs das erste Mal, daß die Kommission zu solchen Maßnahmen schreitet, die schon längst hätten getroffen werden sollen. Die Konsequenz des Beschlusses wäre, daß der Rechnungsbefehl die Ueberschreitungen als nicht gesetzlich von dem verantwortlichen Reichskanzler, für diesen Etat Graf von Caprivi, einfordert! Das Plenum wird ja freilich sich diesem Beschlusse, schon um seiner Konsequenz willen, nicht anschließen, und so bleibt es beim alten; in der Budgetkommission wird um einige hunderttausend oder eine Million Mark tagelang gefeilscht, und wenn es dem Reichstage gelingt, eine kleine Streichung durchzusetzen, herrscht große Freude bei den „Konstitutionellen“ der Linken — und die Staatsüberschreitungen betragen jährlich 17, 20, 22 Millionen Mark, die Rechnungs-Kommission tabellet, streitet, rafft sich schließlich sogar zu einer Nichtgenehmigung auf — und es bleibt alles beim alten: es wird weiter mehr verbraucht, als genehmigt ist. In keinem wirklich konstitutionellen Staate wäre solche Komödie möglich; bei uns aber sorgen die Konservativen mitsamt den nationalliberalen und Zentrums-Staatsräthen dafür, daß der Parlamentarismus und das Budgetrecht nur der Schatten dessen sind, was sie sein sollten, denn das Plenum macht nicht erst mit der Nichtgenehmigung einer Ueberschreitung — und so lange nicht ein Beamter für die Ueberschreitungen verantwortlich gemacht wird, so lange ist solche 10 Millionen-Spielerlei ganz ungefährlich und wird nach wie vor in Szene gesetzt werden.

**Zu der Freitag-Sitzung der Justiznovelle-Kommission** wurde eine kleine Besserung seitens der Kommission beschlossen. Die vorjährigen Vorlagen hatten der Justizverwaltung direkt das Recht eingeräumt wissen wollen, die Befehle der Strafkommission zu herinkommen. Die Kommission lehnte diesen Vorschlag ab, wollte aber dem Präsidium des Oberlandesgerichts einen Einspruch gegen den Geschäftsplan des Landgerichts einräumen. Diesen Vorschlag hat die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Form mit einer kleinen Verbesserung vorgeschlagen. Die lebhaftesten Versuche der Regierungsvertreter, Konservativen und Nationalliberalen, dem Vorschlag zum Siege zu verhelfen, mehrten den bereits vorhandenen Verdacht, daß der Vorschlag die unreaktionäre Absicht verfolgt, insbesondere für politische Prozesse die Strafkommission so zusammenzusetzen, wie es der Regierung genehm ist. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß es schließlich doch im Sinne der Regierung noch einfacher wäre, statt dem „Präsidenten des Oberlandesgerichts“ direkt einem

Landrath ein Recht auf Zusammenfassung der Kammer einzuräumen. Nach längerer Debatte wurde die Regierungsvorlage und der Beschluß erster Lesung aufgehoben. Es bleibt mithin beim Bestehenden. Die nächste Sitzung findet am 18. Februar um 10 Uhr statt.

**Zu dem Prozeß gegen Genossen Stadthagen** wegen Verleumdung der Gemeindevertretung zu Friedrichshagen hatte bekanntlich das Landgericht II auf 50 M. Strafe erkannt, das Reichsgericht jedoch am 29. November auf Revision Stadthagen's das Urtheil aufgehoben, jedoch die Sache an das Landgericht I zur abermaligen Verhandlung verwiesen. Das Landgericht setzte erst auf den 11. d. M. Termin an. Da an demselben Tage die erste Verhandlung der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch stattfindet, beantragte Stadthagen, den Termin auf den 15. zu verlegen, da ihm an baldiger Erledigung der Sache gelegen ist. Da ein Bescheid auf diesen eiligen Antrag nicht einlief, blieb nichts anderes übrig, als den Reichstag um Einstellung auch dieses Verfahrens zu ersuchen. Ueber die Einstellung wird heute beschloffen werden.

**Der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** ist eine Denkschrift über die Entwicklung der gewerblichen Fortbildungsschulen und gewerblichen Fachschulen, soweit sie zum Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe gehören, während der Jahre 1891—1895 zugegangen. Danach betragen die Aufwendungen aus Staatsmitteln für diese Schulen — mit Ausschluß der Navigations- und Unterrichtsanstalten für das Bergfach — 1891/92: 886 933 M. (aus Gemeindemitteln 457 924), 1892/93: 965 480, 1893/94: 1 014 228, 1894/95: 1 161 456, 1895/96: 1 203 157,50, 1896/97: 1 428 784 (aus Gemeindemitteln 744 797 50). Zu betrachten kamen dabei 1891/92: 44 Anstalten, 1896/97: 55 Anstalten. —

## lokales.

**Der Gesangverein „Nordstern“**, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, Vorherrnder Franz Kante, erklärt uns, daß von ihm in der Germania-Sälen sein Maskenball abgehalten werde. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bringen wir diese Mittheilung.

**Der Verein Berliner Gastwirthsgehilfen** ist durch den Vorgang im Röhring'schen Lokale, wo eine Anzahl Parteigenossen aus dem zweiten Wahlkreise durch Hinzutreten eines angeblichen Kellners verhaftet wurden, in den schlimmsten Verdacht gerathen, er habe unter seinen Mitgliedern Leute, die der Polizei Dienste leisten. Wie bereits aus unseren früheren Veröffentlichungen hervorging, ist der Verdacht, daß es sich hier um ein Mitglied des Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen handele, schon deshalb vollständig grundlos, weil die in Frage kommende Person überhaupt kein Kellner, sondern nur ein als solcher verkleideter Polizeibeamter war.

**Auch Herr Röhring** trifft nach seiner Darlegung, an der zu zweifeln für uns kein Grund vorliegt, für die „Kellner“-Geschichte keine Verantwortung. Er hat von derselben erst Kenntnis erhalten, als ein Beamter am Montag Nacht die von dem als Kellner verummten Polizeibeamten mitgebrachten Mäntel wieder reklamirte. Denn der sogenannte „Kellner“ hatte natürlich das Bier nicht bei Herrn Röhring geholt, wo er aufgefallen wäre, sondern brachte dasselbe von der Straße her aus der Nachbarschaft. Herr Röhring wurde auch auf das Polizeipräsidium zur Vernehmung geladen, doch konnte er auf keine der gestellten Fragen Auskunft geben, da er die Teilnehmer der angeblichen „Versammlung“ so wenig kannte als den Mann, der ihn um die Ueberlassung des Zimmers für Montag Abend gebeten hatte. Herr Röhring liegt begrifflicherweise sehr viel daran, den Arbeitern und allen anhänglichen Leuten gegenüber vor dem Verdachte bewahrt zu bleiben, Mitthäter eines solchen Polizeistreiches zu sein. Und wir dürfen seinen Darlegungen Glauben schenken.

**Wenn gewissen Unternehmern** alle plausiblen Rechtfertigungsgründe für ihre unmenschliche Ausbeutungsmuth fehlen, dann kommen sie mit stillosen Motiven. Aus eine von ihm veranlassete Umfrage betreffend den abendlichen Geschäfts-schluß um 8 Uhr hat der hier erscheinende „Materialist“ eine Reihe von Zuschriften erhalten, in denen fast übereinstimmend betont wird, daß ein Schluß um 8 Uhr abends, selbst ein gemeinschaftlicher Schluß von den unglücklichsten Folgen für die Geschäfte sein würde. Es wird vielfach auf die wenig segensreiche Wirkung der Sonntagsruhe hingewiesen und auch behauptet, daß ein so früher Geschäfts-schluß wie um 8 Uhr für die Bediener und Lehrlinge selbst nicht von Nutzen sein würde. Diese würden — abgesehen von wenigen rühmlichen Ausnahmen — des Abends die Wirthshäuser aufsuchen und mehr Geld ausgeben, als sie verdienen. In eine Verbesserung der Gehälter sei aber bei der so gedrückten Lage der Geschäfte nicht zu denken. Die Geschäftsinhaber können jetzt knapp durch. Mehrere der Einsender sind auch prinzipiell gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit. Es ist die alte Geschichte, daß diese Sorte Unternehmer meint, ihre eigene unethische Existenz bedinge auch eine gleiche Immoralität beim Ausbeuteten, wenn es diesem gelingt, sich eine annähernd menschenwürdige Arbeitszeit zu verdienen. Wann werden die Angehörigen der Kaufmannsbranche die Energie finden, auf die plumpen Verleumdungsphrasen ihrer Unternehmer die gebührende Antwort zu geben?

**Die Rigdorfer Gemeindevertretung** genehmigte in ihrer am Donnerstag Nachmittag stattgefundenen Sitzung zunächst eine anderweitige Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinie in der Thomastroße. Alsdann wurde der Steuerplan für 1896/97 festgestellt. An Mitteln werden im neuen Staatsjahre 1 106 881 M. gegen 960 000 M. im Vorjahre gebraucht, welche in folgender Weise beschafft werden sollen: Aus Friedhöfen, Standesamts- und Rathswaage-Gebühren, Marktstands- und Badegelder 280 000 M., aus indirekten Steuern (Umsatz, Luftbarteils- und Hundsteuer) 104 000 M., aus Renten, Gemeindegewinnstücken und sonstigen eigenen Gemeinde-Einnahmen 341 111 M., aus direkten Steuern 633 278 M. und zwar: Gemeindesteuer (100 pCt. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer) 219 720 M., Gewerbesteuer (150 pCt. Zuschlag zur staatlich veranlagten) 68 000 M., Grundwerthsteuer (2,05 M. pro Mille vom gemeinen Werth) 350 558 M. — Als Kanalisations-Abgabe haben die Hausbesitzer auch im neuen Staatsjahre 4 pCt. vom Nutzungswerth ihrer Grundstücke zu entrichten. Eine Steuererhöhung braucht ertheillicherweise nicht vorgenommen zu werden, freilich wird auch die Gemeinde im neuen Jahre größere wirthschaftliche Verbesserungen nicht vornehmen können. —

**Das neuerbaute Kreis-Krankenhaus in Brieg** wird am Sonntag, den 15. März, öffentlich eingeweiht und am 18. oder 20. März seiner Bestimmung übergeben werden. In der Zwischenzeit soll das Kreis-Krankenhaus vom Publikum beschäftigt werden dürfen.

**Ueber das Verhältnis des Turnens zu Spiel und Sport** fand am Mittwoch in einer vom Ausschusse der Berliner Turngauze nach dem Saale des Handwerkervereins einberufenen öffentlichen Versammlung nach einem Vortrage des Oberturnwarts Prof. Angerstein eine Aussprache zwischen den Vertretern der drei Richtungen statt, an der sich unter anderen Landtags-Abgeordneter v. Schencken-dorff vom Zentralausschusse zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland und Reichskommissar Dr. Peters vom Deutschen Bund für Sport, Spiel und Turnen theilnahmen. Angenommen wurde eine Resolution, die den Anschluß der Spiel- und Sportbewegung an das Turnen als an die Grundlage aller Leibesübungen andahnt. Fast sämtliche Redner benutzten die Gelegenheit, sich und ihre Hörer an chauvinistischen Phrasen zu betheiligen. Es schien keinem der

Herrn einzufallen, daß gerade die Zuthat von Deutschthümelei und anderen noch weniger erfreulichen Nebenerscheinungen die als wünschenswerth bezeichnete allgemeine Verbreitung namentlich des Turnens hindert und die davon erwartete volkswerebende Wirkung beeinträchtigt.

**Die Eintrittspreise zur Gewerbe-Ausstellung.** Vorgestern brachten wir gleich anderen Blättern die Meldung, daß an Vereinen und Fabriken Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden sollen. Diese Meldung steht jedoch in Widerspruch zu einem Bescheide, welchen der Arbeitsausschuss auf eine entsprechende Anfrage an unseren Parteigenossen Köster, dem Vorsitzenden des Arbeiter-Bildungsvereins für Schönberg, gerichtet hat. Die Mittheilung lautet:

„In umgehender Erledigung ihrer Zuschrift vom 2. d. M. bedauern wir, Ihnen mittheilen zu müssen, daß nach Beschlüssen des geschäftsführenden Ausschusses eine Preisermäßigung auf die Eintrittsbillets bei uns nicht gewährt werden soll. Nach Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses ist der Preis absichtlich so außerordentlich niedrig gestellt, um den weitesten Kreisen die Besichtigung der Ausstellung möglich zu machen; es ist dagegen aber beschlossen, unter keinen Umständen in Ermäßigungen zu willigen. Wir können Ihnen deshalb nur sagen, daß kurz vor Eröffnung und während der Dauer der Ausstellung Billets in jeder gewünschten Anzahl an unseren Kassen erhoben werden können, daß aber eine Preisermäßigung für derartig erhobene Billets nicht eintreten kann.“

Der Preis der Eintrittskarten ist, wenn wir nicht irren, auf 50 Pf. bemessen, eine vielleicht für besitzende Bürger aber nicht für Arbeiter leicht erschwingliche Summe.

**Der Arbeitsausschuss der Gewerbe-Ausstellung** hat die Errichtung eines Turnplatzes im Teupower Park beschloffen.

**Die Untersuchung gegen Dr. Fris Friedmann** läßt, so schreibt der „Hamb. Corr.“, auch Hamburg nicht leer ausgehen. Durch andauernde Nachforschungen der dortigen Kriminalpolizei ist es gelungen, einen Hauptakteur dieses Dramas ans Licht zu ziehen, der es seit Jahren unter der Maske des Biermanns verstanden hat, immer neue Opfer für seine „Unternehmungen“ zu finden und zu rupfen. Er ist nunmehr „bis auf weiteres“ durch Anweisung eines Logis im Untersuchungsgefängnisse von seinen „Geschäften“ suspendirt worden. Hier handelt es sich um folgenden Schwindel: Friedmann stand u. a. an der Spitze einer Hotel-Altien-Gründung. Als seines Vermittlers bediente er sich des wegen seines „Eisenrippenplasters“ in Hamburg stadtbekanntem Agenten Christian Claussen. Es wurde zur Verleitung der mit der Gründung verbundenen Reisen Geld und wieder Geld gebraucht; Claussen wußte es anzuschauen. Er machte u. a. auch den Direktor einer ehemaligen gut fundirten Fabrik mit seinem großartigen Aktienunternehmen und dem sicheren immensen Gewinn bekannt. Er hatte es „schwarz auf weiß“, nämlich ein Dokument, unterzeichnet von Friedmann, das ihm bei dem Zustandekommen des Unternehmens eine Provision von 50 000 und 8000 Mark zusicherte! Unter dem Versprechen eines Theils an der Provision gelang es ihm leider, den bis dahin durchaus zuverlässigen Direktor zum ärgsten Vertrauensbruch und zur fortgesetzten Untreue zu verleiten, ihn in jeder Weise über aufstauende Strupel durch Ueberredungskünste hinwegzutauschen und ihn bei dem Geschäft noch obendrein zu betriegen. Es begann eine Wechselreiterei in größtem Maßstabe. Der Direktor akzeptirte im Namen der von ihm vertretenen Firma Wechsel auf Wechsel, theils von Claussen, theils von Friedmann ausgestellt. Jeder sällige Wechsel, Beträge von 1000—12 000 Mark, wurde wieder durch größere Wechsel gedeckt. Im gleichen Maßstabe schwand der Vorrath der Fabrik. Nachdem auch viele Aktien der Gesellschaft denselben Weg gegangen waren, stiegen die Verlegenheiten des Direktors aufs Äußerste. Während Friedmann und Claussen das veruntreute Geld für Dinars mit Champagner, Reisen mit Damen u. c. „geschäftlich“ verausgabten, drohte ersterem Anfang Januar für eine Wechselschuld die gerichtliche Pfändung. In demselben Tage starb der Direktor, tief betrauert von „seinem Freunde“ Claussen und entging dadurch seinem irdischen Richter. Endlich erreichte das Verhängniß auch den Claussen. Bei dem Recherchen in Sachen Friedmann kam die Angelegenheit durch Einziehung fraglicher Wechsel zwecks Prüfung der Echtheit der Aktepte zur Kenntniß der Behörden, und eine gründliche Nachforschung deckte den raffinierten, seit Oktober 1894 betriebenen Schwindel auf. Der Schaden beläuft sich auf über 100 000 M., von denen kleinere Anttheile Friedmann und der Direktor, den Ewigen-antheil aber Claussen selbst bekommen hat, der am 1. d. M. verhaftet worden ist.

**Eine „schwarze Liste“ von schwindelhaften Bau-Unternehmern** will jetzt der Schupverein selbständiger Bauhandwerker für Rigdorf und Umgebung aufstellen und veröffentlichen. In der von dem Schupverein gestern Abend in Rigdorf abgehaltenen Versammlung wurde erklärt, daß die verdammtlosen Schwindler auf dem Wege der Selbsthilfe bekämpft werden müßten.

**Im Reichstage** hielt am Donnerstag Abend Herr Speich von der „Araucaria“ den zahlreich versammelten Mitgliedern einen Vortrag über die Röntgen'schen Strahlen.

**Eine internationale Ausstellung für Kaninchen** aller Rassen, Hasen, Leporiden (Hafentänchen) und Frettchen findet an den Osterfeiertagen zu Berlin C., Neue Friedrichstr. 44, statt. Die Theilnahme als Aussteller ist jedermann gestattet. Programme nebst Anmeldungen können von Herrn J. Neundorff, Berlin, Elisabethstr. 47, gratis und franko bezogen werden.

**Das erste Schul-Frauenbad im Norden** der Stadt, an der 190/198. Gemeindefchule, Graunstraße 11, wurde gestern unter Leitung des Direktors Bielein eröffnet. Es badeten vier Knaben-Klassen. Die Theilnahme war aber Erwartungen wege.

**Herr von Hammerstein**, so schreibt ein Richterfakker, scheint im Gefängniß von Gott und der Welt verlassen zu sein; seine einzigen Freunde lassen ihn gänzlich im Stich, was aus der Thatsache erhellt, daß bis heute noch keine Einzahlung bei der Expedition des Untersuchungs-Gefängnisses für ihn erfolgt ist, vermittelt deren er Vergünstigungen in der Befestigung erhalten könnte. Er muß — wie der terminus technicus lautet — noch immer „aus dem Rapi“ essen, d. h. sich mit der gewöhnlichen Gefängnisloft begnügen.

Wäre es nicht Christenspflicht des „theuren Gottesmannes“, der an Hammerstein's Seite so manche Stunde des Vergnügens durchkostete, dem „unglücklichen Mann“ jetzt brüderlich mit einigen Markern beizuspringen? Ver-Gah er ganz der stillen Freuden von ebendem?

**Die Moabit Brandstiftungs-Epidemie** treibt die wunderbarsten Blasen. Jetzt erhalten schon die Kellern der Gemeindefchulen Brandbriefe, in denen ihnen angedroht wird, daß ihre Schule in Brand gesteckt werden wird. Gestern hat der Rektor Birband von der 31. Gemeindefchule in der Kirchstraße einen solchen Brandbrief erhalten, nach welchem die Schule am Sonntag, den 16. d. M., brennen soll. Die Direktoren der Schulen in der Stephanstraße und der erst am 1. Oktober bezogenen Schule in der Gohlowskystraße haben schon vorher ähnliche Brandbriefe erhalten, ebenso verschiedene andere Schulen. In verschiedenen Schulen sind die Kinder vortheilshalber bereits dafür eingeprejet worden, wie sie sich bei Feuergefahr zu verhalten und wie sie das Schulgebäude in aller Ordnung zu verlassen haben. In der Schule in der Gohlowskystraße hat eine solche Probe vorgestern stattgefunden; gestern wurde ar, dem Dachboden ein Feuer bemerkt, aber im Entfesseln gelöscht.

**Die vielen Brandstiftungen**, welche in der letzten Zeit die Bewohner von Moabit demüthigen, haben für die Agenten der Feuerversicherungs-Gesellschaften bereits eine reiche Ernte zur Folge gehabt. Es sind in jenem Stadttheil während weniger Tage über 1000 Versicherungen abgeschlossen worden.

**Übermal ein Dachstuhlbrand in Moabit.** Freitag früh gegen 9 Uhr wurde die Feuerweh nach der Emdenerstraße 53 gerufen. Es handelte sich um ein gewöhnlich um einen Dachstuhlbrand, der nach zweifelhafte Tätigkeit von der vierten Kompanie mit Benutzung zweier Schlauchleitungen, die von der Dampfmaschine aus gespeist wurden, gelöscht werden konnte. Auch dieser Brand ist auf Brandstiftung zurückzuführen, man hat einen penetranten Petroleumgeruch wahrgenommen und schließt aus der Ausdehnung des Feuers, daß es zugleich an mehreren Stellen angelegt worden ist.

**Zur Vorsicht beim Gebrauch des Fernsprechers** mahnt ein Fall von Erkrankung, den am Mittwoch Dr. Löwenfeld in der Medizinischen Gesellschaft besprach. Es handelte sich, wie die „Freis. Zig.“ berichtet, um ein 21jähriges Dienstmädchen, das bei Benutzung des Fernsprechers einen elektrischen Schlag erhielt. Für Privatwerke sind an den Telefonen öfters sogenannte Umschalter angebracht, die den Strom nach einem entfernt gelegenen Vantearrangement leiten. Einen solchen Umschalter benutzte das Mädchen, als es plötzlich einen heftigen Schlag erhielt und bewusstlos umfiel. Der Apparat besaß nur einen kleinen isolierenden Handgriff, den das Mädchen mit der von Schwestern noch feuchten Hand ergriff, während beim Abklingen ein Strom hindurchgeführt wurde. Infolge der Feuchtigkeit der Hand nahm der Strom den Weg durch den Körper des Mädchens, es ist also dringend davor zu warnen, solche Umschalter mit feuchten Händen zu betühren. Das Mädchen zog sich eine komplette rechtsseitige Hemiplegie (halbseitige Lähmung), die auch nach vier Wochen noch zum größten Teil fortbesteht. Der rechte Arm und das rechte Bein können abwechselnd nicht bewegt werden, es findet eine wesentliche Beeinträchtigung des Hörens, Sehens, Riechens und Schmeckens auf der rechten Seite statt. Auch die Sensibilität der Haut ist auf der rechten Seite für alle Gefühlsqualitäten, mit Ausnahme der Wärme, so gut wie aufgehoben.

**Kurt von der Hinkenburg.** Der unter diesem Namen thätig gewesene Reporter Karl Bauermeister ist gestern in einer Schankwirtschaft in der Chausseestraße plötzlich verstorben. Der Mann litt schon längere Zeit an Geistesverwirrung.

**Zeugen gesucht.** Unter der Stichmarke „Deutsches Heldenstich“ berichteten wir am Dienstag über eine grobe Ausschreitung, die ein Trainisofa bei der Berliner Bod verübt hatte. Wie uns gemeldet wird, ist der Verletzte der 24jährige Kaufmann Max Passow, der in Charlottenburg, Wallstr. 6 bei Zehlendorf wohnt. Es ergeht die dringende Bitte an die Personen, welche Zeugen des Vorfalls waren, sich an der genannten Stelle zu melden und mit ihren Angaben zur Feststellung des Täters beitragen zu helfen. Der Kommandeur des Bataillons giebt dem Verletzten auf seine Anzeige anheim, sich selbst den Täter herauszufinden!

**In der Untersuchungssache** gegen die Wittwe Scheidner in Rixdorf hat die Staatsanwaltschaft am Landgericht II jetzt die Exhumierung der Leiche des verstorbenen Töplermeisters Scheidner, des Ehemannes der des Gattenmordes Verdächtigen, angeordnet; die Obduktion der Leiche wird am 18. d. M. in der Rixdorfer Leichenhalle stattfinden.

**„Cognac selber zu machen.“** In dieser, vorgestern berichteten Frage sendet uns ein Herr Otto Reichel eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Es sei ihnen mitgeteilt, daß die als angeblich bezeichneten Atteste des Herrn Dr. Bischoff hauptsächlich von genanntem Herrn der alleinigen Fabrik, meiner ausschließlichen Bezugsquelle, erteilt worden und vorhanden sind. Da ich nun von dieser Fabrik die besondere Einwilligung, diese Atteste benutzen zu dürfen, erhalten habe und ich nur ausschließlich die dabei in betracht kommenden Fabrikate verkaufe, so kann von einem Mißbrauch nicht die Rede sein, zumal ich in meinen Anzeigen, wenn auch erklärlicher Weise ohne Nennung meiner Bezugsquelle, bemerkt habe, daß die Auszüge den der alleinigen Fabrik erteilten Gutachten entnommen. Es ist unrichtig, daß ich jemals an Gastwirthe und Destillateure ein Mundschreiben verfaßt habe, da es gar nicht in meiner Absicht gelegen, mit solchen besonders in Geschäftsverbindung zu treten.

**Der Mann, welcher dem Kaiser im Lustgarten eine Nummer des „Vorwärts“ entgegenstreckte,** war, wie sich der „National-Zeitung“ zufolge auf dem Polizeirevier herausgestellt hat, geisteskrank.

**Durch Dessen der Pulsadern** suchte sich Donnerstag Abend der 29jährige Bureau-Hilfsbeamte Arthur B. aus Stargard i. P., der hier in der Brunnenstraße 14 wohnte, zu tödten. In einem Anfälle schweren Angschüßels wegen eines Herzleidens ergriff er eine Schere und begann damit die Handgelenke zu bearbeiten. Er wurde jedoch an der Ausführung seiner Absicht verhindert und ins Krankenhaus gebracht. Hier starb er Freitag Morgen an seinem Herzleiden; die Wunden hatten sich als nicht sehr gefährlich herausgestellt.

**Infolge einer Arzneiverwechslung** verstarb in Glinow bei Werder a. H. ein zwölfjähriger Knabe. Derselbe sollte aus einer sogenannten Handapotheke Bittersalz erhalten, bekam statt dessen aber Kali.

**Infolge unglücklicher Spekulationen** war der 61jährige Rentner Adolf Rippert aus der Chausseestraße 28a in seinen Vermögensverhältnissen sehr zurückgekommen. Als seine Frau am Donnerstag von einem Ausflug heimkehrte, fand sie ihren Mann erhängt vor.

**Wegen unglücklicher Liebe** unternahm Donnerstag Abend die 17jährige Elise M., die in Königsberg in Pr. geboren ist und hier in der Kastanien-Allee 58 bei ihrer Mutter wohnt, einen Selbstmordversuch. Das sehr hübsche junge Mädchen stürzte sich am Schiffbauerdamm gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße um 8 Uhr abends kopfüber in die Spree, wurde aber von Schiffen gerettet und von einem Schuttmann des 2. Reviers in ein Krankenhaus gebracht. Ihren Rettern theilte sie mit, sie habe in den Tod gehen wollen, weil ihr Bräutigam ihr untreu geworden sei.

**Von einem schwer beladenen Mehlswagen überfahren** und tödlich verletzt wurde am Donnerstag Nachmittag 5 Uhr vor dem Rixdorfer Amtshaus das 4jährige Töchterchen des Metalldruckers Junghaus, Berlinerstr. 61 zu Rixdorf wohnhaft. Die Kleine lief in das Fuhrwerk hinein und kam dabei unter die Räder. Der Tod des bebauernswerten Kindes trat nach kurzer Zeit ein, obwohl ärztliche Hilfe baldigt zur Stelle war.

**Weiter-Prognose für Freitag, den 15. Februar 1896.** Kältes Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Vermischtes.

**Die großartige Meteor-Erscheinung,** welche am Montag Vormittag über Madrid sich entlud, ist, wie weitere Berichte aus Madrid melden, von dem Vorsteher des dortigen meteorologischen Instituts, Professor Amieis, genau beobachtet worden, so daß die Erscheinung wissenschaftlich gut wird verwerthet werden können. Am sonnig klaren, fast windstillen Himmel erschienen um 9 Uhr 29 Min. 30 Sek. ein weißbläuliches Licht. Unmittelbar darauf zeigte sich an der Stelle ein weißer, rauchähnlicher Flecken, Richtung von Nordwest nach Südwest, sechs Grad lang, einen Grad breit. Die Gestalt war halbkreisförmig mit Ausbuchtung nach Osten; am Gipfel der Kurve bemerkte man eine röhliche Färbung, wie bei Bolken im Abendroth. Das Ding sah aus wie eine leichte Cirro-Cumulus-Wolke. Um 9 Uhr 30 Min. 40 Sek. vernahm man einen äußerst starken dumpfen Knall, dem mehrere kleine folgten. Das ganze dauerte etwa zwei Minuten. Vom Moment der Explosion bis zu dem Augenblick, wo das Strahlen vernommen wurde, vergingen 70 Sekunden. Danach wird die Höhe, in welcher die Erscheinung vor sich ging, auf etwa 24 000 Meter geschätzt. Die entstandene Wolke verschwand langsam und drei Stunden später bemerkte man noch im Nordost, 20 Grad über dem Horizont, ein leichtes Cirruswölkchen. Bemerkenswerth war das Verhalten des Barometers, das plötzlich 1,6 Millimeter stieg, dann auf seinen Stand zurückging und nach einer Schwankung von 2,3 Millimeter um 0,7 Millimeter sank. Glücklicherweise hat

man auch Sprengstücke des explodierten Himmelskörpers gefunden, eines wurde dem Ministerpräsidenten Canovas überreicht. Ein anderes Stück fand sich 6 Kilometer von Madrid in Castillon. In Balteas bei Madrid wurde ein Apotheker von einem Splitter an der Stirn verwundet. In Madrid wurde ein 500 Gramm schweres Stück aufgehoben; ein anderes 150 Gramm schweres Stück fiel in Castellana zu den Füßen eines Spaziergängers nieder. Die Schwankungen des Barometers zeigen, wie stark der Luftdruck bei dem Zerplatzen gewesen sein muß; die Beschädigung von Häusern erklärt sich zumeist daraus. In Madrid entstand eine große Panik unter den Bewohnern, zumal auf den belebten Marktplätzen, wo man das Vorkommen für ein Zeichen des göttlichen Zorns oder gar für den Anfang des jüngsten Gerichts hielt. Viele Läden wurden geschlossen. Im Justizpalast dachte man an eine verbrecherische Explosion, ersuhr aber bald, daß es sich um etwas „Höheres“ handelte. Ebenso groß war die Panik in den Kirchen, Schulen, Spitälern und Kasernen.

**Es wird weiter für Ordnung, Religion und Sitte gekämpft.** Im Walde bei Duisburg fand am Donnerstag zwischen einem Referendar und einem Kaufmann und Lieutenant der Reserve namens Lehner ein Duell statt. Der letztere wurde beim ersten Augewechsel erschossen. Die Ursache des Duells soll in einem Wortwechsel liegen. — Immer schneidig!

**Harun al Raschid.** Ueber einen verhängnisvollen Besuch in der „Animirtheipe“, der sich dieser Tage in Hannover zugetragen, kursiren verschiedene Gerüchte. „Einer unserer höchsten Verwaltungsbekanntesten“ schreibt hierüber der „Volkswille“, unser dortiges Partei-Organ, „benutzte sein Unbekanntsein dazu, am einen Nachmittag der vorigen Woche einer unserer feinsten Damenkreise, dem „Casé Sportsman“ in der Herkulesstraße, einen heimlichen Besuch abzustatten. In hellem gelben Sigerock schien er den Damen des Casés wohl ein Kapitalkind zu sein, und bald sah er sich umgeben von sämtlichen anwesenden Damen, die lustig auf sein Wohl und seine Kosten ihre Gläser leerten; die Damen tranken nur Wein, der Gast selbst zog Bier vor, von dem er drei Glas trank. Das heitere Geplauder muß also geraume Zeit gedauert haben. Schließlich aber, als es ans Bezahlen ging, stürzte ein Mistral das vergnügliche Beisammensein. Der Gast machte Schwierigkeiten und weigerte sich, auch den von den Damen getrunkenen Wein zu zahlen. Die Wirthin, eine sehr resolute Frau, schickte heimlich, einen Schuttmann zu holen, der denn auch alsbald zur Stelle war und dem fremden Gast recht deutlich bedeutete, daß er Zahlung zu leisten habe, widrigenfalls er ihm zur Brande“, dem Polizeigefängnis, folgen müsse. Nunmehr gab sich der Gast zu erkennen, und konnte danach ungehindert das Lokal verlassen. Dem Schuttmann aber soll nicht besonders froh zu Muthe gewesen sein.“ Das vom „V.“ erzählte Geschichtchen hat aber noch einen zweiten Theil. Der Gast, der sich weigerte, die von den „Damen“ in einem größeren Umfange, als ihnen gestattet gewesen, gemachte Bezahlung zu zahlen, war... der neue Polizeipräsident Graf Schwerin, welcher sich mit eigenen Augen von der Wirthschaft, die in den Animirtheipe dieser Art herrscht, überzeugen wollte, was denn auch zur genüge geschehen und inzwischen nicht ohne Folgen für das betreffende Café geblieben ist.

**Im Deutschen Theater in München,** dessen Neubau im Dezember theilweise einstürzte, brach Donnerstag Abend ein Großfeuer aus und verursachte bedeutenden Materialschaden.

### Briefkasten der Redaktion.

**J. B. 15.** Wenden Sie sich an den Arbeitsausschuß der Gewerbe-Anstalt in Treptow.  
**Arbeiter-Leseverein in Spital a. d. Trau.** Solche Anrufe können wir nicht veröffentlichen.  
**G. E. 133.** Der „Große Kurfürst“ ging am 31. Mai 1878 unter.  
**G. G. 10.** Das imponirt mir nicht.  
**Abonnet.** Gegen 1 Uhr.  
**H. W. 96.** Ein derartiges Museum, das jedermann zugänglich wäre, existirt nicht.

Unserem Freund und Kollegen **Hermann Weber,** Bergmannstr. 13, 2681b zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum ein donnerndes Hoch!

Dienstag, vormittags 1/11 Uhr, wurde mit mein lieber Mann, der Tischler **Paul Lucke** in Rixdorf infolge eines Sturzes von der Leiter durch den Tod entzogen. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause in Rixdorf, Prinz Handjerystraße 58, nach dem neuen Jakobikirchhofe statt. Die Trauernde Wittwe **Gertrude Lucke.**

**X-Strahlen.** In diesem u. d. nächsten Monat habe ich noch einige Abende für **Experimental-Vorträge** über die Röntgen'sche Entdeckung frei. **Dr. A. Ludwig, C. Stralauer Br. 3 I.** Unbemitt. Musikanterr. „K“ Postamt 79.

Bäume, Sträucher, Hecken, werden sachgemäß geschnitten. Obst u. Beeren, Anlagen, alle anderen Gartenarbeiten, billig ausgeführt. Landchaftsgärtner **F. H. Weich, Berlin W., Goltzstr. 35.** Cuerg. I. Et. I. 2677b

**Jede Uhr** repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgebens nur **1 M. 50 Pf.** außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinocens. **Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.**

**Herren-Hüte 65 Pf.** mit unbedeutenden Fehlern. **Bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir Barnimstr. 4, Müllerstr. 12c.**

**Butluserstraße 26** gesunr., kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.



**Kloster-Bockbier** in vorzüglich gerathener Qualität, aus den feinsten Rohmaterialien rein eingebraut, versendet von jetzt ab die **Action-Brauerei-Gesellschaft Moabit.** Berlin NW., Stromstr. 111/16. Fernsprecher Amt Moabit No. 127. 43691\*

**Herren-Hüte 75 Pf.** (Musterfächer) 40478\* Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab **Die Fabrik** im Comptoir im Comptoir Grüner Weg 2, I., Reichenbergerstr. 166. im Comptoir Chausseestraße 59, I, an der Nordb. Brauerei. Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

**J. Brünn** Am Stadtbahnhof „Börse“ **Juventur - Ausverkauf!** Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche! zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Achtung!** Kaufen Sie nur echte Branntwein. alten Nordhäuser, Cognac, Rum, Arrak **O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.** Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 42452\*

**Neu eingetroffen** Stiefe u. weiche **Herrenhüte:** Nr. 1, —; 1,50; 1,75; 2, —; 2,50; 2,90; 3,50; 4, —. **Einsogngahüte, neuestes Façon,** Nr. 1,50; 1,75; 2, —. **Elegante Cylinder:** Nr. 5, —; 6, —; 7,50; 10, —; 12, —. **Kein Laden.** **H. Gabriel, Hut-Engros-Geschäft, Grüner Weg 112, a. d. Markstraße.**

**Gold-Remontir-Juwer-Nhr** garantirt gut gehen nur **Nr. 4,50.** Gold-Damen-Unter-Nhren nur **Nr. 5,50.** Gold-Slinge u. Ketten **Nr. 1,50.** ausgereinigte Wecker-Nhren nur **Nr. 2, —** jährliche Reparaturen, Verlaß durch Reich's Reinheiten - Verleih in Berlin G. Spediteur, 5.

**Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare empf.** **Franz Tutzauer, Tischlermeister, 30618\* Berlin SW., Blücher-Strasse 14.** Neue Sofen, Heberzieher billig zu verkaufen **Pfundliche Staligerstr. 13.** **Achtung! Kein Laden.** **Kontroll-Schuhmarke.** Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake, Rippenblatt 2 Pfd. 60 Pfg. 42611\* **H. F. Pinskiage, Rottowstr. 4, Hof part.**

**Reell und billig** kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitzsche,** gegründet 1872, **Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 42708\*** **Patente Muster u. Markenschutz ERICH PETERS, Berlin, S.W. 29, Nittenwiderstr. 28.**

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich **Danzigerstr. 93** (nahe der Schützenhauser Allee) ein **Beiz- und Bairisch-Bierlokal** eröffnet habe. Vereinszimmer steht zur Verfügung. **Achtungssohl** **W. Hansen.**

**Werkzeughalter** verl. m. Muschelwirthsch. postbill. Invalidenstr. 157, II L.

**Arbeitsmarkt. Achtung Metallarbeiter!** Der Streik bei der Patent-Nuß-eisen-Stollenfabrik von **Leonhardt & Cie., Saarbrückerstr. 30,** dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten. 122/3 **Glasschleifer v. Hedert, Prinzenstr. 32.\***

**Licht-Farbmalerei u. Mädchen** auf Broncearbeiten verl. b. **John Szegodich, Kottbuser Damm 99.** 2676b **Vorarbeiter für Bildhauer- und Kreimethandlungsfabrik** in Ausland per 1./3. oder 15./3. gef. Offerten sub B. 60 Postamt 46 erbeten.

**Licht. Spiel. Dobler a. Klaviaturen** verl. Boppstr. 3. 2687b **Licht. Baroque-Vergoldderinnen** suchen **Neumann, Honatz & Co., Zeughofstr. 21.** Ein **erfahrener Stuckateur,** der im Ziehen und Ansetzen auf der Baustelle geübt ist und empfehlende langjährige Zeugnisse beibringen kann, findet dauernde Beschäftigung in einem großen Stuckgeschäft bei **Königsberg, Vorderhausen 8.** 2689b **G. Glaubitz.** **Wäschebranche.** **Plättdirectrice** oder **erste Plättlerin, Plättinnen** auf Umlegefragen, Chemisches, Manschetten, verlangt **Wäscheabr. Freyer, Georgenkirchstr. 24**

## Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 14. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel und Kommissarien.  
Die zweite Statberathung wird fortgesetzt mit dem Spezialetat des Kriegsministeriums, der debattelos bewilligt wird.

Beim Stat der auswärtigen Angelegenheiten bemerkt der

Abg. v. Cynern (noll.): Preußen unterhält einen Gesandten beim päpstlichen Stuhl seit dem Jahre 1882. Zweck dieser Gesandtschaft war, die Förderung des kirchlichen Friedens anzubahnen; sollte dieser Zweck nicht erreicht werden, so würde vielleicht die Aufhebung der Gesandtschaft, der Kostenersparnis wegen, zu veranlassen sein. Von 8 Votscastern sind 4 katholisch, was vielleicht der Parität wegen zu bemerken ist. (Heiterkeit.)

Der Stat wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Es folgt der Stat der „direkten Steuern“.

Abg. Dr. Krause (noll.) führt Klage über die ungerechte Besteuerung der Aktiengesellschaften, namentlich über die Doppelbesteuerung.

Minister Dr. Miquel: Wo dem Beamten eine Schuld trifft, schreite ich auf erhobene Beschwerde ein.

Abg. Graf Kanitz (L.): Die Ergänzungssteuer wird auf dem Lande viel strenger und höher veranlagt als in den Städten, auch bei der Einkommensberechnung wären für das platte Land verbesserte Grundsätze nötig. Erwünscht wäre ferner eine Ueberprüfung, wie der Werth des Grund- und Bodens in den Städten und auf dem Lande nach Abzug der Schulden sich berechnen läßt. Ein Vorzug unseres Steuersystems ist es, daß wir die Einkommensverhältnisse aller Landestheile mit einander vergleichen können. Es zeigt sich da, daß die landwirtschaftlichen Gegenden bedeutend ärmer sind als die industriellen, so sind die Bewohner der östlichen Landestheile um etwa 1/5 so wohlhabend, als die Bevölkerung im Westen. Wir haben es hier mit der offenbar bedrückten Lage der ländlichen Bevölkerung zu thun. Auch ist aus der Summe der abzugsfähigen Schuldenzinsen zu entnehmen, daß der städtische Grundbesitz sich beständig erhöht, während der Werth des ländlichen Besitzes ebenso ständig zurückgeht. Es zeigt sich die sozialpolitisch bedenkliche Erscheinung, daß das Vermögen sich immer mehr in wenigen Händen konzentriert. (Sehr richtig! rechts.) Mit der Verarmung der ländlichen Bevölkerung hängt es auch zusammen, daß nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung Ostpreußen 1/3 seiner Bevölkerung an andere Landestheile abgegeben hat und Hunderttausende auswandern. In allen diesen Erscheinungen ist der Reflex der modernen Wirtschaftspolitik zu erblicken, welche die Industrie fördert und die Landwirtschaft schädigt durch die Vertragspolitik. Die Noth der Landwirtschaft ist — das erkennt der Landwirtschaftsminister selbst an — eine gefährdrohende. Möge die Regierung baldige Maßregeln treffen, um das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung wieder zu gewinnen. (Lebhafter Beifall! rechts.)

Minister Dr. Miquel, für die Entscheidung dieser Angelegenheit bin ich nicht zuständig. Wichtig ist ja, daß die moderne Entwicklung wesentlich den großen Städten zu gute kommt. Von den Ziffern des Grafen Kanitz waren einige unvollständig, andere nicht konkludent. Wir haben ja allerdings das Gefühl, als ob das im Gewerbebetriebe angelegte Kapital nicht so stark zur Steuer herangezogen wird, wie das in Grund und Boden angelegte; aber das läßt sich nicht beweisen. Unrichtig halte ich die Behauptung von der Verringerung des Mittelstandes und von der Konzentration des Vermögens in einzelnen Händen. Wenn wir erst eine längere Erfahrung hinter uns haben, werden wir aus unseren Steuerlisten dasselbe Resultat gewinnen, wie im Königreich Sachsen, daß nämlich der Mittelstand nicht ab-, sondern zugenommen hat und daß die großen Vermögen sich nicht in einzelnen Händen konzentriren, sondern mehr vertheilen. (Sehr richtig! links.) Ueber die Verschuldungsverhältnisse geben die Steuerlisten keine erschöpfende Auskunft, wir haben Erhebungen angeordnet, bei denen aber nicht bloß die Verschuldung, sondern auch die Ursache derselben in Betracht kommt. Die Steuerverhältnisse des platten Landes sind nicht mit denen der Städte so ohne weiteres zu vergleichen. Leute aus dem Lande mit einem Einkommen von 800 M. leben besser als vielleicht Leute in der Stadt mit 1100 M. Außerdem haben wohlhabende ländliche Besitzer ihren Aufenthalt in den Städten, wo sie zur Steuer herangezogen werden mit dem Einkommen aus ihrem ländlichen Besitz. Gewiß ist die Kaufkraft von hoher sozialpolitischer Bedeutung und sie wird es je länger je mehr werden. Aber seien Sie sicher, das veranlagte Einkommen bleibt noch immer weit zurück hinter dem wirklichen Einkommen. (Heiterkeit.)

Abg. Jädel (fr. Bg.): Die lange Verzögerung der Steuerprozesse ist ein großer Uebelstand, die meisten dauern fast zwei Jahre.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Wallach: Die Steuerprozesse sind mit Ausnahme einzelner, komplizierter Fälle gegenwärtig kurrent.

Abg. v. Cynern (noll.): Mit seinen Schilderungen verdeckt Graf Kanitz lediglich jeden Hypothekarkredit; solche Ueberreibungen schaden der Landwirtschaft ebenso wie der Kampf gegen die Industrie. Wie kann der Finanzminister aber behaupten, es bleibe viel Vermögen unversichert? Dann wären ja die Selbstdeklarationen falsch!

Minister Dr. Miquel: Gegen Dinge, die nur in der Phantasie bestehen, giebt es keine Vertheidigung.

Abg. Graf Kanitz hält seine ersten Ausführungen aufrecht. Die Steuerstatistik sei allerdings ein Wohlstandsbarometer.

Abg. Kircher (Z.): Bei dem Mittelstand liegen die Verhältnisse viel ungünstiger, als dies nach der Steuerereinschätzung den Anschein hat.

Abg. Dr. Friedberg (noll.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Abg. v. Cynern an.

Die Position „Einkommensteuer 122 000 000 Mark“ wird bewilligt.

Die „Ergänzungssteuer in der Höhe von 31 000 000 Mark“ wird nach kurzer Debatte bewilligt.

Zu den Ausgaben sprechen noch die Abgg. Kircher (Z.) und Dr. Azepnikowski (Pole), ferner Dr. Zattler (noll.), v. Bockeberg (L.) und Babendy (Z.). Letztere drei wünschen die für künftiges Jahr vorgesehene Versammlungsgelder für Mitglieder der Einschätzungsbehörden schon für dies Jahr zu gewähren. — Die Ausgaben und damit der ganze Stat wird genehmigt.

Morgen 11 Uhr: Berg-Hütten-Salinen-Stat und Stat für Handel und Gewerbe.

Schluß 3 1/2 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands macht im „Correspondenzblatt“ folgendes bekannt:  
Zum Gewerkschaftskongress.

Am 25. November v. J. wurde seitens der Generalkommission bekannt gegeben, daß der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands am 4. Mai 1896 in Berlin stattfinden wird. Gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung wurden auch die Voraussetzungen für die Delegation zu dem Kongress, wie sie von seinem Vorgänger, dem Gewerkschaftskongress in Halberstadt, festgelegt sind, besprochen. Die Generalkommission schlug vor, von diesen Voraussetzungen insofern abzuweichen, als auch die Delegierten der Zentralverbände, welche keine Beiträge an die Generalkommission bezahlet haben, sowie auch die Delegierten der Gewerkschaften, welche keine Beiträge an die Generalkommission bezahlet haben, an dem Kongress anerkannt werden sollten. Dieser Vorschlag wäre nach dahin zu ergänzen, daß auch die Vertreter der Lokalorganisationen, welche Beiträge an die Generalkommission zahlten, Sitz und Stimme auf dem Kongress erhalten. Es handelt sich hierbei nur um Lokalorganisationen für Berufe, für welche Zentralverbände nicht bestehen, so der Geiger und Trimmer, der Seelente, der Möbelpolirer Berlins u. s. w. Die Generalkommission hat nur von solchen Organisationen Beiträge entgegen genommen, welche die lokale Organisationsform nicht deswegen beibehalten, weil sie in der Organisation politische Thätigkeit entwickeln wollten, sondern die nach Lage des Berufes von einer Zentralorganisation absehen mußten. Es wurde also gegen eine Vertretung dieser Organisationen kaum etwas eingewendet werden können.

Gegen die seitens der Generalkommission gemachten Vorschläge ist, soweit wir die Sache verfolgen konnten, von keiner Seite Einspruch erhoben worden, obgleich eine mehr als ausreichende Freist hierfür gegeben worden ist. Wir können nunmehr wohl erklären, daß die Mitglieder der Zentralverbände mit unseren Vorschlägen einverstanden sind und daß somit die Delegierten der genannten Organisationen auf dem Gewerkschaftskongress anerkannt werden.

Seitens der neben den Zentralverbänden bestehenden Lokalorganisationen in Berlin ist in Versammlungen dagegen protestirt worden, daß sie von der Vertretung auf dem Kongress ausgeschlossen sein sollen. Diese Proteste werden an der Stellungnahme der Generalkommission, die bestimmt den Anschauungen der in den Zentralverbänden organisierten Arbeiter entspricht, nichts ändern. Diese Lokalorganisationen haben, trotz aller Mahnungen zu gemeinsamen Vorgehen, sich nicht nur abseits der Zentralverbände gestellt, sondern diese vielfach in der bestmöglichen Weise belästigt. Es ist eine sonderbare Zumuthung, nun von den Zentralverbänden zu verlangen, die Vertreter dieser Lokalorganisationen zum Gewerkschaftskongress zuzulassen, um die zum Ueberdruß durchgesprochene Frage der Organisationsform aufs neue auf dem Kongress zur Verhandlung zu bringen.

Die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress werden, sofern sie nicht auf Vorschlag-Kongressen oder Generalversammlungen bereits vollzogen sind, von den Zentral-Verbänden in derselben Weise ausgesprochen werden, wie die Wahlen für eine Generalversammlung der Organisation. Es wird, entsprechend der Zahl der Delegierten, die Wahlkreistheilung erfolgen und wäre dann in den Mitgliederversammlungen der Zweigvereine zu wählen. Die Mandate der gewählten Delegierten sind auf Grund der bei der Zentralstelle eingegangenen Wahllisten von dem Zentral-Vorstand auszufertigen. Seitens der Generalkommission werden demnach Mandatsformulare und Delegiertenlisten an die einzelnen Zentral-Vorstände versandt werden.

Bei den durch Vertrauensmänner zentralisirten Organisationen müssen die Wahlen der Delegierten in öffentlichen Berufsversammlungen erfolgen. Auch bei diesen Organisationen ist die Zahl der Delegierten nach der Zahl der in Deutschland insgesamt organisierten Berufsgenossen zu bestimmen. Die Handwerksarbeiter, von denen nach der letzten Statistik 8888 organisiert sind, hätten demnach drei Delegierte zum Gewerkschaftskongress zu wählen. Auch bei diesen Organisationen sind die Wahlen von der Zentralstelle auszuführen und die Delegierten bei dieser zunächst anzumelden.

Es sind somit sämtliche für den Gewerkschaftskongress gewählte Delegierten von der Zentralstelle der Organisation der Generalkommission zu melden. Die Anmeldung der Delegierten bei der sich demnach in Berlin bildenden Lokalkommission geschieht seitens der Generalkommission. Die Delegierten würden nur dann bei der Lokalkommission sich zu melden haben, wenn sie besondere Wünsche in bezug auf Logis haben. Es werden nach dieser Richtung hin noch Bekanntmachungen rechtzeitig vor dem Stattfinden des Kongresses erfolgen. Als Kongresslokal sind Keller's Festsaal, Berlin O., Koppentstraße, bestimmt worden.

Die Generalkommission hatte sich an das Gewerkschaftskartell in Berlin, die Berliner Gewerkschaftskommission, gewandt, damit diese die lokalen Vorarbeiten für den Kongress übernehmen solle. Da in der Generalkommission eine große Zahl Vertreter lokalarorganisierter Arbeiter vorhanden ist, so rechnete die Generalkommission von vornherein darauf, daß ihr Ersuchen abgelehnt würde. Sie durfte aber die Gewerkschaftskommission nicht umgehen und stellte deshalb formell die Anfrage, ob die Kommission die Vorarbeiten übernehmen wolle. Wie vorausgesehen, wurde unser Gesuch abgelehnt. Die zentralorganisierten Gewerkschaften Berlins werden nunmehr aus ihrer Mitte ein Lokalkomitee bilden und alle Vorarbeiten machen.

Die Anträge zum Gewerkschaftskongress müssen bis zum 1. März d. J. bei der Generalkommission eingereicht werden. Die bis dahin eingegangenen Anträge werden sodann veröffentlicht. Die Generalkommission beabsichtigt, dem Kongress einen Antrag auf Schaffung eines Streikunterstützungsfonds zu unterbreiten. Die Verathungen über diesen Antrag sind in der Generalkommission abgeschlossen und werden in der nächsten Nummer des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden.

Der Kongress würde in Berlin nicht auf Schwierigkeiten gestoßen sein, wenn die Generalkommission ihm einen zutreffenderen Namen gegeben hätte. Sie bezeichnet ihn als einen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Richtiger hätte sie ihn einen Kongress der in der Generalkommission vertretenen Gewerkschaften Deutschlands genannt.

An die Kürschner aller Länder! Kollegen! Der Fachverein der Kürschner in Brüssel hat nach eingehender Verathung beschlossen, ein Fachorgan zu gründen, das in englischer, französischer und deutscher Sprache erscheinen und die Interessen der europäischen Kürschner gegenüber dem Unternehmertum wahrnehmen soll. Zur Beschaffung des hierfür nötigen Fonds hat der Verein Sammellisten ausgegeben. Das unterzeichnete Komitee wendet sich nun im Auftrage des Vereins an die Kürschner Europas mit dem Ersuchen, überall Versammlungen einzuberufen, dort die Angelegenheit zu erörtern und dann für das Unternehmen fräftig zu agitieren und zu sammeln, damit die Zeitung bald er-

scheinen kann. Alle Anfragen sind zu richten an Eduard Gothe, 1. Vorsitzender des Syndikats des Journeurs, Brüssel, Grand Place 14, à la Croix de Fer.

Die Matrosen der meisten Fischdampfer Bremerhavens haben sich unterschrieben dafür erklärt, daß das Fischen der Fische, namentlich nachts, von Arbeitern an Land besorgt werden und den Matrosen einige Stunden freie Zeit bei Tage gewährt werden soll. Durch den Vertrauensmann der Bremerhavener Gewerkschaftskommission haben sie die Aheber von dem Begehren unterrichten lassen. In dem betreffenden Schreiben, das dieser den Ahebern zusandte, wird zur Begründung der Forderungen angeführt: „Die Matrosen haben auf See keine freie Zeit, weder Sonntag noch Wochentag, da dies wegen des Betriebes nicht möglich ist. Deshalb wäre die freie Zeit eine Vergütung des Sonntags auf See und kann die Mannschaft diese Stunden auch sehr gut in der Familie brauchen.“

Die „Norddeutsche Volksstimme“ schreibt dazu: Laut der Seemanns-Ordnung ist der Schiffsmann nur in Nothfällen verpflichtet, länger als 10 Stunden an Land zu arbeiten; wenn nun das Schiff abends in den Hafen kommt, hat der Mann meistens 16—18 Stunden gearbeitet. Wenn er dann des Nachts noch fischen soll, das Schiff reinigen, Eis einnehmen soll, so sind wieder mehr als 10 Stunden Arbeit gethan. Nunmehr geht das Schiff aber in See, die Matrosen müssen wieder auf Wache und so kommt eine Arbeitszeit von im ganzen 18—20 Stunden heraus. Dies alles aber deshalb, um den Ahebern im höchsten Fall 8—10 M. zu sparen.

## Versammlungen.

Ueber die Ursachen der Arbeitslosigkeit sprach am 13. d. M. im dritten Wahlkreise vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Reichstags-Abgeordneter Förster. Um auf die Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit eine klare Antwort geben zu können, müsse man, wie der Referent darlegte, die Volkswirtschaftslehre zu Hilfe nehmen. Nicht wolle er der arbeitenden Bevölkerung zumuthen, diese wissenschaftliche Bücher über volkswirtschaftliche Streitfragen zu lesen, das sei ein unbilliges Verlangen. Wohl aber vermag der Arbeiter Zeitungen und Schriften zu lesen, welche das volkswirtschaftliche Wissen in gemeinverständlicher Weise bringen. Leider sei diese Lektüre noch viel zu wenig in die Volksmassen gedrungen und der Sensations- und Schauerroman dominiere noch. Redner vertiefte sich im Laufe seines Vortrages in ebenso interessante wie lehrreiche Weise in verschiedene volkswirtschaftliche Fragen und Grundätze, ließ als Grundursache der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Produktionsweise erkennen und veranschaulichte gleichzeitig die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der jetzigen Warenproduktion in die sozialistische. Debattelos gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige in Brodnow's Salon tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlung ist überzeugt, daß die wirtschaftlichen Krisen und der Niedergang der Industrie nicht früher zu beseitigen sind, als bis die Produktion und die Mittel dazu das Gemeingut aller geworden. Damit dieser Grundgedanke des Sozialismus in der Bevölkerung feste Wurzel fassen, ist es äußerst nothwendig, daß jeder einzelne dafür agitirt, daß unsere Parteipresse und Literatur ihre weiteste Verbreitung finden.“

Eine längere Erörterung fand sodann der Streik in der Konfektion und erging an alle Parteigenossen die dringende Aufforderung, die Streikenden in jedweder Weise zu unterstützen und namentlich die Frauen, Schwestern, Töchter u. s., die in der Konfektion thätig sind, zu überzeugen, daß sie die Pflicht haben, sich dem Streik anzuschließen.

Der Fachverein der Klempner nahm in seiner letzten Versammlung einen eingehenden Bericht des Vorstandes über seine Thätigkeit im letzten halben Jahre entgegen. Der Verein hat in diesem Zeitraum 80 Mitglieder gewonnen, die meist durch die Agitation der öffentlichen Versammlungen zum Eintritt bewogen wurden. Für die Klempner in Königsberg wurden seinerzeit 50 Mark zu Unterstüzungen bewilligt. Die Abrechnung weist eine Einnahme von 140,80 M. und eine Ausgabe von 83,30 M. auf, der Kassenbestand beträgt gegenwärtig 328,30 M. In der Versammlung werden gegen den Rechnungsbericht keine Einwendungen erhoben und hierauf die Wahl des Vorstandes vollzogen. Die folgende Resultat ergab: Groß, Kassirer; Gottgetreu erster, Boffelmann zweiter Schriftführer; Pfeiffer und Müdseberger Revisoren; Cunz Bibliothekar.

Der Verein der Bananenschläger hatte am 2. d. M. eine Generalversammlung aberaumt. Zur Erledigung stand zunächst die Wahl des ersten Vorsitzenden, mit welchem Amt das Mitglied Schröder betraut wurde. Die Kranken- und Sterbe-Unterstützung beschließt der Verein auch ferner beizubehalten. An die Gewerkschaftskommission wurden 25 M. überwiesen und bestimmt, daß fortan die Versammlungen nur im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend hielt am Montag im Louisenstädtischen Konzerthaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der in letzter Zeit verstorbenen Kollegen Roschinsky und Weisner in üblicher Weise gedacht. Hierauf nahm man den vierteljährlichen Kassenbericht entgegen. Die Einnahmen betragen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1895 9570,55 M., die Ausgaben 7489,50 M., verbleibt ein Ueberschuß von 2081,05 M., hierzu der Bestand vom vorigen Quartal in Höhe von 24855,15 M., verblieb Ende vorigen Jahres ein Gesamt-Kassenbestand von 26936,20 M. Nach dem Bericht der Revisoren wurde der Rebandant entlastet. Alsdann berichtete die Arbeitsnachweis-Kontrollkommission, daß die Führung des Arbeitsnachweises zu keiner Klage Veranlassung gegeben. In die Kommission wurden die Mitglieder Schult, Leischner und Mittelmann gewählt und die Regelung der Bibliothek-angelegenheit dem Mitglied Behold übertragen. Beschlossen wurde, in diesem Jahre in der „Neuen Welt“ ein Sommerfest abzuhalten. Der 1894 gefaßte Beschluß — bei ausbrechenden Streiks Unterstützung erst von der zweiten Woche an zu zahlen — wurde dahin geändert, daß die Unterstützung bereits von der ersten Woche an gezahlt werden soll. Bei Ausständen, welche jedoch innerhalb 5 Tagen ihre Erledigung finden, wird keine Unterstützung gewährt. Mitgetheilt wurde, daß in der Schrankstollenfabrik von Leonhardt 7 Gewerkschaftsmitglieder in einem Ausstand eingetreten seien. Ein schwer erkrankter Kollege erhielt 100 M. Unterstützung. Die nächste Generalversammlung soll zur Regelung des Unterstützungswesens einen anderen Modus herbeiführen. Einem vordem bei der Firma Fischhorn beschäftigten Arbeiter erklärte die Generalversammlung als gemahregelt.

Eine außerordentliche Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute, die sehr gut besucht war, tagte am Donnerstag bei Volk, Alte Jakobstraße. Vom Hauptvorstand (Sitz Hamburg) war das Mitglied Brinkmann anwesend. Die Situation über die Lohnbewegung zeigte dasselbe erfreuliche Bild,

wie in der Generalversammlung. Von der Firma Feld u. Franke ist richtig zu stellen, daß diese nicht die gesammelten Forderungen, sondern nur die Lohnforderungen bewilligte, dagegen die Verfüzung der Arbeitszeit ablehnte. Brinkmann macht bekannt, daß in nächster Zeit in circa 20 Städten die Zimmerer in eine Lohnbewegung eintreten werden. Eine längere Diskussion erforderte die Unterstützungsforderung. Es wurde beschlossen, den verheirateten Mitgliedern des Verbandes 2 Mark, den Unverheirateten 1,50 Mark an Unterstützung von der ersten Woche an zu bezahlen. Die Auszahlung erfolgt jeden Montag. Außerdem wurde folgender Antrag angenommen: „Die Verbandmitglieder verpflichten sich moralisch, vom Sonnabend, den 15. Februar ab pro Mann und pro Woche 1 Mark zum Generalfonds zu zeichnen, wovon die indifferenten und wenn notwendig auch die lokalorganisierten Kameraden unterstützt werden.“ Um die indifferenten Zimmerer an die Bewegung zu fesseln und anzuknüpfen, soll im „Vorwärts“ ein Aufruf ergehen, in dem sämtliche Bauarbeiter ersucht werden, ihren Einfluß unter den Zimmerern dahingehend auszuüben. Nachdem ein Redner auf die Bewegung der Konfektions-Industrie verwiesen und das Ersuchen an die Anwesenden richtete, ihre Frauen und Töchter von der Arbeit in dieser Branche abzuhalten, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Zimmererbewegung.

Der geplante Streik der Tischler wird aller Wahrscheinlichkeit größere Dimensionen nicht annehmen. Seit drei Monaten haben sich die Berliner Tischler zu einer Lohnbewegung gerufen und alles gethan, um dieselbe auch wirklich durchzuführen. Es wurden die Forderungen gestellt: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden, das heißt neunstündige Arbeitszeit und Montag und Sonnabend acht Stunden, und Erhöhung der üblichen Minimal-Abschlagszahlung von 18 auf 21 Mark pro Woche mit prozentualen Lohnaufschlag. Bevor man nun das letzte Kampfmittel, den Streik, in Anwendung brachte, versuchte man es zuerst auf gütlichem Wege und es wurde der Vorstand des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ beauftragt, sich mit der „Berliner Tischler-Vereinigung“ in Verbindung zu setzen, dieselbe ging darauf ein und zeigte sich entgegenkommend. Es wurde ihrerseits ebenfalls eine Kommission eingesetzt und beide Kommissionen traten nun in Verhandlungen ein, in denen von beiden Seiten die Forderungen als gerecht und durchführbar anerkannt wurden. Die Tischler-Vereinigung berief eine große öffentliche Tischlermeister-Versammlung ein, die gestern Abend im „Böhmischen Brauhaus“, Landberger Allee, stattfand und äußerst stark besucht war. Ueber 2000 Tischlermeister waren anwesend und konnte der Riesensaal die Erschienenen kaum fassen. Der Vorsitzende, Obermeister Marshall berichtete über die Forderungen und Verhandlungen und empfahl eine sachliche Beratung der Angelegenheit. Die Gesellen seien in anständiger Form an sie heranzutreten und da wollten auch sie sich entgegenkommend zeigen. Die Forderungen der Arbeiter begründete Tischler Wiedemann. Derselbe wies nochmals auf das Berechtigte der Forderungen hin und empfahl dieselben anzuerkennen. Ein Hand in Hand gehen mit den Gesellen würde den Meistern nur zum Vorteil gereichen. (Zustimmung!) Die Debatten wurden sehr ausgedehnt und mitunter sehr heftig geführt. An denselben beteiligten sich seitens der Arbeiter Ding, Bloch und Ahrens. Von allen Rednern hörte man jedoch heraus, daß man sehr wohl die Forderungen bewilligen könne, einzelne Redner begrüßten das Vorgehen der Gesellen, man hoffe hierdurch, die Schmutz- und

Schundkonturen aus der Welt zu schaffen. Von mehreren Meistern wurde betont, daß sie bereits viel mehr bewilligt hätten. Wohl über 30 Redner brachten ihre Meinung zum Ausdruck, die alle in der gütlichen Beilegung gipfelten. Schließlich nach Mitternacht gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im Böhmischen Brauhaus tagende öffentliche Tischlermeister-Versammlung erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen der Zünungs-Kommission einverstanden und stimmt einer wöchentlichen Arbeitszeit unserer Gesellen sowie einer wöchentlichen Abschlagszahlung von 21 M. an mittelmäßige Arbeiter, sofern sie es verdienen, zu.“ — Stürmischer Beifall durchbrauste nach der Annahme dieses Beschlusses den Saal.

In einer öffentlichen Versammlung der Maurer, die am Donnerstag im Louisenstädtischen Konzerthause tagte und von mehr als 400 Berufsangehörigen besucht war, referierte Zimmerer Ost über den gegenwärtigen Zimmererstreik. Redner legte die Nothwendigkeit der von seinen Kameraden geforderten Verkürzung der Arbeitszeit dar, setzte auseinander, daß, wenn die Zimmerer den Neunstundentag errungen haben, es auch den Maurern leicht sein wird, denselben durchzusetzen, und betonte, daß die Maurer in ihrem eigenen Interesse den Zimmererstreik unterstützen müßten, wohingegen sie bei einem etwaigen künftigen Lohnkampf in ihrem Gewerbe der Solidarität der Zimmerer sicher sein könnten. Mit seltener Einmütigkeit stimmten die nachfolgenden Redner Duple, Grund, Kneppchen, Karl Berendt und Kepler dem Vorgehen der Zimmerer zu und erklärten es für selbstverständlich, daß die Berliner Maurer die Zimmererbewegung in jeder Weise unterstützen würden. Namentlich wurde hervorgehoben, daß es keinem Maurer einfallen würde, auf den Bauten, wo die Zimmerer streiken, sich zum Hochwinden und Legen der Balken verwenden zu lassen. Eine Resolution, worin sich die Versammlung mit dem Vorgehen der Zimmerer einverstanden erklärte und sich verpflichtet, dieselben moralisch und finanziell zu unterstützen, fand einstimmige Annahme.

Nachdem Hempel Bericht über seine Thätigkeit als Delegierter zur Gewerkschaftskommission erstattet hatte, wurde Mauro als Delegierter und Garbe als dessen Stellvertreter zur Gewerkschaftskommission gewählt. Von mehreren Rednern wurde den Maurern, deren Frauen und Töchter in der Konfektion arbeiten, aus Herz gelegt, ihre Angehörigen zur Teilnahme an der Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter zu veranlassen, und, um diesen großen Kampf auch mit Geldmitteln unterstützen zu können, die Sammlungen zum Generalfonds der Maurer nicht zu vergessen. Mit einem Hoch auf den Zimmererstreik ging die Versammlung auseinander.

Die Metallarbeiter versammelten sich am Donnerstag im großen Saale des Keller'schen Stablimiments, um sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, das Vorgehen der Metallindustriellen und unsere Aufgaben in der Gegenwart. Die Arbeiter von 20 größeren Fabrikanten und Werkstätten der städtischen Bezirke waren besonders eingeladen und auch erschienen, sodah der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Das einleitende Referat hielt der Vertrauensmann O. Näher. Redner zeigte der Versammlung den Entwicklungsgang der Metallarbeiter-Bewegung seit dem Jahre 1890, berührte die damalige Maibewegung,

den Ausgangspunkt des großen Metallarbeiter-Streiks, das Vorgehen der Metallindustriellen unter Nähermann und die vollständige Zerschlagung der Metallarbeiter-Organisation. Trotz der Krisis der folgenden Jahre gewann die Arbeiterbewegung wieder allmählich ihren Aufschwung. Unter lebhaftem Beifall schloß Näher mit der Aufforderung, sich zusammenzuscharen, nicht nur zahlende Mitglieder der Organisation zu werden, sondern kämpfende, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter mit ganzer Kraft eintretende Genossen. Da die gegenwärtige Konjunktur einen Kampf ermöglige und auch die Reihen der Organisation sich täglich mehr füllten, sei es die höchste Zeit auszuräumen mit den Mißständen in den Fabriken. Das allgemein übliche nach Feiertagen arbeiten bis zu 90 Stunden die Woche, wie bei Herrn Kommerzienrath Bintsch, müsse aufhören. Die Arbeiter aber, welche diese unverhältnißmäßige Arbeitszeit nicht nur ohne Widerstand leisteten, sondern sich zum Theil selbst dazu anboten, diese trügen selbst zur Verelendung der Lage der Arbeiter bei, denn Hand in Hand damit gehen ständig die Lohnreduktionen, Preisbrüderereien der schlimmsten Art. Bei Plutsch ist die achtstündige Arbeit eingeführt worden. In der Gießerei wird 11-12 Stunden täglich gearbeitet. Bei den Brennern spühen Auer seien Abzüge von 12,50 auf 15 M. gemacht worden. Für einzelne Arbeiten, für die früher 15 Pf. bezahlt wurden, zahlt die Firma P. nur noch 3 Pf. 200-300 Kollegen sind nun plötzlich entlassen worden, nachdem sie eine so ausgedehnte Arbeitszeit einhielten, das sei die Bestrafung dafür. Für zwei Tage würde ständig der Lohn einbehalten und auch die Sonntagsarbeit sei Regel. Dabei zersplitterten aber die dort beschäftigten Arbeiter ihre Mittel und ihre freie Zeit in zwei Gesangsvereinen, während sie für ihre Lage nichts Forderliches unternahmen. Bei Gfster, Zahn, Kiefewetter, Baumgarten herrschen ähnliche Zustände. Diese bedürften dringlich der Abhilfe. Bereits seien die Leonhardt'schen Kollegen im Streik. Derselbe wird in den nächsten Tagen auch in der Eisengießerei von Hartung und in anderen Betrieben ausbrechen. Näher erklärte, daß die Kommission der Organisation nur dann in den Fabriken unterhandeln wird, wenn sie die Garantie hat, daß die Kollegen der Betriebe nöthigenfalls durch eine Arbeitseinstellung der Forderung Nachdruck geben. Die meisten Disziplinirer ergänzen oder bestärken die Ausführungen Näher's u. A. Galle, Müller, Harnisch, Deutsch und Boer, welcher die Arbeitsverhältnisse der englischen Gasanstalt schilderte.

Näher, welcher die Ausführungen Näher's abschwächen sucht und den Anschluß an die Organisation nicht für unbedingt nöthig hält, wird von verschiedenen Seiten widerlegt. Im Schlusswort konstatirt Näher, daß die Behauptungen, die er aufgestellt, nicht widerlegt worden seien und erwähnt noch, daß bei der Firma Bintsch von den Schleißeuren verlangt würde, sie sollten sich die großen Schleifsteine selbst anschaffen. Am Schluß gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung beschließt: in allen Werkstätten die Ueberstundenarbeit zu verweigern und sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen. Zum Schluß wurden die Versammelten aufgefordert, in allen Werkstätten Vertreter für die Vertrauensmänner-Sitzungen zu wählen; die Beiträge zu öffentlichen Unterstützungszwecken reger zu sammeln, damit die freitenden Gewerkschaften, vor allem die Konfektionsarbeiter, unterstützt werden können.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 15. Februar: **Spernhaus.** Lohengrin. **Schauspielhaus.** 1812. **Deutsches Theater.** Weh dem, der lügt. **Leistung-Theater.** Madame Sans-Gêne. **Berliner Theater.** König Heinrich. **Neues Theater.** Der Herr Direktor. **Residenz-Theater.** Hotel zum Freihaufen. **Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Hungerleider. **Schiller-Theater.** Der Widerspenstigen Zähmung. **Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. **Central-Theater.** Eine tolle Nacht. **Selle-Alliance-Theater.** Böse Buben. **Alexanderplatz-Theater.** Pitts. Hierauf: Die kleinen Lämmer. **National-Theater.** Der Hüttenbesitzer. **American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Bauhaus's Variétés.** Spezialitäten-Vorstellung. **Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonntags, nachm. 3 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen.

### Alexanderplatz-Theater.

Anfang 8 Uhr: Zum 117. Male: Nur noch 13 Aufführungen

### Die kleinen Lämmer.

Vaudeville in 2 Akten von S. Barney. Vorher: Pitts.

### Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto.

Musik von Hans Locwensfeld.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

### Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Emil Thomas als Gast. Zum 162. Male:

### Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Will. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 1/8 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

### Adolph Ernst-Theater.

Zum 351. Male: **Charley's Tante.** Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von G. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Anfang 7/8 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Kaufmann's Variété-Theater

Königstraße, Colonnaden. **Bomben-Erfolg!**

### Hammerstein's Ankunft!!!

Sensationeller Vortrag des wirklichen Humoristen **Gentes.**

Theowin's Pracht-Modelle. Der Riejenbrustkastenmensh

Das lustige **Carneval-Programm.**

### Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dredenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).

Täglich: **Grosse Vorstellung.** Vollständig neues Programm.

Signorina Carl. Alfredo Röss. Loits Siger. Käthechen Müller. Entree 50 Pf. Ref. 50 Pf. Anf. 8 Uhr.

R. Winkler.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz.

### Conradin, der letzte Hohenstaufe.

Tragödie in 5 Akten von Moriz Gutmann. Regie: Fritz Schäfer.

Morgen, nachm. 3 Uhr: Das Kreuz am Ferner. Abends: Faust.

### Feen-Palast

Burgstrasse 22. Direktion: Winkler & Fröbel.

Neu: Baronin Verona v. Borgen. Neu: Schönheits-Quart. Saleima.

Dazu das kolossale für Berlin durchw. neue Februar-Programm! Koller Talaschuss-Familie. Gehr. Francs. Marvalli, Akrobaten-truppe. Robin u. Borat. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Little Paolo. 4 Geschw. Schenk.

### Die tolle Jugend.

Urtomische Pantomime von der Gesellschaft Theo. (Sonntags 6 Uhr. Anfang 7/8 Uhr.)

Entree 30 Pf.

### Neuer Circus.

**Circus Busch (Bahnhof Bärse).**

Sonnabend, den 15. Februar: Abends 7 1/2 Uhr:

Parade-Elite-Vorstellung. **Ischens, das Waldmädchen.** Elektrisches Ballet.

Außerdem: Mme. Maria Doré a. unvergleichliche Drahtseilkünstlerin. Austr. der Schutzeiterin Mlle. Gisella. Equestr. Arrangement v. 100 Hengsten, dress. u. vorgeführt von Dir. Busch; Elite-Dressurnummer d. Circus Busch. 6 neu dressirte Fuchshengste, vorgeführt von Dir. Busch. 100 Clowns, männl. u. weibliche. 3. I. Male; Plastische Marmorgruppen zu Pferde, angeführt von den Amerikanerinnen Geschw. Powell. Auftreten der beliebtesten Clowns. Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermäßigter Preis) und 1 Kind unter 10 Jahren frei; Gr. Komiker-Vorstellung. Abends 7 1/2 Uhr: Zschans.

Goldwaaren und Uhren verkauft auf Theilzahlung. H. Schneider, Bernauerstraße 55. 29506

### Parodie-Theater.

Oranienstr. 52 am Northplatz. Sonnabend, d. 15. Februar 1896: **Wiedereröffnung.**

1. **König Heinrich.** Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Saufteubach.

2. **Gräfin Ise.** Was wilsse oder der Trompeter von Bisse. Nach Dr. Fritz Friedmann's Kriminal-Roman.

3. **Zschans,** das Waldmädchen. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

### Concerthaus Sanssouci

Rottbuserstraße 4a. Jeden Sonntag u. Donnerstag:

### Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader)

Anfang präz. 7 Uhr. Entree 50 Pf. **Famosos, grandioses Sonntags-Programm!**

Am Montag: **Soirée in der Victoria-Brauerei.**

Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. **Urkanisches Programm!**

Dienstag: **Pastnachts-Url. Soirée** im Böhmischen Brauhaus.

Mittwoch: **Moabit Stad-Theater.**

### Kaiser-Panorama

(Passage). Diese Woche: **Karl & Meise. Istrien. Abbazia, Cherso etc. II.** Eine Wanderung durch das interessante Venodig. & Meise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.

Nächste Woche: **Corfu I**

### Belle-Alliance-Theater.

Selle-Alliancestraße 7/8. Sonntag, den 16. Februar 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Volks-Vorstellung** unter Regie von Julius Türk. Zum ersten Male: 295/7

### Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.

Wilhelm Tell . . . . . Oskar Krüger a. G. Gessler . . . . . Rudolf God. Stauffacher . . . . . Wilhelm Ruff. Melchtal . . . . . Julius Lürz. Hedwig . . . . . Hedwig Margot. Remgart . . . . . Anna Jäger.

Beginn der Verlosung 1 1/2 Uhr. Eintrittskarten à 60 Pf. in den bekannten Geschäften.

### Passage-Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:

### Affentheater und Circus.

30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

### Castan's Panopticum.

Die 3 neuesten Weltwunder. Kommen!

### Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Gillek. **Mlle. Eugenie Fougère.**

### Die tolle Nacht.

Romische Pantomime von der **Joseph Phoites-Troupe.** Ferner 30 Kunstkräfte I. Ranges. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

### Schlosserei

nur für Inrentarpreis zu verkaufen. Adressen K. 88 postl. Potsdam I. 126865



**Veren der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.**

Berlins und Umgegend.  
 Sonntag, den 16. Febr., nachm. 5 Uhr, Dramienstr. 51:

**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Anträge zum Delegirten-tag. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 188/18  
 Der Vorstand.

**Nationale Krankenkasse  
 der deutschen Gold- u. Silberarbeiter**

und verwandter Berufsge nossen (E. S.)  
 Montag, den 17. Februar 1896, abends präz. 8 1/2 Uhr,  
 im Englischen Garten Grosser Saal Alexanderstr. 27c:

**Mitglieder-Versammlung.**

(§ 29 des Statuts.)  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes.  
 Die Mitglieder werden höchst im eigenen Interesse ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Das Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin.  
 J. H.: O. Holtkamp, Admicalstr. 18 E.

**Achtung, Dekorations-Maler!**

Am Sonntag, den 16. Februar 1896 findet vormittags 11 Uhr eine  
**öffentliche Versammlung**

der Spezialisten (Dekorationsmaler) von Berlin, Charlottenburg und Umgegend im Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstr. in Charlottenburg statt. Es ist Pflicht jedes Dekorationsmalers in besagter Versammlung zu erscheinen, resp. für deren Besuch rege zu agitiren.  
 Der Einberufer.

**Achtung, Steinarbeiter Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 16. d. M., vormittags punkt 10 Uhr, findet im „Königshof“, Wilsonstr. 97, eine von den Innungsmeistern einberufene

**Versammlung**

statt.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berathung und Beschlußfassung des Tarifs 1896/97.  
 Die Herren Innungsmeister wollen diese Versammlung selbst leiten und unsere Verhandlungen mit der Kommission hintergehen.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird ein jeder Kollege ersucht zu erscheinen, um das Vorgehen der Innungsmeister illusorisch zu machen.  
 Der Vertrauensmann.

**Die neueste Nummer der**

**Berliner Illustrirten Zeitung**

enthält unter zahlreichen Illustrationen

**Die Ankunft des Frhn. v. Hammerstein**

auf dem Anhalter Bahnhof zu Berlin.  
 Wochen-Abonnement und Einzel-Nummer 10 Pf. Die Expedition Charlottenstraße 10.

**Streng reelle Bedienung.**

**M. Schulmeister**

Schneidermeister,  
 Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfehlte zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

**Einsegnungs-Anzüge**

aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Zwirnstoffen, ein- und zweireihig	von M.	12-35
<b>Jaquet-Anzüge</b> in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig		16-24
<b>Jaquet-Anzüge</b> in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig		20-35
<b>Jaquet-Anzüge</b> in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung		22-36
<b>Mod-Anzüge</b> i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn u. Satin-Stoffen, moderner Façons		25-38
<b>Mod-Anzüge</b> modernster Farben, elegante Schnitt-Façons		30-42
<b>Gehrock-Anzüge</b> von feinen Satin, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig		30-45
<b>Frühjahrs- u. Sommer-Paletots</b> aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorräthig)		15-35
<b>Beinkleider</b> in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot		5-10
<b>Hohenzollern-Mäntel</b> mit einer 5 Mtr. wollenen Peloria		27 an.
<b>Knabenpaletots, Knabenanzüge</b> Kleideramer Façons in großer Auswahl		
<b>Schnel-Anzüge</b> in Cheviot, Velour u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und 2reihig	von M.	6 an

**Begründung des Geschäfts 1878.**

**Erstes und grösstes Central-Gast-, Logir- und Speise-Haus „Zum Deutschen Hof“**

Goldhahngräßchen No. 1, Leipzig (in nächster Nähe der Bahnhöfe) (Elektrische Bahnverbindung nach allen Richtungen). Empf. feine guten Zimmer von 75 Pl., Betten von 30 Pl. an, 100 Betten zur Verfügung. Für Sauberkeit wird wie bekannt bestens gesorgt.  
 Hochachtungsvoll Fritz Petschner.

**Einsegnungs-Anzüge**

in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

# Drei große öffentliche Versammlungen aller Schneider und Näherinnen der Konfektions-Industrie am Sonntag, den 16. Februar, vorm. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Feen-Palast, Wolfgang- u. Burgstraßen-Ecke. Keller's Festsäle, Koppenstraße 29. Kösliner Hof, Kösliner Straße Nr. 8.

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
Die Aushebung der Arbeiter und Arbeiterinnen  
in der Konfektions-Industrie und der Reichstag.  
Referenten sind die Reichstags-Abgeordneten:  
**August Bebel, Richard Fischer, Emanuel Wurm.**  
Wir fordern die Beteiligten zu zahlreichem Besuch der Versammlungen  
auf. Für Streitende ist keine Zellerfassung.  
Die Agitations-Kommission der Schneider u. Schneiderinnen Berlins  
Im Auftrage: **J. Timm.**

Die Streik-Bureaus befinden sich:  
**Pasch**, Restaurateur, Alte Jakobstr. 83.  
**Zubell**, Restaurateur, Lindenstr. 106.  
**Rantenberg**, Restaurateur, Oranienstr. 180.  
**Ewald**, Restaurateur, Schöneleinstr. 6.  
**Wilke**, Restaurateur, Andreasstr. 26.  
**Mörschel**, Schönhauser Allee 28.  
**Augustin**, Restaurateur, Kastanien-Allee 11.  
**Marten**, Restaurateur, Adlerstr. 129.  
**Schops**, Restaurateur, Gerichtsstr. 10.  
**Schmidtke**, Restaurateur, Stromstr. 28.  
**Raabe**, Restaurateur, Kolbergerstr. 23.  
**Neumann**, Restaurateur, Pasewalkerstr. 3.  
**Swinemünder** Gesellschaftshaus,  
Swinemünderstr. 35.  
**Gnaat**, Restaurateur, Putzbuscherstr. 52.  
**Witzel**, Restaurateur, Adlerstr. 145.  
**Vogt**, Restaurateur, Hebbelinerstr. 34.  
**Lietzko** (Insel Rügen), Schwedterstr. 33.  
**Röllig**, Restaurateur, Neue Friedrichstr. 44.

Meldungen und Kontrolle von 9-11 und 3-5 Uhr.  
Das Haupt-Bureau ist: **Annen-Straße Nr. 16**  
(Louisenstädtisches Klubhaus)  
für wichtige Anfragen, Ausgabe der Sammel-Listen, Entgegennahme der  
Sammlungen.  
Unter keinen Umständen dürfen die Kollegen und Kolleginnen  
einzeln Verträge und Geschäfte vereinbaren; dieses hat nur durch die  
beauftragte Käufer- und Agitations-Kommission der Schneider und  
Schneiderinnen zu geschehen.

# Metallarbeiter!

Montag, den 17. Februar, abends präz. 7 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
im Lokale Königshof, Bülowstraße 37.  
Tagesordnung: Wie behandeln die Metallindustriellen „Ihre“  
Arbeiter? Referent: **Otto Naether.**  
Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Firmen:  
**Dr. Aron**, Bülowstr. 6; **Marcus**, Bülowstr. 6; **Brüger**, Bülowstraße 6;  
**Heinrich**, Bülowstraße 6; **Gross & Hertel**, Kreuzbergstr. 42a; **Pfeifer &**  
**Druckmüller**, Schöneberg; **Ohrenstein & Koppel**, Schöneberg.  
Die Kollegen werden ersucht, sich so einzurichten, daß sie gleich von  
der Werkstätte aus nach der Versammlung kommen, damit wir dieselbe pünktlich  
eröffnen können.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
117/4 **Otto Naether**, N., Anklamerstraße 44.

## Achtung! Kistenmacher.

Sonntag, den 16. d. M., vorm. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei **Joël**, Andreasstr. 21:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 2. Bericht des Vorstandes.  
Diejenigen Mitglieder, welche über 3 Monat mit ihren Beiträgen rück-  
ständig sind, werden bekannt gemacht. 94/15  
Der **Maskenball** findet am 7. März bei **Joël**, Andreasstr. 21,  
statt. Billets à 50 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie im  
Arbeitsnachweis, Ballnertheaterstr. 20, bei **S o m u t h** zu haben.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
Elisabethkirchstraße 14 bei **Hirthe**:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **P. Litfin** über „Unsere Reichthümer.“  
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet  
143/15  
Der Vorstand.

## Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Lebergalanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 17. Febr., abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei **Th. Holtz**, Alte Jakobstr. 75:  
**Mitgliedschafts-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Frau **E. Gnaack** über Märchen. 2. Mitgliedschafts-  
Angelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen besonders der Arbeiterinnen  
ersucht  
Der Vorstand.  
Die Zahlstellen des Verbandes sind folgende: 1. Bergner, Annenstr. 16;  
2. Schöning, Stallschreiberstr. 29 (vom 15. März: Restaurant zur Post, Benth-  
straße 22); 3. Wählich, Adalbertstr. 4; 4. Reichert, Friedrichstr. 34; 5. Werner,  
Bülowstr. 60; 6. Kleinert, Müllerstr. 7 (Bedding); 7. Schümann, Stein,  
u. Gormannstr.-Ecke; 8. Wiedemann, Blumenstr. 33; 9. Friedrich, Eisenbahn-  
straße 20; 10. Kummer, Rixdorf, Berlinerstr. 55. Sämtliche Zahlstellen, mit  
Ausnahme von Nr. 1 (von 7-9) und 10 (von 9-10 Uhr) sind Sonntags  
von 9-10 Uhr geöffnet. 2. 0.

## Zentral-Verband der Glaser.

Zahlstelle Berlin.  
Berthe Kollegen!  
Am 18. Februar d. J., abends  
8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, findet in dem Lokale des  
Herrn **Stramm**, Ritterstr. 123, unsere  
**General-Versammlung**  
statt. 173/6  
Tagesordnung: 1. Wahl des  
Vorstandes. 2. Wahl eines Vergütungs-  
Komitees. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Abrechnung d. Vergütungs-Komitees.  
5. Verschiedenes.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

## Achtung! Graveure, Ciseleure und verw. Berufsgenossen.

Sonntag, den 16. d. Mts. cr.,  
Besichtigung d. i. Bau begriffenen  
**Gewerbe-Ausstellung.**  
Treffpunkt: pünktlich vorm. 10 Uhr,  
am **Schlesischen Thor.**  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
74/18 **Der Vorstand.**

## Generalversammlung der Vertreter für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Gelbgießer

am Sonntag, den 23. Februar cr.,  
vormittags 10 Uhr, im Lokale des  
Herrn **H. Scheffer**, Inselstr. 10, 2 Tr.,  
wozu die Vertreter der Arbeitnehmer  
hiermit eingeladen sind.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlage und Abnahme der Jahres-  
rechnung pro 1895. Bericht des Rech-  
nungsausschusses. 2. Decharge-Erthei-  
lung. 3. Verschiedenes.  
Berlin, den 14. Februar 1896.  
2685b **Der Vorstand.**

## Arbeiter-Konsumgenossenschaft „Befreiung“

(Eing. Genossensch. m. beschr. H.)  
Sonntag, d. 23. Febr. vorm. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
in **Joël's** II. Saal, Andreasstr. 21:  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht d.  
Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes u.  
Aufsichtsrathes. 3. Anträge. 4. Ge-  
schäftliches. 2685b  
Der Vorstand: **P. Stief**, N. **Marred.**

## Coepenick. 5 Pfund Brot für 40 Pf. Liefert die Bäckerei von 4390L\* Gratias, Rudowerstr. 12.

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Tbeilg.  
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigung, Nerventöden bei  
Bestellung umsonst.  
**Guckel**, Pausierplatz 2, Elsfasserstr. 12.

## Guten Morgen!

Habe zum Kauf bei mir ergebenst ein.  
**Carl Schindler**  
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.  
(Nordh., Vildre, Cognac, Rum, Ungarn.)

## Paster's Festsäle Neue Königstr. 7.

Mein Saal mit Nebenräumen noch  
einige Sonnabende zu vergeben. 4269L\*  
**Th. Boltz' Festsäle,**  
S., Alte Jakob-Strasse 75.  
Amt I, 1082. 4274L\*  
Empfehle meine Säle zur Abhaltung  
von Festlichkeiten und Versammlungen  
zu kulantesten Bedingungen.

## Grünau. G. Lindenhayn, Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

## Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27a

## Oswald Grauer N. Köslinerstr. 2

empf. sein Weiss- u. Bairisch-Bier-  
Lokal nebst gr. Vereinszimmer. Zur  
Zahlstelle für Gewerkschaften, Kranken-  
kassen etc. sehr geeignet. 41942\*  
**H. Scheip's Bierlokal,**  
Marzinsstr. 11, nahe d. Blumenstr.,  
Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Ver-  
kehrstotal aller Sachen. Gemüthliches  
Vesammlen des Sonnabends und  
Sonntags. 43018\*

## Berliner Ressource, 57. Kommandantenstr. 57.

Sonntag, den 20. März, u. Sonn-  
abend, den 11. April, sind frei ge-  
worden. 2669b  
**Schlafsofa, Bettstelle, Matrassen,**  
Niederstuhl, Tischspind, Spiegel-  
spind, Spiegel, Ausziehtisch, Stühle  
billig Reichbergerstr. 160, v. I.  
Bering.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 16. Februar, vormittags präzise 9 Uhr,  
in der **Brauerei Friedrichshain**, am Königsthor:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimirt.  
Die Ortsverwaltung!  
81/11 Heute Freitag: Sitzung der Ortsverwaltung im Lokale des Herrn  
Schöning, Stallschreiberstr. 29.

Karten und Marken für den Streikfonds werden  
auf allen Zahlstellen des Verbandes ausgegeben. Die  
Vertrauensmänner werden ersucht, für Einziehung der  
Streikbeiträge zu sorgen.

Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:  
**Für den Norden:**  
Ruppinerstr. 44 bei Raabe.  
Tresdowstr. 24 bei Schmidt.  
Lothringersstr. 67 bei Dieke.  
Schwedterstr. 33 bei Lietzko.  
Müllerstr. 7a bei Gleinert.  
Bergstr. 60 bei Hilgenfeld.  
Luhmsstr. 84 bei Holzbäcker.  
Birkenstr. 28 bei Kluge.  
Stettinerstraße, Ecke Bellermannstraße  
bei Peterson.  
**Für den Osten:**  
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.  
Blumenstr. 38 bei Wiedemann.  
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.  
Koppenstr. 47 bei Lorenz.  
Langestr. 63 bei Tempel.  
Landsberger Allee 27a bei Langg.  
Elisabethstr. 65 bei Langg.  
**Für Süd-Ost:**  
Cuvyrstr. 25 bei Erbe.  
**Für den Westen:**  
Ritterstr. 123 bei Stramm.  
Rauensstr. 86 bei Stroik.  
Grünauerstr. 8 bei Holz.  
Görlitzer- und Sorauerstraßen-Ecke bei  
Tolksdorf.  
Bäckerstr. 55 bei Schilling.  
Dieffenbachstr. 31 bei Gaul.  
Manteuffelstr. 69 bei Brödenfeld. (Da-  
selbst befindet sich auch die Biblio-  
thek der Drechsler.)  
Köpnickerstr. 194 bei Reichert.  
**Für den Westen:**  
Mittenwalderstr. 16 bei Imhoff.  
Culmbstr. 36 bei Paulsch.  
Velle-Allianceplatz 6 bei Hilscher.  
**Für Friedrichshagen:**  
Friedrich-Karlstr. 11 bei Hoinloke.  
**Für Rummelsburg:**  
Kant- und Türschmidstraßen-Ecke bei  
Schröder.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.  
Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem Koll. Wiedemann,  
Nunensstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-  
Kontrollkommission, Kollegen **Granert**, Manteuffelstr. 64.

## Achtung, Beitragssammler!

Die Beitragssammler werden ersucht, mit den Streik-  
beiträgen bei **Grunert**, Manteuffelstr. 64, und mit den  
Verbandsbeiträgen bei **Mieke**, Adalbertstraße 9, am  
**Montag** abzurechnen.

# Achtung, Holzarbeiter!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Zwei öffentliche  
Holzarbeiter-Versammlungen.**  
1. **Brauerei Friedrichshain,**  
2. **Schweizer Garten, am Friedrichshain.**

Tages-Ordnung:  
1. Berichtserstattung über die Verhandlungen mit den Meistern.  
2. Wann sollen die Forderungen gestellt werden?  
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht.  
81/12 **Der Vertrauensmann.**

## Achtung! Große öffentliche Versammlung

der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen  
beschäftigten Arbeiter  
am Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale  
des Herrn **Joël**, Andreasstr. 21.  
Tages-Ordnung: 1. Die Lage des Streiks. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes. 82/3  
**Der Vertrauensmann.**

## Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Filiale Nord Berlin II.)

## Mitgl.-Versammlung

am Dienstag, den 18. Februar 1896, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
bei Herrn **Jennerich**, Bergstraße 12.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Stadtverordneten **Fritz Wilke.**  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit. 4. Verschiedenes. 89/15  
**Der Vorstand.**

## Verband der Möbelpolierer.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Versamm-  
lung am Montag Abend ausfällt. Die Kassierer sind bis  
auf weiteres jeden Sonnabend Abend in den Zahl-  
stellen und nehmen Beiträge sowie Mitgliedsaufnahmen  
entgegen. Dasselbst können auch die Kollegen heut Abend  
die Streikkarten in Empfang nehmen, ebenso morgen  
(Sonntag) Vorm. 10 Uhr bei **Nieft**, Weberstr. 17,  
in der öffentlichen Versammlung. Dort darf kein Mit-  
glied fehlen. (Siehe Säulenanschlag.) **Der Vorstand.**

Empfehle Freunden und Bekannten mein  
**Weiß- und Bairisch-Bierlokal** nebst großem Vereinszimmer.  
**Richard Halfter**, Mühlenstr. 49a.  
**Hermann Schibolsky** aus Bernau (Buffetier daselbst). 4386L\*